



Interview mit Niko Paech:
Das ökologische Versteckspiel aufdecken! 28

Desinformationskampagne:
Ziegelindustrie contra Holzbau 32

Weniger ist mehr:
die ÖDP-Strategie zur Europawahl 40

Das ÖDP-Journal
Nr. 179 März 2019

QUO VADIS, EUROPA? – Teil 2

Ökologie Politik

Foto: Picture Alliance/dpa Matthias Balk



Agnes Becker verhandelt am Runden Tisch in der Staatskanzlei mit Ministerpräsident Söder über „den großen Wurf für mehr Artenschutz in Bayern“. Die Medien berichteten darüber international. Die von der ÖDP-Politikerin angeführte neue Artenschutzbewegung in Bayern sei auch ein Signal für Deutschland und die Europäische Union, meinten mehrere Zeitungskommentatoren.

Das ÖDP-Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ erreichte ein historisches Ergebnis: Mehr als 1,7 Millionen Wahlberechtigte unterstützten es – so viel wie noch nie bei einem Volksbegehren seit 1946. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb zu einem Runden Tisch eingeladen. Den Inhalt des Volksbegehrens will die ÖDP aber „nicht wegmoderieren lassen“. „Unser Gesetzentwurf ist die Messlatte. Verbesserungen nach oben sind uns willkommen“, kündigt Agnes Becker an. Mehr ab Seite 42.

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Abgase und Fahrverbote	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: QUO VADIS, EUROPA? – Teil 2

Selbstverständnis der EU „Europa braucht ein klares Ziel“ Interview mit Prof. Dr. Ulrike Guérot	8
EU versus Nationalstaat Für eine Union der Vaterländer und Muttersprachen von Walter Konrad	12
Währungsunion Geopfert auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit von Norbert Häring	14
Neoliberale Globalisierung Ist die EU ein Schutzwall oder ein Einfallstor? von Patrick Kaczmarczyk	16
Agrarpolitik Entscheidung über die Zukunft unserer Ernährung von Konstantin Kreiser	22
Handelspolitik Hunger in der Welt von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP	24

WIRTSCHAFT & SOZIALES

Wachstumskritik „Das ökologische Versteckspiel aufdecken!“ Interview mit Prof. Dr. Niko Paech	28
--	----

BAUEN & VERKEHR

Kampagne Irreführendes zum Bauen mit Holz von Günther Hartmann	32
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Christoph Raabs	36
Neues aus dem Bundesverband von Claudius Moseler	37
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	39
Die ÖDP-Strategie zur Europawahl von Jorgo Chatzimarkakis	40
Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“	42
Berichte der Verbände	46
„Nur noch Top-Vorträge in großen Sälen“ Interview mit Thomas Prudlo	52
Stadtwald statt Landesgartenschau von Stefan Bretscher	54
Presseticker	60
Leserbriefe	62
Impressum	63

Liebe Leserinnen und Leser,

von 23. bis 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ein neues europäisches Parlament. Die Europäische Union erlebt stürmische Zeiten: Brexit, Trump, Rechtspopulisten und die Skepsis gegenüber der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Demokratie an sich machen diese Europawahl zur wohl spannendsten seit 1979. Es ist zu befürchten, dass am Ende die Gemeinschaft von Europa-skeptikern dominiert wird, die die Probleme in der Gemeinschaft nicht konstruktiv bearbeiten werden.

Zwar sieht auch die ÖDP große demokratische Defizite in der Gemeinschaft, doch liegen in der Vergemeinschaftung von Interessen auf europäischer Ebene auch viele Chancen, Politik international zu gestalten. Unsere Partei ist seit fünf Jahren mit Prof. Dr. Klaus Buchner in Straßburg und Brüssel vertreten. Auch bei dieser Wahl tritt Prof. Buchner wieder an und aufgrund der fehlenden Sperrklausel zählt auch dieses Mal jede Stimme für die ÖDP!

Momentan sehen wir allerorts, wie Politik angesichts der gewaltigen Probleme des 21. Jahrhunderts versagt: Ob Artensterben, Klimakollaps, Vermüllung der Meere, Ressourcenknappheit, Digitalisierung, Zukunft der Demokratie ... die Liste ließe sich noch lange fortführen.

Die ÖDP ist seit ihrer Gründung der Meinung, dass sich die meisten Probleme unserer Zeit nur lösen lassen, wenn wir das Wachstumsdogma in Politik und Gesellschaft endlich überwinden. Wenn wir Kreisläufe stärken, Sozialsysteme vom Wirtschaftswachstum entkoppeln, Umweltverschmutzung besteuern, einen sparsamen Lebensstil zum Vorbild machen.

Dies alles ist offenkundig noch nicht zum gesellschaftlichen Leitbild geworden. Doch es wachsen erste zarte Pflänzchen. Ob innovative Jugendinitiativen wie Fridays for Future, die Veganerbewegung, Flugverweigerer, Fahrradproteste und Unverpacktläden, aber auch ganz bürgerliche Reparaturinitiativen, Slow Food oder die Renaissance von Bauernmärkten – diese Bewegungen wissen genau, dass es so nicht weitergehen kann. Wir müssen den ausufernden Konsum in unserem Lebensstil beenden und eigene Lebensgewohnheiten politisch gestützt hinterfragen.

Deshalb ist der alte Slogan der ÖDP „weniger ist mehr“ aktueller denn je und er wird von immer mehr Menschen gelebt. Verzicht auf Überfluss und Übermaß bedeutet einen Gewinn an Lebensqualität. Sozialer Ausgleich ist trotzdem immer noch dringend notwendig, Millionen Menschen haben nicht genug für ein Leben in Würde. Durch unsere Gesellschaft ziehen sich tiefe Gräben: Diese zu überbrücken, ohne die Ressourcen des Planeten zu plündern, ist Aufgabe zeitgemäßer Politik. Da es an politischen Rahmenbedingungen jedoch immer noch mangelt, die meisten Menschen sogar noch für sparsames Verhalten ökonomisch bestraft werden, wollen wir diese Ungerechtigkeit zum Thema machen. Weniger kann so oft mehr sein. Verzicht kann sexy und innovativ sein.

Die ÖDP wird dieses Thema im Wahlkampf an prominenter Stelle präsentieren und mit dem Rückenwind der summenden Bienen einen hoffentlich sehr erfolgreichen Wahlkampf führen. Machen Sie mit!

Viel Spaß, politische Motivation und kluge Erkenntnisse beim Lesen dieses Heftes wünschen Ihnen



Pablo Ziller

Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Günther Hartmann

Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Abgase und Fahrverbote

Die von 107 Lungenärzten unterschriebene „Initiative“ wurde von zwei Lungenärzten geschrieben – und von zwei Ingenieuren, die bereits früher mit seltsamen Vergleichen die Betrügereien der Motorentwickler rechtfertigten, also von Wissenschaftlern, die als Lobbyisten der Autoindustrie agieren. Die „Initiative“ passt gut zum Parteitagsbeschluss der CDU, der „Deutschen Umwelthilfe“ die Gemeinnützigkeit zu entziehen, so wie es der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bereits bei Attac versuchte. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) war von ihr begeistert.

Tatsache ist, dass im Abgas eines Ottomotors kein Restsauerstoff vorhanden ist, sodass kein Stickoxid entsteht. Die Gerichtsentscheidung, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne SCR-Kat zulässig sind, ist eine Folge der Tatsache, dass Dieselpkw im innerstädtischen Bereich für 73 % der verkehrsbedingten Stickoxid-Emissionen verantwortlich sind. Mit SCR-Katalysatoren lassen sie sich zu 90 % abbauen. Die Nachrüstung von Dieselpkw wird von der Industrie jedoch aus Kostengründen verweigert und bekämpft.

Stickoxide sind Reizgase, die zu Entzündungen führen können – und zu langfristigen Gesundheitsschäden. Nachgewiesen ist, dass Menschen, die an verkehrsreichen Straßen leben, häufiger Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen

haben. Vor allem sind Stickoxide die Vorläuferstoffe für die Ozonbildung. Ozon tritt auch bei Smog und an heißen Tagen auf und ist krebsauslösend. Es handelt sich bei dem kritisierten Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ um einen langfristigen Mittelwert. Es fließen also viele Stunden in das Messergebnis ein, in denen die Werte sehr niedrig sind. Als Stun-

Auf Dauer können die Feinstaub-Partikel zu chronischen Entzündungen führen.

denmittel sieht die EU-Richtlinie einen Höchstwert von $200 \mu\text{g}/\text{m}^3$ vor.

Feinstaub dagegen entsteht bei ganz vielen verschiedenen Prozessen, unter anderem in der Industrie, bei der Energieerzeugung, im Verkehr und in der Landwirtschaft, auch beim Abrieb von Bremsbelägen und Reifen. Er ist viel schwerer zu messen und einer konkreten Ursache zuzuordnen. Die derzeitigen Grenzwerte sind nicht akzeptabel. Sie schützen die Bevölkerung nur unzureichend.

In Verbrennungsmotoren mit gasförmigen Kraftstoffen wie Erdgas oder Wasserstoff entsteht kaum Feinstaub. Diese Motoren müssen nur stärker gekühlt werden, damit sie lange halten. Trotzdem fördert der Staat die Infrastruktur mit Erdgas- und Wasserstofftankstellen zu wenig. Die Erdgassubvention wur-

de abgeschafft. Deshalb kauft auch kaum jemand so ein Fahrzeug.

Abgase von Großfeuerungsanlagen werden in der Regel über hohe Schornsteine abgeleitet und deshalb viel stärker verdünnt als solche aus bodennahen Quellen. Die größte Belastung lässt sich an großen Straßen und in Häfen messen. Beim Verbrennen von billigem Schweröl in Schiffsmotoren entsteht Feinstaub, der viele krebsregende und entzündungsfördernde Stoffe enthält. Unter anderem werden die Atemwege empfindlicher für Allergien. 10 % der Kinder und 5 % der Erwachsenen leiden heute unter Asthma-Erkrankungen.

Besonders gefährlich ist der Teil des Feinstaubs, der aus ultrafeinen

Partikeln (kleiner als $0,1 \mu\text{m}$) besteht, die über die Lunge tief in den Körper eindringen. Sie können mit dem Blutkreislauf in alle Organe transportiert werden. Dadurch sind vor allem die Blutgefäße und das Herz in Gefahr. Auf Dauer können die Partikel dort zu chronischen Entzündungen führen und Krebs, Arteriosklerose, Herzinfarkt sowie Schlaganfall auslösen. Der Ultrafeinstaub entsteht besonders in Motoren mit hohem Einspritzdruck. Modernere Motoren geben daher eine höhere Feinstaubbelastung ab. Deshalb hat die Feinstaubbelastung durch die Einführung von „Umweltzonen“ in den Städten besonders stark zugenommen.

Es ist unverzichtbar, an den EU-Stickoxid-Grenzwerten festzuhalten, aber auch die Feinstaubemission im Straßenverkehr zu reduzieren.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Was „Anti-Terror-Kriege“ die USA kosteten

Der seit dem 11. September 2001 von den USA geführte „War on Terror“ verschlang bisher 5.900 Mrd. Dollar, stellte das Watson Institute der Brown University fest. Es bewertete dessen direkte und dessen indirekte Kosten für die USA. In der Zahl inbegriffen sind die laufen-



den Kosten des Verteidigungsministeriums, Ausgaben des Außenministeriums, kriegsbedingte Erhöhungen des Militärbudgets, gegenwärtige und zukünftige Gesundheitskosten für Veteranen, die Aufwendungen des Heimatministeriums für Terrorprävention im Inland sowie Zinszahlungen für Kriegskredite. Das Leben gekostet haben die „Anti-Terror-Kriege“ etwa 500.000 Menschen, die Hälfte davon waren Zivilisten. Mehr als 370.000 Menschen sind an den indirekten Folgen des Krieges gestorben.

» <http://t1p.de/51t1>

Klimaschutz durch Kohlefaser-Herstellung

Chemiker der TU München entwickelten einen Prozess, der eine wirtschaftliche Entfernung des Treibhausgases CO_2 aus der Atmosphäre ermöglichen könnte. Algen verwandeln dabei CO_2 aus der Atmosphäre oder Abgasen in Algenöl. In einem zweiten Schritt werden daraus wertvolle Carbonfasern erzeugt. Mit Carbonfasern lassen sich leichte und hochfeste Werkstoffe herstellen. Sie können z.B. in der Baubranche beim Beton den Baustahl ersetzen. Am Ende des Lebenszyklus der Carbonfasern könnte man sie in leere Kohleflöze einlagern und entzöge damit die CO_2 -Äquivalente dauerhaft der Atmosphäre.

» <http://t1p.de/mlzx>

Wasserstofferzeugung aus Salzwasser

Im weltweiten Wettrennen um die günstigste Technik, Wasser mithilfe von Solar- und Windstrom in Wasser- und Sauerstoff aufzuspalten, ist es Forschern der University of Toronto gelungen, einen Katalysator zu entwickeln, der keine teuren Edelmetalle enthält, sondern lediglich Kupfer, Nickel und Chrom. Der neue Katalysator nimmt auch keinen Schaden, wenn er mit Meerwasser in Berührung kommt, er kann diese Wasserquelle also direkt nutzen. Der Stromverbrauch bei der Wasserspaltung ist geringer als mit jeder anderen Technik – außer bei denen, die Platin enthalten, doch die funktionieren nicht mit Salzwasser.

» <http://t1p.de/c3tp>

Bildung schützt in Deutschland nicht vor Armut

Der neue Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands geht erstmals der Frage nach, wer die rund 13,7 Mio. Menschen, die in Deutschland in Armut leben, faktisch sind. Fast drei Viertel der Armen ab dem Alter von 25 weisen ein mittleres oder gar hohes Qualifikationsniveau auf. Ein Drittel der Armen ist erwerbstätig, ein Viertel hat einen Minijob, ein Fünftel ist arbeitslos, ein Viertel in Rente. Die ganz überwiegende Mehrheit ist mehr als nur geringfügig tätig, 41 % sind sogar voll erwerbstätig. Armut geht oft mit befristeter Beschäftigung und Zeit- bzw. Leiharbeit einher. Sie betrifft vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit geringem Qualifikationsniveau und Menschen mit Migrationshintergrund.

» <http://t1p.de/wqjp>

Neue Klärmethode gegen multiresistente Keime

Laut Bundesamt für Verbraucherschutz wurden 2014 zwischen 700 und 800 t Antibiotika in der Humanmedizin eingesetzt, in der Veterinärmedizin ungefähr die gleiche Menge. Durch diese hohe Menge bilden immer mehr Bakterien Multiresistenzen, die eine medizinische Therapie bei einer Erkrankung erschweren. Deshalb testen Wissenschaftler verschiedene Methoden für Kläranlagen. Bei der Ultrafiltration, wo das Wasser durch extrem feine Membranstränge fließt, gelingt es,



die antibiotikaresistenten Bakterien so weit zu reduzieren, dass sie kaum mehr nachweisbar sind. Mit Ozonbehandlung – auch in Kombination mit UV-Strahlen – ist eine geringere, aber auch vielversprechende Reduktion der Keime möglich.

» <http://t1p.de/ojcx>

US-Haushalt: 779.000.000.000 Dollar Defizit

Ihre umfangreichen Steuersenkungen und neuen Ausgaben hat die US-Regierung mit Milliarden-schulden finanziert. Das Defizit im zurückliegenden Haushaltsjahr – dem ersten, das komplett in die Amtszeit von Donald Trump fällt – beläuft sich auf 779 Mrd. Dollar. Das Defizit ist damit gegenüber dem zurückliegenden Haushaltsjahr um 113 Mrd. Dollar gestiegen und auf dem höchsten Stand seit sechs Jahren. Gemessen an der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) beträgt es nun 3,9%.

» <http://t1p.de/y1op>

Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Laut den neuesten Zahlen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) lag der Anteil der Erneuerbaren Energien an der deutschen Nettostromerzeugung im Jahr 2018 bei 40,4%. Damit liegt der Ökostrom-Anteil am gesamten Stromverbrauch wesentlich höher, als es in der Vergangenheit prognostiziert wurde.

» www.energy-charts.de

Ökologischer Zustand der Erde: ungenügend

Die Menschheit verbraucht jährlich 70% mehr natürliche Ressourcen als die Erde zeitgleich erneuern kann – und der Ressourcen-hunger wächst weiter an. Dies zeigt der „Living Planet Report 2018“ der Umweltstiftung „World Wide Fund“ (WWF). Der „Living Planet Index“, ein Barometer für den weltweiten ökologischen Gesundheitszustand der Erde, fällt auf einen neuen Tiefpunkt. Der gemessene Rückgang der über 16.000 untersuchten Bestände von Wirbeltieren liegt nun bei 60% im Vergleich zu 1970. Der Ökologische Fußabdruck hat sich seit 1966 verdoppelt.

» www.wwf.de/living-planet-report/



Nitratbelastung im Grundwasser oft zu hoch

Nach dem letzten Nitratbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2016 weist Deutschland unter allen EU-Staaten die zweithöchste Nitrat-Belastung des Grundwassers auf. 28% der Grundwasser-Messstellen in landwirtschaftlichen Regionen überschreiten den EU-weit geltenden Nitrat-Grenzwert von 50 mg/Liter. Hauptquelle für die Nitrat-Belastung ist die intensive Landwirtschaft. Nun klagt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) für sauberes Wasser. Zudem fordert sie zusammen mit anderen Umweltverbänden die rasche Ausweitung der sogenannten Hoftor-Bilanz auf alle Betriebe. Sie soll Stoffströme von Stickstoff und anderen Nährstoffen erfassen, Überschüsse dokumentieren und zur gezielten Vermeidung beitragen. Die erlaubte Anzahl von Nutztieren pro Flächeneinheit soll reduziert werden und für das Ausbringen von Wirtschaftsdünger sollen längere Sperrfristen im Winter gelten.

» <http://t1p.de/3zt9>

Mikroplastik in Menschen nachgewiesen

In einer Pilotstudie von Umweltbundesamt und Medizinischer Universität Wien wurde erstmals Mikroplastik in Menschen entdeckt – und das bei allen untersuch-



Foto: filmbetrachterin/pixabay.com

ten Personen. Die Teilnehmer der Studie, fünf Frauen und drei Männer im Alter von 33 bis 65 Jahren, leben in Finnland, den Niederlanden, Großbritannien, Italien, Polen, Russland, Japan und Österreich. Bei anderen Studien wurden in Tieren die höchsten Mikroplastikkonzentrationen im Magendarmtrakt festgestellt, jedoch waren kleinste Plastikteilchen auch in Blut, Lymphen und sogar in der Leber nachweisbar. Wissenschaftler vermuten, dass Mikroplastik durch die Begünstigung von Entzündungsreaktionen oder Aufnahme schädigender Begleitstoffe den Magendarmtrakt schädigt.

» <http://t1p.de/jlg5>

Bücher

Arbeit & Gemeinwohl

David Graeber

Bullshit Jobs

Vom wahren Sinn der Arbeit
Klett-Cotta, Oktober 2018
464 Seiten, 26,00 Euro
978-3-608-98108-7



Der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ wurde von der neoliberalen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) populär gemacht und dann von diversen Politikern gerne als Totschlagargument verwendet. Diese Glorifizierung der Arbeit geht aber an der Realität vorbei. 2015 stellte ein Meinungsforschungsinstitut fest, dass 35% der deutschen Arbeitnehmer in ihrer beruflichen Tätigkeit keinen sinnvollen Beitrag zum Wohl der Welt sehen. Das Buch untersucht dieses Phänomen gründlich, um damit eine solide Basis für eine öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn unserer heutigen Arbeit zu schaffen. Als „Bullshit Jobs“ bezeichnet der Autor nicht die Tätigkeiten, welche niemand machen will, sondern die, welche die Welt schlechter statt besser machen. (gh)

Bauen & Leben

Richard Sennett

Die offene Stadt

Eine Ethik des Bauens
und Bewohnens
Carl Hanser, September 2018
400 Seiten, 32,00 Euro
978-3-44625-859-4



Die Menschheit lebt zunehmend in Städten. Das ist aus ökologischer Sicht durchaus begrüßenswert, denn Städte bedeuten Nähe und damit weniger Autoverkehr. Die Nähe bringt aber auch Probleme mit sich. Stadtplanung ist schwierig und mislang schon oft. Der amerikanische Soziologe besuchte und untersuchte Städte auf der ganzen Welt – und zieht daraus praktische Lehren. Er kritisiert die eindimensionale Verwertungslogik der Immobilienbranche und beschreibt die Komplexität attraktiver Stadtteile. Er misstraut Masterplänen und fordert eine Balance von Definiertem und undefiniertem, einen hohen Grad an Offenheit als Voraussetzung dafür, dass sich Orte und buntes städtisches Leben entwickeln. (gh)

EU-Reformer & -Bremsen

Eric Bonse

Der verhinderte Neustart

Vom Brexit zum gescheiterten
„Aufbruch für Europa“:
Ist die EU noch reformierbar?
Lost in Europe, Dezember 2018
56 Seiten, E-Book 2,99 Euro
<https://lostineu.eu/shop/>



Seit dem Brexit-Beschluss wurde immer wieder ein Neustart der EU beschworen. Emmanuel Macron legte weitreichende Visionen vor, Angela Merkel vereinbarte mit der SPD den „Aufbruch für Europa“. Doch die angekündigten Reformen kommen nicht voran, stattdessen wird nur noch Symbolpolitik praktiziert. Das Buch geht der Frage nach, warum das so ist. (gh)

Klimaerwärmung & Klimaschutz

David Nelles, Christian Serrer

Kleine Gase, große Wirkung

Der Klimawandel
KlimaWandel, Dezember 2018
128 Seiten, 5,00 Euro
978-3-9819-6500-1
www.klimawandel-buch.de



Zwei Studenten stellten fest, dass es noch gar kein Buch gibt, das die komplexen Sachverhalte der Klimaerwärmung und des Klimaschutzes pointiert und allgemeinverständlich darstellt. Also schrieben sie eins. Die Texte sind gründlich recherchiert, kurz, gut lesbar und durch zahlreiche Grafiken veranschaulicht. (ub)

Demokratie & Engagement

Noam Chomsky, Emran Feroz

Kampf oder Untergang!

Warum wir gegen die Herren der
Menschheit aufstehen müssen
Westend, November 2018
192 Seiten, 18,00 Euro
978-3-86489-233-2



Noam Chomsky ist einer der großen Intellektuellen der USA: Sprachwissenschaftler, Philosoph, Gesellschaftskritiker und politischer Aktivist. Zu seinem 90. Geburtstag erschien dieses Interviewbuch. In ihm spricht er scharfsinnig über alle Themen, die ihn bewegten und bewegen: Imperialismus, Krieg, Umweltzerstörung und natürlich Donald Trump. (gh)

Selbstverständnis der EU

„Europa braucht ein klares Ziel“

Der europäische Einigungsprozess steckt fest. Vor dem Hintergrund des erstarkten Rechtspopulismus wird zunehmend nationale Interessenspolitik betrieben. Und diese Interessen driften immer mehr auseinander. Wie kommen wir aus diesem Dilemma heraus? Indem die EU endlich eine Europäische Republik wird, sagt eine deutsche Politikwissenschaftlerin.

Interview mit Prof. Dr. Ulrike Guérot

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Guérot, Sie fordern, Europa müsse eine Republik werden. Was meinen Sie damit genau?

Prof. Dr. Ulrike Guérot: Die EU durchläuft gerade multiple Krisen, aber Europa als solches ist eine lebendige Idee, und mir geht es darum, an einem anderen Europa, das dieser Idee wieder zur Blüte verhilft, zu arbeiten. Deshalb kämpfe ich für die Idee einer Europäischen Republik. Damit meine ich die Errichtung einer europäischen, transnationalen Demokratie auf dem allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz aller Bürgerinnen und Bürger. Gemäß der Definition von Cicero,

„Der eine europäische Markt und die eine europäische Währung müssen um eine europäische Demokratie ergänzt werden.“

nämlich „aequum ius – das Recht der Gleichen“, bedeutet Republik, dass alle Bürgerinnen und Bürger über den Status der Rechtsgleichheit verfügen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Das muss die Grundlage eines politisch geeinten Europas sein. Europa braucht ein klares Ziel, eine klare Richtung und Perspektive, eine emanzipatorische Agenda, eine konkrete Idee von sich selbst. Der eine europäische Markt

und die eine europäische Währung müssen um eine europäische Demokratie ergänzt werden.

Wie würde das konkret aussehen?

Wenn wir das Europäische Parlament nach allgemeiner, gleicher und direkter Wahl wählen lassen würden, könnte es der Gesetzgeber sein und ein Budget verantworten, über das wir abstimmen, und dann könnten wir die Dinge machen, die wir brauchen, aber heute nicht machen können, zum Beispiel eine europäische Arbeitslosenversicherung. So könnten wir das Soziale in den politischen Prozess integrieren und die Bürgerinnen und Bürger



Prof. Dr. Ulrike Guérot, Jahrgang 1964, studierte Politikwissenschaft, promovierte und arbeitete anschließend für den Deutschen Bundestag, die Europäische Kommission sowie andere Institutionen. 2014 gründete sie den Thinktank „European Democracy Lab“ in Berlin. Seit 2016 ist sie Professorin an der Donau-Universität Krems und leitet dort das „Department für Europapolitik und Demokratieforschung“.

www.ulrike-guerot.eu

erobert, die Staaten in einem Bürgerkrieg geeint und eine Nation geschaffen, die bereit ist, ihre Interessen jederzeit auch militärisch durchzusetzen. Die EU dagegen basiert auf einem freiwilligen Beitritt der Nationen und auf Verträgen.

Frieden, Demokratie, Gemeinwohl und soziale Gerechtigkeit gehören hier zum Wertekanon – und das sollte auch so bleiben. Das gehört zum Kern der europäischen Identität. Das ist die Voraussetzung, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit Europa identifizieren.

Ihnen wird oft vorgeworfen, die Nationalstaaten abschaffen zu wollen. Stimmt das?

Mir geht es nicht darum, den Nationalstaat abzuschaffen, sondern darum, eine transnationale europäische Demokratie zu schaffen. Wir haben zwei Mitspieler in der europäischen Arena, die um Souveränität streiten, nämlich die Nationalstaaten und die EU. Was ist das Ergebnis? Keiner ist souverän, weder der Nationalstaat noch

„Ist die Heimat wirklich die Nation? Oder ist sie nicht vielmehr die Region? Die Region würde durch eine Europäische Republik aufgewertet.“

die EU. Souverän können nur die europäischen Bürgerinnen und Bürger sein. Aber heute sind die Nationalstaaten innerhalb der EU die Quelle der Souveränität, weil der Rat und nicht das Parlament alles entscheidet. Das ist die Fehlleistung des Maastrichter Vertrags. Er beruht mindestens theoretisch auf zwei Prinzipien: auf der Union der EU-Staaten und auf der Union der EU-Bürger. De facto wurde aber nur die Union der Staaten realisiert. Wir sehen ja seit einigen Jahren, dass die EU-Staaten immer nationaler werden. Darum muss das europäische Projekt von der Legitimität her zurück in den Schoß der Bürgerinnen und Bürger, die sagen können: Wir gründen eine Europäische Republik, in der wir vor dem Recht gleich sind. Die meisten



Ist der Nationalstaat in einem Europa der Regionen noch sinnvoll und erhaltenswert? Oder könnte er bald überflüssig sein?

Würde mit der Nation nicht auch ein zentrales Element menschlicher Identität abgeschafft?

Die menschliche Identität ist etwas Vielschichtiges. „Heimat ist Region, Nation ist Fiktion“, sagt der Schriftsteller Robert Menasse. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Ist die Heimat wirklich die Nation? Oder ist sie nicht vielmehr die Region, in der wir leben? Die Region würde durch eine Europäische Republik nicht ab-, sondern aufgewertet. Die regionalen Besonderheiten, der Dialekt – diese alltägliche

„Regionale Identität und Europäische Republik würden sich hervorragend ergänzen. Der Nationalstaat als Zwischenebene ist dabei nicht notwendig.“

he Katalonien oder Schottland, wo Regionen eine gewisse Eigenständigkeit für sich beanspruchen – jenseits von Nationen, die aber gleichzeitig europäisch sind und sein wollen.

Erfahrungswelt ist doch für das Heimatgefühl entscheidend. Und das geht ja durch die eine europäische Staatsbürgerschaft und Staatsbürgerschaft keineswegs verloren, sondern bleibt. Die Europä-



Foto: European Union 2012

Zwar hat die EU auch ein Parlament, doch das hat für eine richtige Demokratie bislang viel zu wenig Entscheidungsbefugnisse.

ische Republik würde für Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit stehen. Alle Menschen

wären rechtlich gleich – unabhängig davon, in welcher Region sie leben. Kulturelle Vielfalt bei normativer Einheit – das muss die zentrale

Der Rechtspopulismus ist nicht durch neue, überzeugende Ideen stark geworden. Er ist nur eine irrationale Reaktion auf die zahlreichen

ONLINETIPPS

European Democracy Lab
The European Balcony Project
Manifest, 10.11.2018

www.europeanbalconyproject.eu

Ulrike Guérot
Europa zwischen Geist und Ungeist

Nationalismus und Konzepte europäischer Föderation in historischer Perspektive
Donau-Universität Krems,
Antrittsvorlesung, 28.04.2017
<http://t1p.de/rzgy>

„Der Rechtspopulismus ist nur eine irrationale Reaktion auf die zahlreichen Mängel und Fehlentwicklungen im EU-System.“

Maxime für Europa sein. Regionale Identität und Europäische Republik würden sich hervorragend ergänzen. Der Nationalstaat als Zwischenebene ist dabei nicht notwendig und stört mehr, als dass er nützt.

Die AfD und die anderen rechtspopulistischen Parteien, die in den letzten Jahren in Europa stark geworden sind, sehen das ganz anders.

Mängel und Fehlentwicklungen im EU-System. Die EU praktiziert eine Wirtschaftspolitik ohne Sozialpolitik. Eine Wirtschaftspolitik, die vornehmlich Deregulierung und Wettbewerb als Ziele verfolgt, nicht aber das Gemeinwohl. Wettbewerb bedeutet immer, dass es neben Siegern auch Verlierer gibt. Und die Verlierer werden immer mehr. Und geraten immer stärker ins Hinter-

treffen. Die Wohlstandsgefälle verschärfen sich – zwischen Nationen, zwischen Regionen, zwischen Stadt und Land. Darauf hat die EU bis heute keine schlüssige Antwort. Und in dieses Wertevakuum stoßen die Rechtspopulisten – aber

„Die EU praktiziert eine Wirtschaftspolitik, die vornehmlich Deregulierung und Wettbewerb als Ziele verfolgt, nicht aber das Gemeinwohl.“

mit völlig falschen Antworten. Es geht ihnen in Wahrheit auch gar nicht so sehr um „die Nation“ oder „das Volk“, sondern vor allem um autoritäres, diskriminierendes und anti-aufklärerisches Denken – über alle nationalen Grenzen hinweg. Der erste Satz der Menschenrechts-erklärung lautet: „Alle Menschen sind geboren frei und gleich in ihren Rechten.“ Für Rechtspopulisten ist das inakzeptabel. Sie brauchen immer jemanden, gegen den sie sich entschieden abgrenzen und auf den sie herabschauen können.

Der Rechtspopulismus feiert aktuell ungeahnte Erfolge. Was lässt Sie hoffen, dass eine Europäische Republik dennoch in absehbarer Zeit realisiert wird?

Der Rechtspopulismus ist an sich höchst widersprüchlich. Er tut so, als gäbe es „ein Volk“, dabei gliedert sich die Bevölkerung natürlich zum einen in die erwähnten regionalen Bevölkerungsgruppen sowie in unterschiedliche Einkommens- und Vermögensschichten, zum anderen tritt der Rechtspopulismus nicht als großer „Einer“ auf, sondern als „Spalter“: Großbritannien wird in Brexit-Befürworter und Brexit-Gegner gespalten, Deutschland in AfD-Anhänger und AfD-Gegner. Wir erleben also de facto keine Re-Nationalisierung, sondern

eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung. Hinzu kommen die Verwerfungen, welche die neoliberale Wirtschaftspolitik erzeugt hat und immer noch erzeugt: der Zerfall des politischen Körpers, der Zerfall der europäischen National-

staaten. Der könnte jedoch auch zum Ausweg aus der europäischen Krise werden.

Für die Gründung einer Europäischen Republik muss aber wohl eine satte Mehrheit in der Bevölkerung von der Idee überzeugt sein.

Über Wege wie diesen wollen wir – nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ – die Debatte über europäische Demokratie und die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger immer weitertreiben. In diesem Diskurs geht es auch darum, den populistischen Argumenten den Boden zu entziehen, indem man endlich die Frage nach dem europäischen Souverän beantwortet.

„Rechtspopulisten geht es vor allem um autoritäres, diskriminierendes und anti-aufklärerisches Denken – über alle nationalen Grenzen hinweg.“

Das heißt: Ich will die europäische Demokratie so demokratisch machen, dass es keinen Grund mehr gibt, sie zu kritisieren.

Sie scheinen eher zuversichtlich auf Europa zu blicken. Was ermutigt Sie im Moment am meisten?

Ich blicke nicht zuversichtlich auf Europa. Ich halte es eher mit Václav Havel: „Hoffnung ist nicht, dass die Dinge besser werden, sondern dass

BUCHTIPPS

Oskar Negt, Ulrike Guérot, Tom Kehrbaum, Emanuel Herold
Europa jetzt!
Eine Ermutigung
Steidl, Juni 2018
96 Seiten, 8,00 Euro
978-3-95829-431-8



Ulrike Guérot
Der neue Bürgerkrieg
Das offene Europa und seine Feinde
Propyläen, Mai 2017
96 Seiten, 8,00 Euro
978-3-549-07491-6



Ulrike Guérot
Warum Europa eine Republik werden muss
Eine politische Utopie
Piper, April 2016/
November 2017
368 Seiten, 12,00 Euro
978-3-492-31192-2



man das Richtige tut, auch wenn sie nicht besser werden.“ Das mache ich. Ich säe diese Idee einer Europäischen Republik, auch in diesem Interview. Damit überzeuge ich viel-

leicht wieder 10 oder 20 Leserinnen und Leser. Ich möchte auf diese Weise den Boden bereiten für ein neues Europa. Für ein Europa, das dann kommen wird, wenn die Zeit dafür reif ist. Diesen Zeitpunkt kann ich nicht erzwingen. Aber was nicht gedacht ist, das kann nicht werden.

Frau Prof. Guérot, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

EU versus Nationalstaat

Für eine Union der *Vaterländer* und Muttersprachen

Der europäische Einigungsprozess ist seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Die nationalen Interessen zu verteidigen bzw. durchzusetzen, ist bei vielen EU-Mitgliedsstaaten in den Vordergrund gerückt, obwohl diese ja untereinander wirtschaftlich eng verknüpft sind. Ist deshalb die Abschaffung der Nationalstaaten ein notwendiger Schritt?

von Walter Konrad

Europa ist mehr als nur ein auf Ökonomie konzentriertes Gebilde. Seine wahren Grundlagen sind die gemeinsame Überzeugung, dass der demokratische Pluralismus, die freiheitliche Ausgestaltung der staatlichen Ordnung und die garantierten Freiheitsrechte aller Menschen, die auf dem Gebiet der EU leben, das Fundament der EU bilden. Allerdings wird die Bildung einer politischen Union durch das Faktum, dass die Europäer eine Vielzahl von Sprachen und regionalen Dialekten sprechen, deutlich erschwert. Viele Menschen beziehen ihre Identität aus der Verwurzelung in ihrer Lebensregion, wo sie Geborgenheit finden und mit der sie sich kulturell verbunden fühlen. Diesen großen Schatz gilt es zu erhalten und zu pflegen.

Es scheint schwierig bis unmöglich, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine einzige Sprache als Amtssprache einigen. Vorstellbar ist jedoch, dass die Sprachen der vier größten Bevölkerungsgruppen und zusätzlich Englisch als Amtssprachen genutzt werden. Dass es machbar ist, mit mehreren Amtssprachen zu agieren, zeigen die Beispiele Schweiz, Luxemburg, Belgien und Kanada. Für die Akteure im

politischen Leben Europas würde dies allerdings bedeuten, dass sie Kenntnisse in drei bis vier EU-Sprachen mitbringen müssen. Es ist schon aus ökonomischen Gründen

entledigen. Die Behauptung der Akteure vor Ort, es gehe ihnen darum, die regionale Autonomie zu stärken, hat somit deutliche Züge von „Rosinenpickerei“. Außerdem lässt es

Die Autonomie-Bestrebungen in Regionen wie Katalonien und Norditalien entspringen zumeist nur kurzfristigen ökonomischen Interessen.

nicht sinnvoll, auf Dauer, wie z. B. im Europaparlament oder bei Regierungskonferenzen üblich, alles Gesagte und alle Dokumente in 27 verschiedene Sprachen zu übersetzen.

Autonomie-Bestrebungen sind ein Irrweg

Die Überlegung, die Nationalstaaten in Europa zugunsten einer Konzentration auf die Regionen abzuschaffen, ist sowohl aus historischen als auch aus praktischen politischen Gründen nicht sinnvoll. Die Autonomie-Bestrebungen in Regionen wie Katalonien und Norditalien entspringen zumeist nur kurzfristigen ökonomischen Interessen: Die reichen Regionen wollen sich lästiger Zahlungspflichten gegenüber ärmeren Regionen

völlig unberücksichtigt, dass Regionen einerseits immer auch auf ein leistungsfähiges Umland angewiesen sind und andererseits oft am Geldtropfen ihrer nationalen Regierungen hängen.

Bei einer Abschaffung der Nationalstaaten müsste die Ver- bzw. Umverteilung der finanziellen Res-

ourcen völlig neu geregelt werden. Fraglich wäre dann, ob bei einer Verteilung auf EU-Ebene die Interessen der Regionen so gewahrt werden könnten, wie dies durch die heutige Nähe der nationalen Regierungen zu ihren jeweiligen Regionen möglich ist. Eine Betonung der Regionen innerhalb der EU würde die Schere zwischen reichen und armen Regionen wohl noch weiter öffnen. Hierauf weisen z. B. in Deutschland die Bestrebungen Bayerns beim Länderfinanzausgleich deutlich hin.

Die heutigen Nationalstaaten in Europa sind das „Endprodukt“ einer über Jahrhunderte andauernden Entwicklung. Dabei haben sich in den verschiedenen Staaten durchaus auch unterschiedliche Formen der staatlichen Gliederung etabliert. Die Bandbreite reicht dabei von Zentralstaat über repräsentative Demokratie bis hin zu bundesstaatlichen Formen. Überall in der EU aber genießen einzelne Regionen aufgrund historischer Gegebenheiten z. T. deutliche Privilegien – so z. B. Dänen in Schleswig-Holstein oder deutschstämmige Polen in Polen beim Wahlrecht.

Gerade die regionalen Besonderheiten bieten enorme Chancen, da die Menschen in Grenzregionen sehr oft die gleiche Sprache sprechen oder dieselben kulturellen Hintergründe haben. Millionen von Menschen arbeiten jeweils jenseits ihrer Landesgrenzen und schaffen so Verbindungen, die die nationalen Grenzen kaum noch spürbar machen. Beispiele hierfür sind die vielfältigen Kontakte von Menschen im französischen und spanischen Baskenland, im deutschen und polnischen Schlesien oder im österreichischen Tirol und italienischen Südtirol. Die Nationalstaaten unterstützen diese Kontakte, indem sie kulturelle Aktivitäten fördern sowie



Foto: psamntik/shutterstock.com

die beiderseits der Grenzen vorhandenen Sprach- und Kulturkenntnis nutzen und ausbauen.

EU-Strukturen sind das eigentliche Problem

Dass die EU ihre Strukturen modernisieren muss, ist unbestritten. Auch Demokratiedefizite sind unverkennbar vorhanden – z. B. bei der Rolle des Europäischen Parlaments. Die Forderungen nach regionaler Autonomie oder gar der Neubildung von Kleinstaaten sind aber der falsche Weg, um den Kräften in Europa, denen der demokratische Um- oder Neuaufbau am Herzen liegt, Auftrieb zu geben. Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass nur ein starkes und einiges Europa, organisiert z. B. als Verbund von Bundesstaaten wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in der globalisierten Welt Gehör finden wird.

Die Abschaffung der Nationalstaaten ist kein geeignetes Mittel, um Europa politisch voranzubringen. Ein Rückzug in die vermeintliche „Kuschelecke“ der Regionen wäre eher ein Rückfall in die Zeit der Kleinstaaterei. Eine konkrete Weiterentwicklung der EU hin zu einem Staat kann erst erfolgen, wenn die aktuellen Probleme ausreichend gelöst sind. Jede Diskussion über eine künftige Staatsform käme daher jetzt zur Unzeit.

In Jürgen Rüttgers' und Frank Deckers Buch „Europas Ende, Europas Anfang“ steht ein Satz, der hervorragend ausdrückt, was der zukünftige Weg eines geeinten Europas sein sollte: „Deshalb liegt die Zukunft Europas und seiner Mitgliedsstaaten nicht in der Rückkehr zum Nationalstaat, sondern in der Vervollendung der Vereinigung Europas und des normativen Projekts des Westens, der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie.“

Walter Konrad, Jahrgang 1955, lernte den Beruf des Einzelhandelskaufmanns, studierte anschließend evangelische Theologie und absolvierte eine Weiterbildung zum Betriebswirt. Seit 1999 ist er im kirchlichen Dienst tätig, seit 2001 auch als Pfarrer im Ehrenamt. 1999 trat er auch in die ÖDP ein, ist seither Mitglied im Kreisvorstand der ÖDP Mainz und im Ortsbeirat von Mainz-Hartenberg/Münchfeld, seit 2007 zudem kommunalpolitischer Referent des ÖDP-Bundesverbands.



walter.konrad@oedp.de

BUCHTIPP

Jürgen Rüttgers, Frank Decker (Hrsg.)

Europas Ende, Europas Anfang

Neue Perspektiven für die Europäische Union
Campus, April 2017
268 Seiten, 24,95 Euro
978-3-593-50700-2



Währungsunion

Geopfert auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit

Die Europäische Währungsunion steckt in einer Dauerkrise. Die Wirtschaftskraft der beteiligten Länder driftet auseinander. Das schafft Frust und Streit. Denn die ursprüngliche Verheißung war, dass sich die Wirtschaftsstrukturen und Wohlstandsniveaus der Mitglieder annähern. Die ärmeren Länder sollten aufholen. Doch das ist nicht passiert – im Gegenteil.

von Norbert Häring

Philipp Heimberger vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) warnte im Oktober 2018: „Die Polarisierung der Produktionsstrukturen zwischen Kernländern und den Ländern der südlichen Peripherie stellt das größte Risiko für das Fortbestehen der Währungsunion dar.“ Die deutsche Volkswirtschaft wuchs von Beginn der Währungsunion 1999 bis 2017 um 27 %, die österreichische um 33 %, die italienische um 6 % und die portugiesische um 12 %. In Griechenland lag das Bruttoinlandsprodukt 2017 inflationsbereinigt auf dem gleichen Niveau wie 19 Jahre vorher. Während der Anteil der deutschen Industrie an der Wertschöpfung auf hohem Niveau fast stabil blieb, ging er in der Peripherie kräftig zurück.

Die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) sehen die Schuld am Zurückfallen der Peripherie bei den Regierungen. So schreibt die Europäische Zentralbank (EZB): „Konvergenz liegt hauptsächlich in der Verantwortung der nationalen Regierungen.“ Dass es keine Konvergenz gebe, habe mit schwachen Institutionen, strukturellen Starrheiten, schwachem Produktivitätswachstum und

nicht ausreichenden Maßnahmen gegen Hauspreisblasen zu tun. Ganz ähnlich schreibt auch der IWF: „Einkommenskonvergenz setzt Reformen voraus, die das Produktivitätswachstum in den nachhängenden Ländern antreiben.“

Zentrifugale Kräfte

Für Michael Landesmann und Roman Stöllinger vom WIIW machen es sich EZB und IWF zu einfach: „Die Qualität der Institutionen hängt eng mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zusammen.“ Man könne nicht einfach einfor-

nologisch führende Deutschland seinen industriellen Vorsprung weiter ausbauen konnte, während die Peripherie weiter zurückfiel.

Als Ursache identifiziert er etwas, was in der von EU-Kommission, EZB und IWF zugrunde gelegten neoklassischen Theorie kaum vorkommt: die Vorteile der Massenproduktion. Wenn Handelshemmnisse abgebaut werden und sich dadurch der Markt vergrößert, profitieren die führenden Anbieter hochwertiger, komplexer Produkte am meisten. Denn sie sind besonders auf einen großen Absatzmarkt angewiesen,

Wenn Handelshemmnisse abgebaut werden, profitieren die führenden Anbieter hochwertiger, komplexer Produkte am meisten.

dem, dass eine weniger entwickelte Wirtschaftsnation Institutionen auf dem Qualitätsniveau der fortschrittlichsten haben sollte.

Heimberger macht in seiner Analyse „selbstverstärkende Prozesse“ ohne kompensierende Gegenkräfte im Rahmen der Währungsunion verantwortlich für die ökonomischen Fliehkräfte. Sie hätten dazu geführt, dass das tech-

um die hohen Fixkosten aus Forschung und Entwicklung auf viele Produkteinheiten verteilen zu können. Weil bei solchen Produkten die Durchschnittskosten mit steigender Produktionsmenge besonders stark sinken, ist bei ihnen die Tendenz der Marktkonzentration auf die führenden Anbieter besonders stark. Dieser Effekt begünstigt vor allem Unternehmen im Zentrum

eines Handelsraums, da diese den Gesamtmarkt mit den geringsten Transportkosten bedienen können. Die weitere Vertiefung des gemeinsamen Binnenmarktes, die die EZB als Strategie für mehr Konvergenz vorschlägt, könnte daher ohne kompensierende Maßnahmen eher das Gegenteil von Konvergenz bewirken.

Begriffe wie „Zentrum“ und „Peripherie“ kommen in den Analysen von EU, IWF und EZB kaum oder gar nicht vor, die Tendenz zur Marktkonzentration bei hohen Fixkosten auch nicht. Heimberger kritisiert: „Einseitige Betonung von

Aghion verbunden ist, betont demgegenüber, dass Länder an der Spitze der technologischen Entwicklung eine andere Industriepolitik brauchen als technologisch weniger entwickelte Länder. Die Nachzügler bräuchten eine Förderung ihrer Kapazität zur Verwendung der bereits entwickelten Technologien und Verfahren.

„Interner Kolonialismus“

Der norwegische Wirtschaftshistoriker Erik Reinert spricht sogar von „internem Kolonialismus“ in der EU, weil die Gemeinschaftsinstitutionen

Die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, bedeutete, 1992, höherwertige Produkte zu erzeugen, 2015 dagegen, die Löhne zu senken.

Strukturreformen und solider Finanzpolitik ist mit einem Konvergenzprozess nicht kompatibel.“ Nötig sei eine Industriepolitik auf europäischer Ebene. Andernfalls werde die immer weiter zunehmende Polarisierung zwischen industriellen Gewinnern und Verlierern zu „toxischen Konflikten“ führen, die die Währungsunion gefährden.

Landesmann und Stöllinger stellen fest, dass es zwar ein neu erwachtes Interesse der Ökonomen an Industriepolitik gebe, bemängeln aber, dass dieses sich sehr stark auf die Bedürfnisse der führenden Industrieländer beziehe und die Weiterentwicklung der fortschrittlichsten Technologien und Verfahren fördere. Eine ökonomische Forschungsrichtung, die vor allem mit dem Harvard-Ökonomen Philippe

den offenkundigen Unterschied zwischen der gesamtwirtschaftlichen Wertigkeit verschiedener Branchen und Produkte ignorierten – zum Nachteil der Peripherie. Je standardisierter die Produkte, desto höher ist der Wettbewerbsdruck und desto geringer die Wertschöpfungsquote. Ganz unten stehen typischerweise Landwirtschaft und einfache Dienstleistungen, ganz oben komplexe industrielle Produkte. Wirtschaftliche Konvergenz würde verlangen, den Nachzüglern zu helfen, die Komplexitätsleiter hinaufzusteigen. Stattdessen werde ihnen geraten, durch Kostensenkungen wettbewerbsfähiger zu werden.

Zum Beleg führt Reinert den Wandel in der Definition des Industrieländerklubs OECD von Wettbewerbsfähigkeit an. 1992, als der Ver-

trag von Maastricht unterschrieben wurde, war sie definiert als „das Ausmaß, in dem ein Land das heimische Einkommen steigern und gleichzeitig Güter und Dienste produzieren kann, die gegenüber ausländischen Konkurrenten bestehen können“. 2015 war Wettbewerbsfähigkeit für die OECD dagegen „ein Maß für den Vorteil oder Nachteil eines Landes beim Verkaufen seiner Produkte auf internationalen Märkten“, gemessen vor allem anhand der Lohnstückkosten.

Das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, bedeutete also 1992, höherwertige Produkte zu erzeugen, die höhere Löhne ermöglichen, 2015 dagegen, die Löhne und damit die Lohnstückkosten zu senken. Eine solche Strategie führe aber, so Reinert, zu Wettbewerbsvorteilen, vor allem bei einfachen Produkten, und verstärke so eher die Divergenz der Wirtschaftsstrukturen. ■

Diesen Artikel veröffentlichte der Autor erstmals am 16.01.2019 auf seinem Blog. Für die Zweitveröffentlichung in der Ökologie-Politik wurde er leicht gekürzt.

Norbert Häring, Jahrgang 1963, studierte Volkswirtschaftslehre, promovierte und war dann zunächst für eine große deutsche Bank tätig. Seit 1997

arbeitet er als Journalist – zunächst bei der Börsen-Zeitung und der Financial Times Deutschland, seit 2002 beim Handelsblatt. Er ist Autor zahlreicher Bücher und veröffentlicht auf seinem Blog regelmäßig Artikel.



www.norberthaering.de



Foto: Savvapantf Photo/Shutterstock.com

Neoliberale Globalisierung

Ist die EU ein Schutzwall oder ein Einfallstor?

Die Gründung der EU im Jahr 1993 bildete für einige zeitgenössische Beobachter den vorläufigen Höhepunkt einer neoliberalen wirtschaftlichen Integration Europas. Die ursprüngliche Idee eines vereinten und friedlichen Europas hatte noch nicht viel mit den Idealen des Neoliberalismus gemein, doch seit den 1980er-Jahren änderte sich das.

von Patrick Kaczmarczyk

Beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1952 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben riefen, wurde der Grundstein für eine engere Kooperation und ein friedliches Miteinander der kriegsgebeutelten Völker Europas gelegt.

Zwar folgte bereits die Gründung der EWG dem Prinzip der negativen Integration – also dem Beseitigen

von Handelsbarrieren –, doch das qualitative Ausmaß der Regelungen war moderat. Bis 1968 wurden die internen Zölle und Exportquoten zwischen den Mitgliedsstaaten beseitigt und eine einheitliche Zollpolitik gegenüber Drittländern etabliert, die nicht tarifären Handelshemmnisse (direkte protektionistische Maßnahmen) hatten jedoch weiterhin Bestand. Zudem blieb die nationale Wirtschaftspolitik weitgehend in nationalstaatlicher Hand und eine weitere Harmonisie-

rung europäischer Regularien traf bei den einzelnen Mitgliedsstaaten auf großen Widerstand.

Auch die Kapitalmärkte standen unter strenger staatlicher Aufsicht und durch die Einbettung der EWG-Mitglieder in das Bretton-Woods-System folgte man weiterhin einer expansiven Geldpolitik, die von der Federal Reserve aus den USA vorgegeben wurde. Die Mischung aus einer Liberalisierung des Handels und kontrollierten Finanzmärkten sorgte dafür, dass

der Binnenmarkt als ein Mittel zur Steigerung des Wohlstands in Europa wurde und nicht, wie im Vertrag über die Europäische Union (TEU) festgelegt, zum Selbstzweck verkam.

Nach den Turbulenzen, die dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems folgten, und dem paradigmatischen Wandel in

und Sicherheitspolitik – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) vor allem die Schaffung einer gemeinsamen Währung im Mittelpunkt.

Nach den schwierigen Erfahrungen der gescheiterten geldpolitischen Kooperation in der Währungsschlange und dem Europäischen Währungssystem (EWS)

Die „Wiedergeburt des EU Projekts“ in den 1980er-Jahren war eine fundamentale Abkehr von den Werten und Normen der vorangegangenen Jahrzehnte.

den Politik- und Wirtschaftswissenschaften in den 1970er- und 1980er-Jahren änderte sich auch die Grundausrichtung der europäischen Integration. Mitunter wird die „Wiedergeburt des EU-Projekts“ in den 1980er-Jahren gar als „fundamentale Abkehr von den Werten und Normen der vorangegangenen Jahrzehnte“ bezeichnet.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) aus dem Jahr 1986, welche die Grundlage für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und der EU bildete, schwächte die Möglichkeiten der nationalen Vermittlung zwischen Arbeit und Kapital und unterwarf die Steuerungsmechanismen zu weiten Teilen den „Marktkräften“, die nach herrschender Lehre automatisch die beste aller möglichen Welten herbeibringen würden.

Im Vertrag von Maastricht schließlich, der im Jahr 1992 den Höhepunkt der europäischen Integration bildete, stand im Rahmen der Umstrukturierung der EU in die „Drei Säulen der Europäischen Union“ (Europäische Gemeinschaften – Gemeinsame Außen-

war mit der Europäischen Währungsunion (EWU) die Hoffnung verbunden, dass den jeweiligen Mitgliedsstaaten mehr geldpolitische Mitsprache geboten werden könnte. Zwar war durch die Schaffung einer „politisch unabhängigen“ Zentralbank eine strikte Trennung der Fiskal- und Geldpolitik vorgesehen – entgegen der ursprünglichen

Der Neoliberalismus verwickelt sich durch die Forderung nach einem starken Staat in einen Widerspruch zum propagierten Konzept der Freiheit.

Pläne für eine Währungsunion, die im Werner Report (1970) ausgelegt wurden und ein deutlich höheres Ausmaß an fiskalpolitischer Zentralisierung beinhalteten. Da jedoch viele Mitgliedsstaaten im System des Europäischen Wechselkursverbands und später im EWS ohnehin an die Geldpolitik der Bundesbank gebunden waren, wurde eine gemeinsame Währung in dieser Hinsicht als Fortschritt angesehen.

Auch wenn es einige Beobachter gab, die bereits früh vorhersahen,

was für ein neoliberales Gefängnis der Euro werden könnte, bleibt die Vorstellung dessen, wie sich die EWU entwickelt hätte, sofern sich alle Länder an das Inflationsziel von nahe 2% gehalten hätten, leider ein kontrafaktisches Szenario. Die bittere Realität ist, dass insbesondere in der Eurozone der Neoliberalismus sich in extremster Form verbreitet und die letzten Überreste eines sozialen Europas vollständig beseitigt hat.

Der Neoliberalismus – ein verworrenes Konzept

Wie ist der „Neoliberalismus“ zu konzipieren? Trotz der teilweise inflationären Verwendung des Begriffs haben sich einige Merkmale herausgebildet, die den Neoliberalismus von anderen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Organisationsformen unterscheiden.

Am wichtigsten ist dabei die Rolle des Staates, der die notwendigen Institutionen bereitstellen muss, um die neoliberale Vision der idealen Gesellschaft zu konstruieren. Hierin

unterscheiden sich die Neoliberalen von den klassischen Liberalen, welche die beste gesellschaftliche Organisationsform in einer vollkommen „natürlich entstehenden Ordnung“ sehen. Friedrich August von Hayek kritisierte deren Ansatz zum Liberalismus bereits im ersten Kapitel seines Buchs „Der Weg zur Knechtschaft“: „Es besteht im Besonderen ein himmelweiter Unterschied zwischen der bewussten Schaffung eines Systems, in dem die freie Konkurrenz sich mit dem denkbar

größten Nutzen auswirken wird, und dem passiven Sichabfinden mit den nun einmal bestehenden Einrichtungen. Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-faire.“

Wie hingegen eine neue (entsprechend neoliberale) Form des Kapitalismus aussehen kann, verdeutlicht

In der Öffentlichkeit wird ausschließlich der Aspekt der Freiheit betont, während die Notwendigkeit eines autoritären Staates außen vor bleibt.

Milton Friedman bereits 1951: „Eine neue Ideologie (...) muss die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in die Aktivitäten eines Individuums effizient und wirksam limitieren. Gleichzeitig ist es absolut richtig, dass der Staat positive Funktionen übernehmen kann. Die Doktrin, (...) die hin und wieder als Neoliberalismus bezeichnet wurde (...), ist genauso eine Doktrin (...). Im Gegensatz zum Verständnis des 19. Jahrhunderts, dass das Laissez-faire der beste Weg ist, dieses Ziel zu erreichen, besagt der Neoliberalismus, dass der Wettbewerb den Weg vorgeben soll.“

Der Neoliberalismus geht somit weit über den liberalen Wunsch nach einem Nachwächterstaat hinaus und verwickelt sich durch die Forderung nach einem starken Staat in einen inhärenten Widerspruch zum eigentlich propagierten Konzept der Freiheit. In der für die Öffentlichkeit bestimmten Kommunikation des Neoliberalismus wird dieser Widerspruch dadurch aufgelöst, dass (fast) ausschließlich der Aspekt der Freiheit betont wird, während die Notwendigkeit eines autoritären Staates zur Umsetzung

des politischen Programms außen vor bleibt. Auf diese Weise wird die falsche Ansicht verbreitet, dass der Neoliberalismus den Staat ablehnte.

Das zweite wichtige Merkmal ist, dass jedes Problem über „den Markt“ gelöst werden soll. Leider ist das allgemeine Verständnis dessen, was ein Markt eigentlich ist, äußerst begrenzt. Und der Neoliberalismus hat trotz der fundamentalen Bedeutung „des Marktes“ in

seinem Programm ebenfalls keine Antwort darauf. Einzig die Rolle, die der Markt spielen soll, ist klar: Er fungiert als Informationsprozessor, dessen Fähigkeiten die eines jeden Menschen oder einer jeden Organisation übersteigen. Da der Markt per definitionem unfehlbar ist, sollte er ohne Einschränkungen operieren können.

Daraus ergibt sich drittens, dass den Neoliberalismus eine Skepsis

Da der Markt per definitionem unfehlbar ist, sollte er ohne Einschränkungen operieren können.

gegenüber der Demokratie auszeichnet. Wie Hayek erläutert, sind „Liberalismus und Demokratie zwar kompatibel, jedoch nicht ein und dasselbe. Ersteres bezieht sich auf das Ausmaß staatlicher Macht, Letzteres darauf, in wessen Händen die Macht sich befindet. (...) Prinzipiell ist es somit zumindest möglich, dass ein demokratisches Regime totalitär sein kann und ein totalitäres Regime auf Basis liberaler Grundsätze handelt.“

Da „die Freiheit“ über allem steht, muss somit sichergestellt werden, dass demokratische Einflussnahme auf den Markt unmöglich gemacht wird. Dies kann auf institutionellem Wege geschehen, indem öffentliche Leistungen zum Beispiel durch Privatisierungen der Marktlogik unterworfen werden. Doch Reformen zur Garantie individueller Freiheit können auch deutlich weitreichender sein, wenn es die Umstände erfordern. Die Unterstützung für Pinochets Terrorregime in Chile in den 1970er- und 1980er-Jahren liefert die beste historische Evidenz, mit welcher Brutalität der Neoliberalismus eine bestimmte Form der Freiheit zu verteidigen bereit ist.

Viertens hat der Neoliberalismus eine zutiefst soziologische Dimension, da sich die propagierte Denkweise durch die gesamte Gesellschaft zieht. Selbstaussbeutung wird im Überlebenskampf der neuen, sozialdarwinistischen Gesellschaft zu einer Norm, der es sich anzupassen gilt. Die Parameter für die Beurteilung der Löhne und Arbeitsbedingungen werden

einer neoliberalen Vorstellung von Wettbewerb und Freiheit (der Unternehmen) untergeordnet – ohne dass diese Entwicklungen in der Gesellschaft auf Empörung stoßen.

Der neoliberale Ursprung der Europäischen Union

Die oben genannten Merkmale verdeutlichen bereits, dass es sich beim Neoliberalismus um ein politisches Programm handelt. Es bedarf somit Agency, also dem be-

wussten Handeln wirtschaftspolitischer Spieler, welche die Struktur für ihr Programm erschaffen. Im weltweiten Siegeszug des Neoliberalismus spielte die Mont Pèlerin Society (MPS) eine entscheidende

Da „die Freiheit“ über allem steht, muss sichergestellt werden, dass demokratische Einflussnahme auf den Markt unmöglich gemacht wird.

Rolle. Doch wie sah es im Falle der EU aus, deren wettbewerbsrechtliche Grundlagen zweifellos neoliberale Züge tragen?

Es gibt zwei dominante theoretische Strömungen, welche die fortschreitende wirtschaftliche und politische Integration Europas erklären. Die erste Theorie beruht auf dem maßgeblich von Andrew Moravcsik beeinflussten liberalen Intergouvernementalismus, der die Integration als einen von den Nationalstaaten gewünschten und geförderten Prozess ansieht. Entsprechend schlugen sich die neoliberalen Präferenzen individueller Staaten letztendlich in den europäischen Verträgen nieder. In diesem Ansatz spielt Agency somit eine ganz zentrale Rolle.

Dementgegen stellt der Neofunktionalismus die These auf, dass die Integration in einem Bereich (zum Beispiel Handel) zu sogenannten Spillover-Effekten führte, was den Druck auf die Integration in anderen Bereichen (etwa Währungen) erhöhte. Die Gründung der EU und EWU sind dieser Ansicht zufolge ein Resultat der Integrationsprozesse, die in den frühen 1950er-Jahren begannen. Die vorherrschende Struktur wird somit auf fast schon deterministische Weise zur Antriebskraft der Integration.

Was beiden Ansätzen entgegen, sind politische Machtverhältnisse und die Rolle ideologischer Paradigmen in der institutionellen Ausgestaltung der EU. Dabei haben sich Erstere seit den 1980er-Jahren

kontinuierlich zugunsten der Arbeitgeber verschoben, während Letzteres uns in Erinnerung rufen sollte, dass der Vertrag von Maastricht im „End of History“-Zeitgeist eingebettet war. Vor allem durch seine Forschungsarbeiten zum

reine Lobbyorganisation oder Interessensverbände. Durch die Größe der Firmen und deren Gewicht in den jeweiligen Volkswirtschaften pflegen die Vertreter einen engen Draht zu den führenden nationalen Politikern. Dies ist vor allem von Bedeutung, da der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder zusammensetzt, der zentrale Agenda-Setter in der Europäischen Union ist. Zudem zeichnet sich der ERT durch sehr enge Verbindungen zur Europäischen Kommission aus, welche wiederum mit der Formulierung und Überwachung der Einhaltung des europäischen Regelwerks betraut ist. Diese Verbindungen machen den ERT zu einer einfluss-



Die Eurozone symbolisiert das neoliberale Paradies eines autoritären Liberalismus.

European Round Table of Industrialists (ERT), einem Zusammenschluss von derzeit 50 CEOs der größten Konzerne, adressiert Bastiaan van Apeldoorn diese Lücken in der Literatur und liefert wertvolle Einblicke in die Organisation des transnationalen Kapitals auf europäischer Ebene.

Der ERT agiert in diesem System viel einflussreicher als eine

reichen politischen Plattform für eine „transnationale kapitalistische Klasse“ in Brüssel.

Obwohl es Pläne zur Vollendung des Binnenmarktes auf europäischer Ebene schon länger gab, war es der ERT, der während der „Eurosklavose“ der frühen 1980er-Jahre den Vertiefungsprozess wieder in Gang setzte, da die Industrie befürchtete, im Wettbewerb mit amerikani-

schen und japanischen Konzernen den Anschluss zu verlieren. Pehr Gyllenhammar, damals CEO von Volvo, und Étienne Davignon, ein ranghoher Kommissionsbeamter, waren dabei die zentralen Figuren. Ab 1983 begann der ERT systematisch Vorschläge zur „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Firmen“ zu gestalten und bediente sich vornehmlich der aufstrebenden neoliberalen und neo-merkantilen Rezeptur. Die Grundlage bildete das Mitte der 1980er-Jahre präsentierte Programm „Europa 1992“ zur Schaffung eines European Community Home Markets, was einen starken Einfluss auf die Kommission ausübte.

Laut Peter Sutherland, zur dieser Zeit Kommissar für Wettbewerb, ging dieser Einfluss sogar so weit, dass man sagen könne, die Vollenkung des Binnenmarktes „wurde nicht von den Regierungen, sondern vom Round Table und seinen Mitgliedern initiiert“. Und in den „Schritten zur praktischen Implementierung der Liberalisierung“

Kommissionspräsident Jacques Delors war einer der letzten Fürsprecher eines sozialdemokratischen Schutzwalls gegen den Neoliberalismus.

spielte der ERT „eine ziemlich konsistente Rolle im Dialog mit der Kommission“. Auffällig ist ebenso, dass der ERT-Report Reshaping Europe vom September 1991 seine Blaupause für die Europäische Ordnung nach 1989 präsentierte und darin eine Vertiefung der europäischen Integration forderte, bei der die Schaffung einer gemeinsamen Währung als wichtigster nächster Schritt anzusehen sei – auch wenn sich bei dem letzten Punkt nicht alle Mitglieder einig waren.

Auch wenn der Einfluss des ERT auf die inhaltliche Neuausrichtung der EU unumstritten ist, sollte jedoch auf dessen Grenzen verwiesen werden. Pläne zur Schaffung einer Währungsunion existierten bereits seit 1970. Zudem waren die Turbulenzen auf den Devisenmärkten in den 1970er- und 1980er-Jahren und die Krise des EWS 1992/1993 für viele Beobachter starke Indikatoren dafür, dass geldpolitische Stabilität nur gewährleistet werden konnte, wenn Wechselkurse entweder gänzlich den Marktkräften überlassen oder irreversibel fixiert wurden. Die Präferenz des ERT in dieser Hinsicht war somit nur eine, wenn auch bedeutsame Stimme, die sich für eine Währungsunion aussprach. Vom Prozess der Verhandlungen des Vertrags von Maastricht wurde der ERT selbst dann weitgehend ausgeschlossen.

Als bedeutendstes Zeichen für die Grenzen des Einflusses des ERT ist wohl das Sozialkapitel im Vertrag von Maastricht zu sehen, welches die Kompetenzen für eu-

ropäische Sozialpolitik bestimmte. Jacques Delors, Kommissionspräsident zu dieser Zeit, war einer der letzten Fürsprecher eines (moderaten) sozialdemokratischen Schutzwalls gegen den Neoliberalismus. Allerdings wurde seine Vision eines sozialen Europas von Anfang an verwässert, sowohl auf europäischer als auch nationalstaatlicher Ebene. Lobbyverbände, Arbeitgeber und Ökonomen forderten eine Erosion der sozialen Standards, da diese im neoliberalen Weltbild fal-

LESETIPP

Heiner Flassbeck,
Paul Steinhardt (Hrsg.)
Makroskop
Magazin für
Wirtschaftspolitik

Ach, Europa!
Warum die Friedensnobelpreisträgerin in der Krise steckt
Makroskop Mediengesellschaft,
Oktober 2018
112 Seiten, 12,00 Euro
978-3-947056-06-4

<https://makroskop.eu/2018/10/makroskop-jetzt-am-kiosk/>



sche Anreize setzten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft schwächten.

Hier spielte der ERT wieder eine gewichtige Rolle, unter anderem durch die Einflussnahme bei der Erstellung wichtiger strategischer Papiere der Kommission, wie dem Whitepaper 1993 „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“, oder durch direkte Behinderungen bei der Umsetzung sozialer Direktiven. Delors selbst gab den starken Einfluss der Industrie unumwunden zu. Die neoliberale Vorstellung von Wettbewerbsfähigkeit wurde in der Folgezeit zur alles dominierenden Doktrin – doch nichts, was im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt in der EU auf den Weg gebracht wurde, trieb den Neoliberalismus so tief in das europäische Herz hinein wie die Schaffung der Eurozone.

Neoliberalismus in der EU und EWU

Insgesamt zeigt sich, dass (1) die Wurzeln der EU, die in die 1950er-Jahre zurückreichen, wenig mit dem Neoliberalismus gemein haben, (2)

der Maastricht-Vertrag trotz seiner neoliberalen Handschrift auch anti-neoliberale Elemente enthielt und (3) zwischen der Eurozone und der EU unterschieden werden muss.

Auch wenn die soziale Komponente seit 1992 eine starke Erosion erlebte und der Privatisierungsdruck in der EU erheblich ist, so ist es nicht von der Hand zu weisen, dass (selbst geringe) Mindeststandards zum Arbeitnehmerschutz, Struktur- und Kohäsionsfonds, Regulierungen zum Umweltschutz, die Stärkung des europäischen Parlaments durch den Vertrag von Lisabon (2009) oder die Strafzahlungen gegen Konzerne in höchstem Maße der neoliberalen Doktrin widersprechen. Selbst die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird in der Literatur nicht als neoliberale Forderung gesehen, obwohl es den Unternehmen entgegenkommt, wenn eine größere Reservearmee bereitsteht.

Im neoliberalen Weltbild soll Freizügigkeit allerdings ausschließlich auf das Kapital beschränkt werden – und Arbeitnehmer können sich, wenn überhaupt, die Arbeitslaubnis in einem fremden Land gegen Bezahlung sichern. Ferner zeigt sich, dass einige der Staaten, die zu den progressivsten der Welt gehören, nämlich die skandinavischen Länder, zum Großteil innerhalb der EU sind. Nein, die extremste Form der neoliberalen Disziplinierung findet durch die Institutionen der Eurozone statt. Bereits die Beitrittsbedingungen in Form der Konvergenzkriterien und des Stabilitäts- und Wachstumspakts üben höchsten Druck auf die Sozialausgaben aus und erinnern stark an die Spielregeln des Goldstandards, die eine wirtschaftliche Erholung nach einer Krise unmöglich machten.

Die Lehren aus dem Zusammenbruch des Goldstandards wurden in Europa übergangen. Der ohnehin starke deflationäre Druck wurde seit Beginn der Eurokrise 2010 durch autoritäre und undemokratische Maßnahmen weiter verschärft. Das europäische Semester, Six-Pack

Die neoliberale Vorstellung von Wettbewerbsfähigkeit wurde zur alles dominierenden Doktrin.

und Two-Pack gaben der Kommission weitgehende Befugnisse, in die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten einzugreifen, während der Fiskalpakt sogar die Möglichkeit bietet, Länder, die keine Schuldenbremse in ihre nationale Gesetzgebung eingefügt haben, vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) für „zu hohe“ Schuldenstände bzw. unzureichende Maßnahmen zu deren Reduzierung zu verklagen.

In den Fällen, wo die Politik es trotzdem wagt, sich zu widersetzen, hat die Berlin-Frankfurt-Brüssel-Achse, die die Euro-Politik dominiert, mit der Europäischen Zentralbank (EZB) eine weitere wirksame Waffe, um demokratische Entscheidungen der Mitgliedsländer zunichtezumachen. Die Eurozone symbolisiert somit das neoliberale Paradies eines autoritären Liberalismus, wie es sich der Politikwissenschaftler Carl Schmitt 1932, also kurz vor Hitlers Machtergreifung, ausmalte. Der autoritäre Staat sollte Schmitt zufolge ein starker und schwacher Staat zugleich sein: stark in seiner institutionellen Kapazität, jeglichen demokratischen Einfluss auf den Markt zu unterdrücken, und schwach in seinen Möglichkeiten, die Marktergebnisse etwa durch Umverteilung oder Industriepolitik zu beeinflussen. Von diesem autori-

tären Staat grenzte Schmitt, der sich ab 1933 bei der NSDAP engagierte, den „totalen Staat“ ab, der durch demokratische Mitbestimmung direkt in den Markt eingreifen konnte und somit ein schwacher Staat war.

Das Euro-Regime verdeutlicht wie kaum ein anderes System, wel-

che Widersprüche der Neoliberalismus in sich trägt. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sämtliche Institutionen und Regeln von Politikern geschaffen wurden – und somit auch jederzeit geändert werden können. In diesem Sinne ist EUropa weder ein Schutzwall noch ein Einfallstor für die neoliberale Globalisierung, sondern ein bedeutsamer Akteur in dessen Gestaltung. ■

Dieser Artikel erschien erstmals am 18.10.2018 in der Ausgabe „Ach, Europa!“ des neuen Printmagazins „Makroskop“. Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber darf er in der ÖkologiePolitik zweitveröffentlicht werden. Er wurde dafür geringfügig überarbeitet und gekürzt.

Patrick Kaczmarczyk,
Jahrgang 1990,
ist Stipendiat des
britischen Economic
and Social Research
Councils (ESRC),
promoviert derzeit an
der University of Sheffield und arbeitet
als Forschungsassistent am Sheffield
Political Economy Research Institute
(SPERI). Sein besonderes Interesse gilt
handels- und währungspolitischen
Fragen im Zusammenhang mit der
Globalisierung.



patrickkaczmarczyk@gmx.de

Agrarpolitik

Entscheidung über die Zukunft unserer Ernährung

Die Subventionierung der Landwirtschaft ist seit den 1950er-Jahren ein zentrales Handlungsfeld in der europäischen Zusammenarbeit. Die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, war ihr ursprüngliches Ziel, doch im Lauf der Jahrzehnte führte sie immer mehr zu einer Intensivierung der Landwirtschaft und zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

von Konstantin Kreiser

Seit mehr als einem Jahr macht der dramatische Rückgang der Insekten Schlagzeilen. Der massive Artenschwund – der neben Insekten auch Vögel, Säugetiere, Amphibien, Kleinstlebewesen und Pflanzen betrifft – ist ein Problem. Und zwar eines, das möglicherweise noch dramatischere Folgen haben könnte als die Klimaerwärmung. Denn ohne Insekten und ihre Leistungen bei der Bestäubung und Schädlingskontrolle würden wir Menschen nur wenige Jahre überleben. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung findet sich daher erstmals auch ein klarer Auftrag: ein Aktionsprogramm für Insekten, mehr Geld für den Naturschutz – und die Neuausrichtung der alles bestimmenden „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) der EU.

Die GAP-Verhandlungen für die Jahre 2021 bis 2027 laufen in Brüssel bereits auf Hochtouren. Doch anstatt sich nun dort mit Kraft und Mut ans Werk zu machen, verbringen in letzter Zeit zahlreiche verantwortliche Politikerinnen und Politiker auffällig viel Zeit damit, freiwilliges Engagement zu loben – z.B. dass Landwirte Blühstreifen anlegen oder Verbraucher zu Bio-Produkten greifen, auch wenn dies

für beide jeweils einen finanziellen Mehraufwand bedeutet. Häufig zeigen sich verantwortliche Politikerinnen und Politiker auch bei Modellprojekten, die testen, wie die Landwirtschaft mehr für Vögel und Insekten tun kann. Beliebt ist zudem die Forderung nach mehr Forschung zu den Ursachen des Insektensterbens.

Natürlich brauchen wir engagierte Landwirte und Verbraucher. Und auch weitere Forschung. Aber

Die Zukunft der Artenvielfalt und Ernährung hängt davon ab, ob eine naturfreundliche Landwirtschaft Pflicht wird oder sich ökonomisch lohnt.

die Zukunft der Artenvielfalt und unserer Ernährung hängt ganz entscheidend von der Frage ab, ob eine naturfreundliche Landwirtschaft Pflicht wird oder sich ökonomisch lohnt. Beides ist bisher nicht der Fall.

Flächensubventionierung führt zur Intensivierung

Was den Umgang mit der Umwelt angeht, genießt die Landwirtschaft bisher große Privilegien. Würden etwa Chemieunternehmen unse-

re Flüsse und Meere noch derartig belasten, wie es die Agrarindustrie tut, wären sie längst mit schärferen Auflagen belegt. Bei der Landwirtschaft hingegen wird weitestgehend weggeschaut, man verweist auf unklare Definitionen von „guter fachlicher Praxis“. Und darauf, umweltgerechtes Verhalten mit öffentlichen Mitteln vergüten zu müssen.

Das größte Problem ist die jetzige Form der EU-Agrarpolitik und ihre Geldverteilung. Milliarden

fließen in die pauschale Flächensubventionierung. Dadurch sind jene Betriebe im Vorteil, die zu Pestiziden und reichlich Düngemitteln greifen, die jeden Quadratmeter möglichst effizient bewirtschaften. So bleibt kein Raum für blühende Wiesen und Hecken, kein Platz für Insekten und Vögel. Seit Jahrzehnten hat sich auf diese Weise ein profitables Geschäft etabliert für jene, die mit Pestiziden und Düngemitteln ihr Geld verdienen. Und wer Land verpachtet, schlägt einen

guten Teil der EU-Gelder gleich auf den Pachtpreis auf, den die Landwirte zahlen müssen.

Umweltfreundliche Produktion muss sich finanziell lohnen

Die pauschalen Flächenprämien sollten deshalb beendet werden und unsere Steuergelder allein in Maßnahmen fließen, die landwirtschaftliche Betriebe zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit bewegen – bei der Produktion wie bei der Vermarktung. Die EU sollte in einen Wandel investieren, der am Ende zu fairen Preisen führt. Zu

dies entsprechend ausgestalten und mit eigenem Geld aufstocken. Basierend auf Zahlen der Bundesregierung, fließen weniger als 5 Euro aus Brüssel konkret in die Rettung von Insekten, Vögeln und Schutzgebieten.

GAP-Verhandlungen laufen aktuell in die falsche Richtung

Die laufenden GAP-Verhandlungen sind vielleicht die letzte Chance, diese Verhältnisse geradezurücken. Wenn nicht jetzt ein grundlegender Wandel geschieht, droht die Akzeptanz der Bevölkerung für jegliche

Die EU sollte in einen Wandel investieren, der zu fairen Preisen führt, von denen Landwirte gut leben können – ohne die Natur zu zerstören.

Preisen, von denen Landwirte gut leben können – ohne die Natur zu zerstören. Im Gegenzug würden Lebensmittel produziert, die gesund für uns Konsumenten und für unseren Planeten sind.

Bisher kostet die GAP uns Steuerzahler jedes Jahr fast 60 Mrd. Euro. Das sind 114 Euro pro EU-Bürger. In Deutschland fließen hiervon knapp 90 Euro in die ineffizienten und umweltschädlichen Flächenprämien. Lediglich 25 Euro werden über den Fonds für die ländliche Entwicklung eingesetzt, aus dem auch Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen bezahlt werden können – wenn die Bundesländer

Förderung der Landwirtschaft zu verschwinden. Dann bleiben nur die unausweichliche Verschärfung von Umweltstandards, Verbote und Regeln – und die Chance einer sozialverträglichen Umstellung wäre vertan. Bäuerinnen und Bauern wären Opfer eines Politikversagens, wie es die Dieselfahrer gerade erleben.

Bei ihrem Amtsantritt vor bald einem Jahr erklärte Bundesagrarministerin Julia Klöckner die Biene und mit ihr alle Insekten für „systemrelevant“. Sie betonte die Notwendigkeit einer umweltfreundlicheren EU-Agrarpolitik. Ihr Ministerium solle ein „Lebensministerium“ sein. Doch was ist seitdem geschehen? In Brüssel machen die EU-Agrarminister derzeit Nägel mit Köpfen – nach aktuellem Stand leider Sargnägel für die Insekten: mehr Geld, weniger Vorgaben. Ein Freibrief für eine noch intensivere Landwirtschaft. Das ist – vereinfacht gesagt – auch die Devise, welche die Agrarverbände ausge-



Der „Vogel des Jahres 2019“: die Feldlerche. Von 1990 bis 2015 ging in Deutschland ihr Bestand um 38 % zurück.

geben haben. Die Bundesregierung schweigt bislang dazu. Es ist nicht bekannt, dass sich Frau Klöckner auch nur ein einziges Mal in Brüssel für konkrete und wirksame Umweltvorgaben in der GAP eingesetzt hätte. Fortschrittlichere Staaten wie die Niederlande warten vergebens auf deutsche Unterstützung.

Weder Landwirte noch Verbraucher können im Alleingang die Insekten retten. Dazu braucht es vor allem einen politischen Rahmen aus Gesetzen und Förderung. Aus dieser Verantwortung darf sich die Bundesregierung nicht herausstellen. ■

Konstantin Kreiser, Jahrgang 1975, studierte Geografie und war nach mehreren Auslandsaufenthalten von 2003 bis 2009 beim NABU-Dachverband „BirdLife Europe“ in Brüssel tätig und arbeitet seit 2010 beim NABU-Bundesverband in Berlin. Seit 2016 ist er dort Stellvertretender Fachbereichsleiter Naturschutz und Umweltpolitik sowie Teamleiter Globale und EU-Naturschutzpolitik.

konstantin.kreiser@nabu.de

ONLINETIPP

NABU
„Meine 114 Euro für ...“
Neue Agrarpolitik jetzt!
www.neueagrarpolitik.eu

Handelspolitik

Hunger in der Welt

Eigentlich arbeiten in Entwicklungsländern die meisten Menschen immer in der Landwirtschaft. Doch in Afrika z. B. schwemmt die EU den Lebensmittelmarkt mit ihren hochsubventionierten Überschüssen. Das drückt dort die Preise und Einkommen, zerstört gewachsene Strukturen – und Zukunftsperspektiven. So erzeugt die EU Fluchtursachen.

von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP

Im Jahr 2017 stieg die Zahl der Milliardäre so stark an wie nie zuvor: jeden zweiten Tag einer mehr. 82 % des neu entstandenen Vermögens gingen an das reichste 1 % der Weltbevölkerung, während die ärmere Hälfte überhaupt nichts davon bekam. Die ungenügend be-

rund 2 Mrd. Menschen betroffen. Dabei kostet eine Schulmahlzeit mit wichtigen Vitaminen und Nährstoffen lediglich 20 Cent. 98 % der weltweit hungernden Menschen leben in Entwicklungsländern, 60 % in Äthiopien, Tansania, China, Bangladesch, Indien, Pakistan und

Auch das Erbe der Kolonialherrschaft spielt insofern eine Rolle, als in vielen Ländern lange keine politische Elite heranwachsen konnte und deshalb Misswirtschaft und Korruption weiter verbreitet sind als anderswo.

Glücklicherweise hat sich die Situation in den letzten Jahren vor allem durch den Anbau von leistungsfähigeren Pflanzensorten etwas verbessert: Nach Angaben des World Food Program ist die Zahl der unterernährten Menschen zwischen 1990 und 2016 um etwa 216 Mio. gesunken. Auch die Zahl der jährlichen Todesfälle von Kleinkindern ging zwischen 1990 und 2015 weltweit von 12,7 Mio. auf knapp

Im Jahr 2016 waren rund 795 Mio. Menschen unterernährt. Das sind mehr als 10 % der Weltbevölkerung.

zahlte Arbeit von vielen erschuf den Reichtum einiger weniger: eine gefährliche Situation. Was das für die betroffenen Menschen bedeutet, zeigen die folgenden Zahlen:

Die Welthungerhilfe und das World Food Programme geben an, dass 2016 rund 795 Mio. Menschen unterernährt waren. Das sind mehr als 10 % der Weltbevölkerung. Jedes Jahr werden bis zu 20 Mio. untergewichtige Kinder geboren. Denn mangelernährte Mütter gebären oft mangelernährte Kinder. Dazu kommt noch der „verborgene Hunger“: Wegen eines Vitamin- oder Mineralstoffmangels (vor allem von Eisen, Jod, Zink oder Vitamin A) können sich Kinder körperlich und geistig nicht richtig entwickeln. Auch für Erwachsene besteht eine hohe Lebensgefahr. Davon sind

Indonesien. In Afrika müssen bis zu zwei Drittel der Bevölkerung mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag leben. Aber mindestens 1 Mrd. Men-

In Afrika müssen bis zu zwei Drittel der Bevölkerung mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag leben.

schen leidet an Übergewicht und krank machender Fettleibigkeit.

Systembedingte Ungleichverteilung der Nahrungsmittel

Diese unvorstellbare Katastrophe darf uns nicht kaltlassen. Die Ursachen müssen untersucht und bekämpft werden. Denn unser Wirtschaftssystem und unser Lebensstil sind die wichtigsten Gründe dafür, wie im Folgenden gezeigt wird.

6 Mio. zurück. Rund die Hälfte davon starb an Unterernährung. Mit anderen Worten: Trotz dieser Verbesserung haben wir zurzeit immer noch jede Minute mehr als 6 tote Kleinkinder infolge einer Mangelernährung.

Diese Hungerkatastrophe müsste nicht sein. Man kann sie nicht mit einer Überbevölkerung auf der Erde erklären. Wären nämlich die Ernteerträge weltweit gleichmäßig

verteilt, könnte jeder Mensch 2.891 Kilokalorien (kcal) am Tag bekommen. Diese Zahl ist ein Skandal. Denn schon gut 2.000 kcal reichen

bis sie schlachtreif sind: Bei Geflügel sind es doppelt so viele Kalorien (also Nährwert), wie später das Fleisch enthält, bei Schweinen und

Der Erlös des Exports kommt nicht der einheimischen Bevölkerung zugute, sondern Großgrundbesitzern und den Agrokonzernen.

für die Ernährung eines Menschen aus. Würde es sogar gelingen, die Verluste beim Transport, der Lagerung, im Handel und in den Haushalten zu vermeiden, und würde man keine Nahrungsmittel an Tiere verfüttern oder zu Kraftstoffen verarbeiten, hätte jeder Mensch mehr als 4.600 kcal am Tag zur Verfügung. Das bedeutet: Selbst wenn die Bevölkerung der Erde noch stark zunimmt, müsste niemand hungern.

Wenn wir also den Hunger auf der Welt bekämpfen wollen, müssen wir unseren Lebensstil ändern: Wir sollten mit den Nahrungsmitteln sorgfältiger umgehen und unser Speisezettel müsste weniger Kaffee und Kakao, vor allem aber weniger Fleisch enthalten. Denn Tiere verbrauchen sehr viel Futter,

Zuchtfischen dreimal so viele und bei Rindern das Siebenfache, wobei allerdings ein Teil des Futters aus Gras von Wiesen besteht, auf denen ein Nahrungsmittelanbau nicht möglich ist. Bei Milch und Eiern ist

Bei Freihandelsabkommen verpflichten sich die Staaten, viele Importe von Nahrungsmitteln praktisch zollfrei ins Land lassen.

es nicht besser: Auch sie enthalten nur rund ein Drittel der Kalorien, die man für das Futter der Tiere benötigt.

Das sind abstrakte Zahlen. Was sie konkret bedeuten, sieht man daran, dass weltweit rund 80 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche

ONLINETIPP

Welthungerhilfe
Welthunger-Index
 Flucht, Vertreibung und Hunger
 Oktober 2018
www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation

Weideland ist oder für den Futtermittelanbau genutzt wird. So wird in vielen Gegenden Südamerikas hauptsächlich Soja für die Tierzucht in Europa angebaut. Deshalb steht dort nicht genügend Nahrung

für die Bevölkerung zur Verfügung. Der Erlös dieses Exports kommt aber nicht der einheimischen Bevölkerung zugute, sondern Großgrundbesitzern und den Agrokonzernen, die das Soja produzieren, exportieren und vermarkten.

Systematische Ausbeutung durch Freihandelsabkommen

Einer von mehreren Gründen für diese Zustände sind die „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) und die Freihandelsabkommen mit der EU: Die Staaten verpflichten sich, alle Beschränkungen beim Landkauf abzuschaffen, etwa durch Agrarkonzernen, die nur für den Export und nicht für die Ernährung der eigenen Bevölkerung produzieren. Außerdem müssen sie viele Importe von Nahrungsmitteln praktisch zollfrei ins Land lassen. Auf diese Weise exportiert die EU vor allem Milch- und Getreideprodukte sowie Hühnerfleisch nach



Foto: lauradbusiness0/pixabay.com

Afrika. Diese Länder werden von unseren Erzeugnissen, die oft von minderer Qualität sind, regelrecht überschwemmt. Da deren Produktion in Europa und in den USA hoch subventioniert wird, können die einheimischen Bauern damit nicht konkurrieren.

Zwischen 1999 und 2004 wurden dadurch z.B. in Kamerun 92% der lokalen Geflügelproduzenten verdrängt und etwa 110.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Die Bauern in Afrika haben dann nur noch die Wahl, entweder selbst für den Export zu produzieren oder ihr Land an einen Agrarkonzern zu verkaufen, und dann auf ihrem früheren Grund als unterbezahlte Arbeiter so wenig zu verdienen, dass es nicht reicht, damit eine Familie zu ernähren. Aber selbst wenn sie ihr Land behalten und für den Export Soja, Weizen, Kaffee, Kakao, Südfrüch-



Foto: Afrikat/pixabay.com

sich dort die Europäische Handelskommissarin Cecilia Malmström und der Verhandlungsleiter der US-amerikanischen Delegation Michael Froman (ein Mitglied des Council

völkerung zu ernähren; es kann zu einer Hungersnot kommen. Für solche Fälle haben einige Länder begonnen, große Nahrungsmittelvorräte anzulegen. Auf diese Weise wird der enorme Preisanstieg verhindert, der immer mit einer Nahrungsmittelknappheit verbunden ist. Das stört aber die Spekulanten, die von den überhöhten Preisen profitieren. Durch das Verbot der großen Nahrungsmittelvorräte nimmt die Welthandelsorganisation bewusst Hungerkatastrophen in Kauf. Nach dem heftigen Protest der betroffenen Länder unter der Führung Indiens hat man sich wenigstens darauf geeinigt, dass wegen der Vorräte vor-

Da die Produktion in Europa hoch subventioniert wird, können die einheimischen Bauern damit nicht konkurrieren.

te oder Blumen pflanzen, sind sie meistens nicht besser dran. Denn gewöhnlich gibt es nur eine einzige Firma, die ihre Waren aufkauft und exportiert, bestenfalls zwei. Diese diktieren dann den Preis.

Ende 2015 wurden auf der 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Nairobi die Bedingungen für die Bauern verschärft, sodass sie sich praktisch nicht mehr in Genossenschaften zusammenschließen können, um Mindestpreise für ihre Produkte festzulegen. Und den Staaten wurde ausdrücklich verboten, Mindestpreise festzulegen. Die Kartellbildung der Exporteure stellte dagegen niemand infrage. Es war eine Schande zu sehen, wie

on Foreign Relations und der Trilateralen Kommission) gegenseitig die Bälle zuspielten.

Die Welthandelsorganisation hat auch verboten, dass die Länder Südost-Asiens große Nahrungsmittel-

In Kamerun wurde 92% der lokalen Geflügelproduzenten verdrängt. 110.000 Arbeitsplätze gingen verloren.

vorräte anlegen. Diese sind nötig, weil dort das Wachstum der Pflanzen davon abhängt, wann der Monsun beginnt. Kommt er zur falschen Zeit oder fällt er ganz aus, reichen die Ernten nicht aus, um die Be-

erst kein Schiedsgerichtsverfahren eröffnet wird, bei dem es um Milliarden Euro Schadensersatz an die Spekulanten gehen würde.

Ein weiteres großes Problem sind die Fischereiabkommen, die

die EU mit vielen afrikanischen Ländern abgeschlossen hat. Ein Flüchtling aus Westafrika hat das im deutschen Fernsehen ungefähr so erklärt: „Ihr fischt mit euren Fischereifloten unser Meer leer. Für uns bleibt nichts übrig. Und jetzt kann ich nicht in Deutschland bleiben. Ihr schickt mich als Wirtschaftsflüchtling wieder nach Hause.“ Die EU zahlt zwar etwas Geld an die Staaten, vor deren Küsten sie

Montagewerke für Industriegüter, in denen man den geringen Lohn der Arbeiter ausnützt.

Vielleicht erinnern sich noch einige ältere Leser, dass in den 1970er-Jahren für damalige Verhältnisse leistungsfähige Computer aus den USA, aber auch aus Deutschland auf dem Markt waren. Damals erhob Japan so hohe Zölle auf deren Einfuhr, dass sie sich auch große Unternehmen und

In einigen Fällen hat die EU afrikanische Länder geradezu erpresst, ein Freihandelsabkommen abzuschließen.

die Meere leer fischt. Davon kommt aber so gut wie nichts der Bevölkerung zugute.

Die Freihandelsabkommen bringen für diese Länder noch ein weiteres Problem: Dadurch, dass Industriegüter zollfrei importiert werden, kann sich keine eigene Industrie entwickeln – außer man würde so viel Geld investieren, dass die Produkte sofort auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig wären. So gibt es in den ärmeren Ländern bestenfalls

Institute nicht leisten konnten. Stattdessen mussten sie japanische Produkte verwenden, über die wir damals nur lachten. Der Erfolg dieser Maßnahme ist bekannt: Durch den so erzwungenen heimischen Markt wurde ein ausreichender Absatz erreicht, der die nötigen Erfahrungen und vor allem das Kapital für weitere Entwicklungen brachte. Heute sind japanische Computer aller Art auf den globalen Märkten zu finden. Das wäre



Foto: Wikimadec/pixabay.com

BUCHTIPP

Klaus Buchner
Diktatur der Märkte
Aufbruch in die sozio-ökologische Wende
Tectum,
September 2018
180 Seiten, 19,95 Euro
978-3-8288-4161-1



sicher nicht möglich, wenn Japan damals wegen eines Freihandelsabkommens keine Schutzzölle erhoben hätte.

In einigen Fällen hat die EU afrikanische Länder geradezu erpresst, ein Freihandelsabkommen abzuschließen. Hätten sie sich geweigert, wären sie total isoliert gewesen. Selbst der Handel mit ihren Nachbarländern wäre schwierig geworden, weil diese eine weitgehende Zollunion mit der EU hatten. Heute kann aber kaum noch ein Land völlig autark sein. ■

Dieser Artikel ist ein Kapitel aus dem Buch „Diktatur der Märkte“. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags darf es in der ÖkologiePolitik veröffentlicht werden. Es wurde dafür geringfügig überarbeitet.

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war von 1973 bis 2006 Professor an der TU München und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. In die ÖDP trat er 1983 ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als ihr Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Seine Schwerpunkte dort sind Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und Internationaler Handel.



www.klausbuchner.eu

Wachstumskritik

„Das ökologische Versteckspiel aufdecken!“

Deutschland bekennt sich zwar zum Klimaschutz und pflegt das Image des Vorreiters, doch seine eher moderaten Klimaschutzziele für das Jahr 2020 wird es deutlich verfehlen. Die hohen CO₂-Emissionen spürbar zu senken, gelang bisher nicht. Das wird achselzuckend hingenommen, statt die Ursachen zu analysieren und entschlossen umzusteuern.

Interview mit Prof. Dr. Niko Paech

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Paech, die deutschen CO₂-Emissionen stagnieren seit Jahren auf einem viel zu hohen Niveau. Sie behielten also mit Ihrer Prognose recht, dass „Grünes Wachstum“ nichts bringe. Warum bringt es nichts?

Prof. Dr. Niko Paech: Ich sehe da vor allem drei Gründe. Erstens eine

desto mehr hätten wir erreicht. Tatsächlich kann die Zahl der ökologisch korrekten Objekte und Einzelhandlungen permanent zunehmen, während sich die ökologische Gesamtsituation systematisch verschlechtert. Aussagekräftig ist nur die ökologische Gesamtbilanz aller Handlungen und nicht die Ver-

„Umweltpolitik und individuelles Umwelthandeln sind am Irrglauben orientiert, je mehr ökologisch korrekte Objekte es gäbe, desto mehr hätten wir erreicht.“

Überschätzung des technischen Fortschritts. Zweitens eine Unterschätzung der Rebound-Effekte. Und drittens ein ökologisches Versteckspiel, welches darauf basiert, durch symbolische Handlungen von den Nachhaltigkeitsdefiziten der eigenen Lebensführung abzulenken.

Erläutern Sie das doch bitte etwas genauer.

Umweltpolitik und individuelles Umwelthandeln sind an dem bequemen Irrglauben orientiert, je mehr ökologisch korrekte Objekte es gäbe – Passivhäuser, Photovoltaikanlagen, Elektroautos usw. –,

ausgabung in symbolträchtigen Aktionen, die nur wenig bewirken. Ich geben Ihnen zwei Beispiele: Durch die Anstrengungen im Elektrizitätssektor, die nicht viel bringen, aber sehr symbolträchtig und überdies bequem sind, weil sie niemandem etwas abverlangen, wird von der Notwendigkeit abgelenkt, den Verkehr zu reduzieren. Oder: Manche sehr umweltbewusste Menschen bauen sich ein Passivhaus und kaufen immer im Bioladen ein, um über ihre Urlaubsreisen und ihren digitalen Konsum nicht reden zu müssen. Aber ein nachhaltiger Le-



Prof. Dr. Niko Paech, Jahrgang 1960, studierte Volkswirtschaftslehre, promovierte und arbeitete anschließend unter anderem als Unternehmensberater und Agenda-21-Beauftragter. Von 2008 bis 2016 war er am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Universität Oldenburg tätig, ab 2010 als apl. Professor. Seit 2016 ist er im Bereich Plurale Ökonomik an der Universität Siegen tätig, seit 2018 als apl. Professor.

www.plurale-oekonomik-siegen.de

bensstil kann nur anhand der ökologischen Gesamtbilanz beurteilt werden, die zunehmend desaströser wird, während gleichzeitig die ökologischen Ersatzhandlungen wach-

sen. Dabei weiß jeder, der sich mit der Klimaerwärmung befasst, dass die CO₂-Emissionen maximal nur 2,5 t pro Person und Jahr betragen dürften. In Deutschland haben wir einen Wert von 12 t. Paradoxerweise liegt er noch höher bei vielen, die ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein besitzen, „grün“ wählen und mit ihrem Tun viele ökologisch korrekte Signale aussenden.

Wie kommen Sie zu dieser Einschätzung?

Die eigene CO₂-Bilanz lässt sich kinderleicht mit einem der einschlägigen Internet-CO₂-Rechner, etwa dem des Umweltbundesamtes ermitteln. Dabei lässt sich erkennen, dass die Mobilität, vor allem Flugreisen, die meisten CO₂-Emissionen erzeugen. Ein Hin- und Rückflug nach New York setzt fast 4 t CO₂ pro Passagier frei, ein Hin- und Rückflug nach Sidney in Australien sage und schreibe 14 t CO₂. Damit wird auf einen Schlag das komplette persönliche CO₂-Budget für 6 Jahre verbraucht – und zwar für

„Die Zahl der ökologisch korrekten Objekte und Einzelhandlungen kann zunehmen, während sich die ökologische Gesamtsituation systematisch verschlechtert.“

reinen Luxus. So viele regional und biologisch angebaute Lebensmittel kann niemand während eines Menschenlebens essen, um das jemals auszugleichen. Trotzdem stellte sich bei einer Meinungsumfrage heraus, dass die Hälfte derjenigen, die

„grün“ wählen, Flugzeuge häufiger nutzen als die Wähler der Union, der SPD und der Linken. Die Kluft zwischen moralischem Selbstver-

schnell und effizient erreichen zu können, wurden die Bußleistungen von der ursächlichen Verfehlung völlig entkoppelt und dann quan-

„Aussagekräftig ist nur die ökologische Gesamtbilanz aller Handlungen und nicht die Verausgabung in symbolträchtigen Aktionen, die nur wenig bewirken.“

ständnis und tatsächlichem Handeln könnte im Klimaschutz kaum größer sein. Umweltbewusstsein führt nicht zu einem klimagerechten Leben, sondern bedingt oft lediglich, einen ruinösen Lebensstil durch bequemes „Greenwashing“ symbolisch zu kompensieren.

Woher kommt diese Kluft zwischen Selbstverständnis und Handeln?

Ich vermute, einer ihrer Ursprünge liegt in einer Tradition der katholischen Kirche, nämlich der Ablasspraxis. Zumindest beschäftige ich

tifiziert und sogar tauschbar und übertragbar gemacht. Für eine bestimmte Schuld musste man etwas Bestimmtes in einem ganz anderen Bereich tun oder unterlassen – dann war die Schuld beglichen. Als kon-

CO₂-Emissionen pro Person

Flüge, hin & zurück

München – Mallorca	0,7 t
München – New York	3,9 t
München – Los Angeles	5,9 t

Quelle: Umweltbundesamt
www.uba.co2-rechner.de

Autofahren, 12.000 km

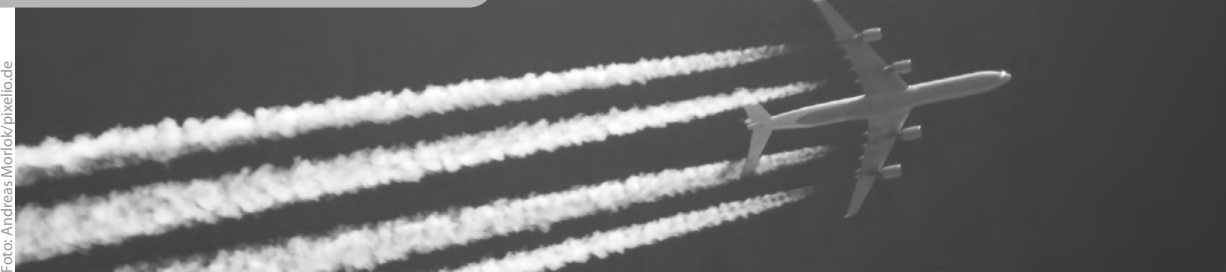
Kleinwagen, Benzin	2,8 t
Kleinwagen, Diesel	3,0 t
Offroadler (SUV), Benzin	6,7 t
Offroadler (SUV), Diesel	7,2 t

Quelle: myclimate Deutschland
<http://de.myclimate.org/de>

Ernährung, pro Jahr

fleischbetont	1,6–3,2 t
vegetarisch	0,9–1,8 t
vegan	0,8–1,6 t

Quelle: Umweltbundesamt
www.uba.co2-rechner.de





Screenshot Facebook

„Sonne statt Böller“ postete die bayerische Grünen-Vorsitzende Katarina Schulze am 2. Januar 2019 aus ihrem Kurzurlaub in Kalifornien.

ketes Beispiel eine Anekdote aus meiner Kindheit: Einmal konnte ich der Versuchung nicht widerstehen, meiner Oma einen halben Apfelkuchen zu entwenden und aufzuessen. Hinterher wurde ich

von Schuldgefühlen geplagt, ging zum Pfarrer und beichtete es. Statt mir nun zu verordnen, selber einen Kuchen zu backen, um ihn Oma zurückzugeben, ließ er mich 20 Vaterunser beten. Erst fragte ich mich,

hunger in der Nachhaltigkeitspraxis. Nur dass da statt Vaterunser zu beten eben Ökostrom bezogen, Bio-Lebensmittel gekauft und Photovoltaik aufs Dach montiert wird. Das sind schöne Symbole für Ökologie, die den tatsächlichen ökologischen Fußabdruck nur wenig reduzieren, wenn dahinter Flugreisen, Kreuzfahrten und eine 160m² beheizte Wohnfläche verborgen werden.

Warum wird die ökologische Realität so missachtet und verdrängt?

In einer materiell übersättigten Konsumgesellschaft streben Menschen zunehmend nach Aufmerksamkeit und moralischer Wertschätzung. Dafür ist es wichtig, welche sichtbaren Signale jemand über sich aussendet bzw. welche Signale bei den anderen ankommen und positive Resonanz erzeugen. Diese Kommunikation erstreckt sich zusehends auf konsumförmige und andere moralisch aufgeladene Handlungen, die vorzeigbar sind. Seine im vergangenen Jahr freigesetzte CO₂-Menge zu bilanzieren – das ist abstrakt, langweilig, unsexy. Ein prägnantes Symbol wie eine

das soziale Umfeld. Die Verantwortungsethik adressiert eher die tatsächlichen materiellen Folgen des eigenen Tuns – unabhängig von Gesinnung. Das ist wesentlich an-

te Umweltbewusstsein vorliegt. Es steigt mit der Bildung. Aber mit der Bildung steigt eben auch das Einkommen. Und mit Bildung und Einkommen steigt die Mobilität,

„Umweltbewusstsein führt nicht zu einem klimagerechten Leben, sondern bedingt oft lediglich, einen ruinösen Lebensstil durch bequemes ‚Greenwashing‘ symbolisch zu kompensieren.“

spruchsvoller und anstrengender, erfordert manchmal sogar Mut.

Wie hängt die Gier nach Anerkennung mit der vorher beschriebenen Ablasslogik zusammen?

Handlungsleitend ist die Angst vor Ausgrenzung als Strafe für unkorrektes Verhalten. In der Religion war es die Furcht vor Gottesferne, vor längeren Aufenthalten im Fegefeuer oder der Fahrt zur Hölle. In der fortgeschrittenen Moderne bildet die Nichtanerkennung oder Ächtung bei mangelnder politischer Korrektheit die Drohkulisse. So kommt es zu einer Inflation sym-

zudem die Neigung zu einem kosmopolitischen und technisch aufgerüsteten Lebensstil, folglich der individuelle Umweltverbrauch. Die Zahl der Flugreisen nimmt seit Jahrzehnten zu. Die Flughafenbetreiber wollen neue Startbahnen. Die Fluggesellschaften neue Flughäfen. Und alle gesellschaftlichen Instanzen begrüßen und fördern diese Entwicklung. Die angesichts dieser Kluft zwischen theoretischer und empirischer Nachhaltigkeit hohe kognitive Dissonanz, also das schlechte Gewissen, lässt sich durch den moralischen Ablass vorzüglich therapieren.

„Seine freigesetzte CO₂-Menge zu bilanzieren ist abstrakt, langweilig, unsexy. Eine vegane Mahlzeit oder ein E-Mobil ist für das eigene Selbst-Marketing sehr viel besser geeignet.“

bolischer Ersatzhandlungen, durch die sich moralische, sozial anerkannte Integrität mit einem ausschweifenden Leben verbinden lässt.

Ist die aktuelle Entwicklung tatsächlich so negativ?

Aber sicher. Sie haben ja eingangs sehr richtig drauf hingewiesen, dass die CO₂-Emissionen stagnieren. Und das, obwohl in Deutschland das wahrscheinlich ausgeprägtes-

„Jeder, der sich mit der Klimaerwärmung befasst, weiß, dass die CO₂-Emissionen maximal 2,5 t pro Person und Jahr betragen dürften. Ein Hin- und Rückflug nach Australien setzt 14 t CO₂ frei.“

wie sich Apfelkuchen physikalisch durch Gebete aufwiegen lässt. Und dann wurde mir klar: Wenn ich 40 Vaterunser bete, dann kann ich hinterher sogar einen ganzen Kuchen entwenden, ohne Schuld auf mich zu laden. Durch rein symbolische Kompensation lassen sich schädliche Handlungsweisen gegen Wandel immunisieren. Diese Logik feiert heute eine seltsame Wiederauferste-

vegane Mahlzeit oder ein E-Mobil ist für das eigene Selbst-Marketing sehr viel besser geeignet als der tatsächliche ökologische Rucksack. Dies erinnert an den Unterschied zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Erstere geht mit der Erfüllung moralischer Codes einher, kurz: Es geht um politische und ökologische Korrektheit, insbesondere bezogen auf

BUCHTIPPS

Reiner Kümmer,
Dietmar Lindenberger,
Niko Paech
Energie, Entropie, Kreativität
Was das Wirtschaftswachstum treibt und bremst
Springer, Dezember 2018
252 Seiten, 32,99 Euro
978-3-662-57857-5



Erhard Eppler,
Niko Paech
Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution ...
Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug
oekom, November 2016
208 Seiten, 14,95 Euro
978-3-86581-835-5



Niko Paech
Befreiung vom Überfluss
Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie
oekom, April 2012
160 Seiten, 14,95 Euro
978-3-86581-181-3



Georg Franck
Ökonomie der Aufmerksamkeit
Ein Entwurf
Carl Hanser, März 1998
256 Seiten, 19,90 Euro
978-3-446-19348-2



so handeln, wie sie reden und damit glaubwürdig das ökologische Versteckspiel aufdecken und durch vorgelebte Gegenbeispiele konfrontieren und herausfordern.

Herr Prof. Paech, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

ONLINETIPPS

Vortrag von Niko Paech
Immer weiter, immer höher, immer mehr?

Wege aus der Wachstumsfalle
ÖDP München, Leo17, 12.09.2018
<https://oedp-muenchen.de/aktuelles/unsere-vortraege/>

Silke Kleinhüchelkotten, Peter Neitzke, Stephanie Moser
Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland

Umweltbundesamt, April 2016
<http://t1p.de/j8c7>

Desinformationskampagne

Irreführendes zum Bauen mit Holz

Mit fast 130 Mrd. Euro pro Jahr gehört das deutsche Bauhauptgewerbe zu den umsatzstärksten Branchen überhaupt. Entsprechend umkämpft ist der Markt. Die CO₂-intensive Ziegelindustrie befürchtet anscheinend Umsatzverluste, denn sie versucht mit einer Desinformationskampagne die klimafreundliche Holzbauweise zu diskreditieren.

von Günther Hartmann

Um zu verstehen, dass die Holzbauweise klimafreundlicher ist als die Massivbauweise, braucht es eigentlich keine wissenschaftlichen Studien, sondern nur gesunden Menschen-

verstand. Dass trotzdem immer wieder aufwendige Studien die CO₂-Bilanzen verschiedener Bauweisen miteinander vergleichen, liegt daran, dass Holzgebäude nie ausschließlich aus Holz bestehen, sondern immer auch aus anderen Materialien wie Beton und Glas. Pointiert ausgedrückt: In der Bau-praxis werden Holzgebäude durch andere Materialien mehr oder weniger stark „verunreinigt“. Die Unterschiede in den CO₂-Bilanzen zwischen Holzgebäuden und konventionellen Gebäuden lassen sich deshalb nicht mit pauschalen Faktoren ausdrücken, sondern müssen immer wieder aufs Neue errechnet werden. Wie diese Berechnung

zu erfolgen hat, ist in einer Norm exakt vorgeschrieben. Nun war in den letzten Monaten auffallend häufig zu lesen, wissenschaftliche Studien des Beratungsunternehmens LCEE hätten

Wie psychologische Experimente zeigten, steigt der „gefühlte Wahrheitsgehalt“ einer Botschaft mit der Zahl ihrer Wiederholung.

erzeugt, dass die Massivbauweise klimafreundlicher sei als die Holzbauweise. Diese Studien gibt es tatsächlich. Auftraggeber war die „Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau“ (DGfM), eine Lobbyorganisation der Ziegelindustrie. Solange die Herkunft solcher Meldungen klar ersichtlich ist, darf gehofft werden, dass die Leser erwachsen genug sind, den Inhalt richtig einzuordnen. Ist dies jedoch

gezeigt, dass die Massivbauweise klimafreundlicher sei als die Holzbauweise. Diese Studien gibt es tatsächlich. Auftraggeber war die „Deutsche Gesellschaft für Mauer-

Das von der DGfM beauftragte LCEE versucht, mit trickreichen Studien den Anschein eines wissenschaftlichen Dissenses zu erzeugen.

deshalb kämpft die Ziegelbranche seit Langem vehement gegen eine Verschärfung der energetischen Mindestanforderungen. Und natürlich auch, weil sich im Holzbau gute Wärmedämmwerte mit wesentlich dünneren Wänden erzielen

nicht der Fall, dann kann dies eine fatale Wirkung entfalten. Denn wie psychologische Experimente zeigten, steigt der „gefühlte Wahrheitsgehalt“ einer Botschaft mit der Zahl ihrer Wiederholung. In Werbung und Politik wird diese menschliche Schwäche seit Langem geschickt genutzt.

Artikel in Qualitätsmedium

Ein besonders krasses Beispiel von Desinformation lieferte die „Süddeutsche Zeitung“ im September 2018 in ihrem Wissenschaftsteil. Dort schaffte es der Kurzaufsatz „Auf dem Holzweg“, in 26 Zeilen fünf Falschaussagen über die Holzbauweise zu machen. Da der Laie überfordert ist, diese zu erkennen, werden sie hier nun ausführlich aufgezeigt und richtiggestellt.

„Verglichen mit ihren Konkurrenten haben [Holzhäuser] zwar einen Startvorteil, langfristig fällt im Holz gebundener Kohlenstoff aber kaum ins Gewicht.“

Richtig ist: Je länger ein Gebäude steht, desto größer wird in der CO₂-Gesamtbilanz der Anteil der beim Heizen erzeugten CO₂-Emissionen. Und je niedriger die beim Heizen erzeugten CO₂-Emissionen sind, desto länger hat in der CO₂-Gesamtbilanz die Herstellung der Baustoffe den größeren Anteil. Wohl

lassen. Da Holz bei seiner Entstehung große Mengen CO₂ speichert, mineralische Baustoffe jedoch bei ihrer künstlichen Herstellung große Mengen CO₂ freisetzen, hat Holz einen gewaltigen Startvorteil. Der schrumpft durch die beim Heizen erzeugten CO₂-Emissionen nur relativ, nicht absolut. Bei Gebäuden in mineralischer Bauweise sind die bei der Baustoffherstellung erzeugten CO₂-Emissionen deutlich höher als die in einem Zeitraum von 50 Jahren durch Heizen mit Gas erzeugten CO₂-Emissionen. Das bedeutet: Bei der Wahl der Baustoffe liegt kurz- und mittelfristig das größte CO₂-Einsparpotenzial. Nimmt man den Klimaschutz ernst, dann ist dies der entscheidende Aspekt. Denn die Erwärmung des Klimas muss so schnell wie möglich und so stark wie möglich gebremst werden, sonst haben unsere Ökosysteme nicht genügend Zeit, sich anzupassen – und kollabieren.

„Gebäude aus Ziegel, Kalksandstein, Poren- oder Leichtbeton [...] können Wärme besser speichern [...]. Folglich muss weniger geheizt werden.“

Richtig ist: In Mitteleuropa sind im Winter die Wärmegegewinne durch Sonneneinstrahlung relativ gering. Die Reduzierung der Wärmeverluste durch eine gute Wärmedämmung ist hier für die Energieeffizienz wesentlich wichtiger. Zwar haben mineralische Bauweisen an kalten und gleichzeitig sonnigen Tagen durchaus den Vorteil, mehr von der durch die Fenster ins Gebäude eingestrahlte Sonnenenergie speichern zu können, doch das ist nur an wenigen Tagen im Jahr der Fall und fällt in der Gesamtbilanz kaum ins Gewicht.

„Das Beratungsinstitut LCEE hat den CO₂-Verbrauch für die gängigen Häusertypen [...] durchgerechnet



Auf dem Holzweg

Ein toter Baum ist nur in den seltensten Fällen ein guter Baum. Der Schaden lässt sich aber begrenzen, wenn man ihn zum Häuserbau verwendet. Wenigstens der im Holz gespeicherte Kohlenstoff landet dann nicht sofort wieder in der Atmosphäre. Sind Holzhäuser deswegen die besseren Häuser? Leider nein. Verglichen mit ihren Konkurrenten haben sie zwar einen Startvorteil, langfristig fällt im Holz gebundener Kohlenstoff aber kaum ins Gewicht. Auf die Nutzungsphase kommt es an. Und da liegen die Gebäude aus Ziegel, Kalksandstein, Poren- oder Leichtbeton vorne: Sie können Wärme besser speichern, Temperaturschwankungen fallen geringer aus. Folglich muss weniger geheizt werden.

Das Beratungsinstitut LCEE hat den CO₂-Verbrauch für die gängigen Häusertypen im vergangenen Jahr durchgerechnet. Mit einem überraschenden Ergebnis: Demnach verbraucht ein Mehrfamilienhaus aus Mauerwerk in fünf Jahrzehnten 16 Tonnen CO₂ weniger als die Variante aus Holz. Der Unterschied wird noch größer, je weiter man in die Zukunft blickt. Bedenkt man außerdem, dass kein Haus für die Ewigkeit gebaut ist, dann ist der Startbonus sowieso wieder dahin. Ein Holzhaus abreißen kann mitunter bedeuten, dass zusätzlicher Kohlenstoff freigesetzt wird. Kohlenstoff, den Bäume theoretisch immer noch speichern könnten. Wenn man sie nie abgeholzt hätte.

Kurzaufsatz „Auf dem Holzweg“, erschienen in der SZ-Wochenendausgabe vom 08./09.09.2018, Rubrik „Wissen“, Seite 35

[...]. Demnach verbraucht ein Mehrfamilienhaus aus Mauerwerk in fünf Jahrzehnten 16 Tonnen CO₂ weniger als die Variante in Holz.“

Grundsätzlich gilt: CO₂ wird nicht verbraucht, sondern erzeugt und freigesetzt. CO₂ ist ein gasförmiges Abfallprodukt, das bei der Energiegewinnung durch Verbrennen von fossilen oder nachwachsenden Brennstoffen entsteht. Der im

Brennstoff gebundene Kohlenstoff (C) verbindet sich mit dem Sauerstoff (O₂) der Luft zu CO₂. Das Themengebiet „Klimaerwärmung“ war dem Autor und dem Redakteur noch nicht so geläufig.

Richtig ist: Wird eine CO₂-Bilanz normgerecht erstellt, so ist es quasi unmöglich, dass ein Holzgebäude nach 50 Jahren mehr CO₂ freigesetzt hat als ein Mauerwerksgebäude. Das LCEE fällt allerdings seit Jahren durch seltsame Rechenmethoden auf. Diese basierten immer auf Annahmen, die nicht normgerecht und ziemlich wirklichkeitsfremd sind. Dafür wurde der Betrachtungszeitraum verlängert, die ersten 50 Jahre zwar normgerecht bilanziert, die Jahre danach dann aber mit grotesken Rahmenbedingungen. So wird z. B. der Betrachtungszeitraum auf 80 Jahre ausgedehnt und dabei angenommen, dass bei einem Holzgebäude nach 70 Jahren die komplette Außenwandkonstruktion ausgetauscht wird, bei einem Mauerwerksbau jedoch nicht. Auf diese Weise wird die CO₂-Bilanz der Holzbauweise schlechtgerechnet. Angesichts der Überfülle an Detailinformationen fällt dies den wenigsten Lesern auf. Und wenn doch, dann weiß kaum jemand, dass es zur Lebensdauer von Gebäuden und Bauteilen keinerlei wissenschaftlichen Studien gibt. Die vom LCEE als Berechnungsgrundlage angesetzten Rahmenbedingungen dienen allein dem Zweck, das vom Auftraggeber gewünschte Ergebnis zu erzielen. In der vom Bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Bayerischen Landesamt für Umwelt herausgegebenen Studie „Lebenszyklusanalyse von Wohngebäuden“ wird im Kapitel 1.2 „Wissenschaftlich-technischer Stand“ auf die fragwürdigen Methoden der LCEE-

„Wissenschaftler“ Carl-Alexander Graubner und Sebastian Pohl ausdrücklich hingewiesen.

„Ein Holzhaus abzureißen kann mitunter bedeuten, dass zusätzlicher Kohlenstoff freigesetzt wird.“

Richtig ist: Beim Abriss eines Holzgebäudes kann maximal die Menge Kohlenstoff (C) in Form von CO₂ freigesetzt werden, die das Holz während seines Wachstums gebunden hatte. Und dieser Kohlenstoff (C) wird auch nur dann freigesetzt, wenn das Holz nicht wiederverwertet oder recycelt, sondern verbrannt wird. Doch woher wollen wir heute wissen, was in 50 oder 100 Jahren damit tatsächlich geschieht? Aussagen darüber sind rein spekulativ. Recyclingtechnologien können bis dahin so gut sein, dass das Holz komplett stofflich weiterverwertet wird und so der in ihm gebundene Kohlenstoff (C) gebunden bleibt. Grundsätzlich gilt

Fair wäre der Wettbewerb, wenn CO₂-intensive Branchen die Folgekosten ihrer Emissionen nicht auf die Allgemeinheit abwälzen dürften.

aber schon heute: Da Holz nicht mit hohem Energieaufwand und hohen CO₂-Emissionen künstlich hergestellt wird und auch seine Ernte und Bearbeitung nur relativ wenig Energie benötigt und CO₂ freisetzt, ist seine CO₂-Gesamtbilanz immer besser als die mineralischer Baustoffe – auch nach seiner kompletten Verbrennung.

„[Es wird beim Abriss eines Holzgebäudes] Kohlenstoff [freigesetzt], den Bäume theoretisch immer noch speichern könnten. Wenn man sie nie abgeholzt hätte.“

Richtig ist: Das Ernten von Bäumen reduziert die Klimaschutzwirkung unserer Wälder nicht, sondern

steigert sie. Denn das Ernten ermöglicht das Pflanzen junger Bäume. Und wachsende Bäume binden mehr Kohlenstoff als ausgewachsene Bäume. Die stoffliche Nutzung von Holz sorgt anschließend dafür, dass der gebundene Kohlenstoff noch für Jahrzehnte bis Jahrhunderte gebunden bleibt, während ein abgestorbener Baum beim Verrotten in kurzer Zeit genau die Menge Kohlenstoff (C) in Form von CO₂ wieder freisetzen würde, die er im Lauf seines Lebens gebunden hatte. Die Kombination aus einer nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Wälder und einer stofflichen Nutzung des geernteten Holzes bindet am meisten Kohlenstoff (C).

Brief an Landtagsabgeordnete

Als sich Baden-Württemberg anschickte, seine Holzbau-Offensive zu starten, erreichte seine Landesabgeordneten ein mehrseitiger

Brief des Branchenverbands „Bauwirtschaft Baden-Württemberg“ – gespickt mit irreführenden und falschen Behauptungen. Auf einige sei hier kurz eingegangen.

„Der Privilegierung des Holzbaus liegt die Einschätzung zu Grunde, dass die Holzbauweise eine besonders CO₂-speichernde und klimaschonende Bauweise wäre. In Fachkreisen ist dieser Sachverhalt jedoch höchst umstritten.“

Richtig ist: Dass die Holzbauweise eine besonders CO₂-speichernde und klimaschonende Bauweise ist, ist wissenschaftlich überhaupt nicht umstritten. Es gibt keine „Fachkreise“, die diesen Sach-

verhalt ernsthaft infrage stellen. Nur das von der DGfM beauftragte Beratungsunternehmen LCEE versucht, mit trickreichen Studien den Anschein eines wissenschaftlichen Dissenses zu erzeugen.

„Unter Zugrundelegung einer 50-jährigen Nutzungsdauer ist die Ökobilanz und insbesondere der Primärenergieverbrauch beider Baustoffarten [mineralischer und hölzerner Baustoffe, d. Red.] annähernd identisch.“

Richtig ist: Holz wird nicht unter hohen Temperaturen künstlich hergestellt, sondern wächst auf natürliche Art und Weise im Wald. Und der Energieaufwand für Ernte und Bearbeitung ist relativ gering.

ONLINETIPPS

Christian Gschwendtner
Auf dem Holzweg
Süddeutsche, 10.09.2018
<http://t1p.de/peqk>

ProHolzBW
Winfried Kretschmann kündigt Holzbau-Offensive an
Rede vom 07.11.2018
Video, 17:35 Minuten
<https://vimeo.com/300478226>

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (Hrsg.), Holger König (Autor)
Lebenszyklusanalyse von Wohngebäuden
Januar 2018
<http://t1p.de/q5xy>

Ruhr-Universität Bochum
Ressourceneffizientes Bauen
Prof. Dr.-Ing. Annette Hafner
Treibhausgasbilanzierung von Holzgebäuden
April 2017
<http://t1p.de/w8hz>

Allerdings: Auch Holz entsteht nicht ohne Energie. Die stammt zu 100% von der Sonne. Mithilfe von Licht zerlegt ein Baum große Mengen CO₂, bindet den Kohlenstoff (C) in seine Zellstruktur ein und

Der Staat darf sich nicht aus dem Marktgeschehen heraushalten, sondern hat die Pflicht, es sinnvoll zu regeln und zu steuern.

gibt große Mengen Sauerstoff (O₂) an die Erdatmosphäre ab. Photosynthese heißt dieser Vorgang. Die Sonnenenergie und der Kohlenstoff (C) werden dabei im Holz gebunden – und bleiben es so lange, bis das Holz verbrennt oder verrotet. Wird bei einer Energiebilanzierung die im Holz gespeicherte Sonnenenergie einfach mit eingerechnet, so besteht zwischen hölzernen und mineralischen Baustoffen tatsächlich kein großer Unterschied. Doch solch eine Betrachtungsweise ist nicht sinnvoll. Zwischen CO₂-bindender und CO₂-freisetzender bzw. erneuerbarer und nicht erneuerbarer Energie muss streng unterschieden werden.

„Zur Deckung des heutigen Bedarfs in Deutschland sind schon seit mehreren Jahren gemäß Außenhandelsstatistik Nadelholzimporte vonnöten. Während es beim Nadelholz noch einen Netto-Exportüberschuss von 2,7 Mio. m³ gibt, herrscht beim Nadelrohholz ein Defizit von 5,7 Mio. m³. Somit ist Deutschland bei den als Bauholz verwendeten Nadelhölzern Netto-Importeur.“

Richtig ist: Rohholz und Schnittholz können nicht einfach gleichgesetzt und gegeneinander aufgerechnet werden. Die deutsche Sägeindustrie hat eine Ausbeute von 50–60% Schnittholz pro m³

Rohholz. Aus 5,7 Mio. m³ importiertem Nadelrohholz entstehen mindestens 2,85 Mio. m³ Nadelholz. Unterm Strich bleiben also 0,15 Mio. m³ in Deutschland. Das sind bei einem jährlichen Ver-

brauch von 19,3 Mio. m³ gerade einmal 0,8%. Die Außenhandelsbilanz ist also nahezu ausgeglichen. Dass Nadelrohholz überhaupt importiert wird, liegt daran, dass dafür in Deutschland die Preise weltweit am höchsten sind. Und dass die

Der Schutz des Klimas ist eine zentrale Gemeinwohl-Aufgabe und auch ein erklärtes Ziel von Bund, Ländern und Kommunen.

Vorräte an Fichtenholz in den deutschen Wäldern sinken, ist nicht das Ergebnis eines Raubbaus, sondern eines bewussten Waldumbaus: Die früher üblichen Fichten-Monokulturen werden seit einigen Jahrzehnten zu Mischwäldern transformiert, indem man für geerntete Fichten junge Bäume anderer Baumarten nachpflanzt.

„Es ist Aufgabe des Staates und der Bundesländer, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen fairen und freien Wettbewerb zu schaffen bzw. aufrecht zu erhalten. Es ist nicht Aufgabe des Landes [...], in den Wettbewerb miteinander konkurrierender Bauweisen einzugreifen.“

Richtig ist: Ein fairer Wettbewerb ist wünschenswert, doch bislang gibt es ihn nicht. Fair wäre er erst, wenn die CO₂-intensiven Branchen die Folgekosten ihrer

CO₂-Emissionen nicht länger einfach auf die Allgemeinheit abwälzen dürften, sondern dafür Verantwortung übernehmen müssten. Fair wäre der Wettbewerb dann, wenn CO₂-Emissionen angemessen bepreist würden. Das ist möglich und wünschenswert. Der Staat darf sich nicht aus dem Marktgeschehen heraushalten, sondern hat die Pflicht, es sinnvoll zu regeln und zu steuern. Wettbewerb ist kein Selbstzweck. Er ist nur dann sinnvoll, wenn er dem dient, was Bayern als zentrale Staatsaufgabe im Artikel 151 seiner Verfassung so definiert hat: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Der Schutz des Klimas ist eine zentrale Gemeinwohl-Aufgabe und

auch ein erklärtes Ziel von Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb ist hier ein Eingriff ins Marktgeschehen dringend geboten – zumal die CO₂-Vermeidungskosten bei kaum einer Klimaschutzmaßnahme so niedrig sind wie beim Bauen mit Holz. ■

Günther Hartmann, Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

An alle Mitglieder

von Christoph Raabs

Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

die ersten Wochen im neuen Jahr sind vorüber und für die ÖDP gibt es in mehrerlei Hinsicht Grund zu großer Freude.

Alles wird überstrahlt vom phänomenalen Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ zum Erhalt der Artenvielfalt in Bayern. Die Eckdaten dieses Erfolges seien noch einmal erwähnt: Mit über 1,7 Millionen Unterstützern haben sich mehr Menschen als je zuvor bei einem bayerischen Volksbegehren dafür ausgesprochen, dass wir in Sachen Naturschutz und Bewahrung der Schöpfung endlich Ernst machen! Dieser grandiose Triumph ist einer Vielzahl von aktiven lokalen Aktionsbündnissen zu verdanken, in denen ganz oft ÖDP-Mitglieder tragende Rollen innehatten. Nach anfänglichem Zögern sind auch die großen Naturschutzverbände ins Bündnis eingestiegen, was auch der Verhandlungskunst der Beauftragten des Volksbegehrens, unserer Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Agnes Becker, zu verdanken ist.

An sie geht daher auch auf diesem Wege noch einmal mein ganz besonderer Dank: Liebe Agnes, du hast dich in den vergangenen Wochen bis über die Grenzen deiner Belastbarkeit hinaus für unsere gemeinsame Sache eingesetzt. Sehr viele Menschen, auch von außerhalb unserer Partei, werden dir das niemals vergessen!

Im gleichen Atemzug muss aber auch ein Verband erwähnt werden, der nun zum wiederholten Male eine sehr unrühmliche Rolle gespielt hat, wenn es um die Interessen der Landwirte und des Naturschutzes ging. Die Spitze des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) hatte es sich während der Eintragungsphase zur Aufgabe gemacht, auf jede erdenkliche Art und Weise die Landwirte zu verunsichern sowie die Unterstützer des Volksbegehrens zu diskreditieren, um damit einen Keil zwischen Bevölkerung und Bauern zu treiben. Dies ist leider vielerorts gelungen, es wurde ohne Not Porzellan zerschlagen und viel Unmut hervorgerufen. Im Gegensatz dazu freut mich ganz besonders, dass es mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine Vertretung des Bauernstandes gibt, die wirklich für die Interessen der kleinen und mittleren Familienbetriebe arbeitet. Und es ist dann wohl kein Zufall, dass einige der führenden Köpfe der AbL auch Mitglieder der ÖDP sind und auf diese Weise zur Verständigung zwi-



Christoph Raabs auf der „Wir haben es satt“-Demo in Berlin am 19. Januar 2019

schen Landwirten und Umweltschützern beitragen, was auch mir persönlich sehr wichtig ist.

Überhaupt, Stichwort Mitglieder: Die Geschäftsstelle in Würzburg wird derzeit von Mitgliedsanträgen fast überschwemmt! Während ich diese Zeilen schreibe, hat die Partei schon über 6.700 Mitstreiter und ich habe die begründete Hoffnung, dass wir im Laufe dieses Jahres die 7.000er-Grenze überschreiten. Der Zuwachs betrifft fast alle Landesverbände. Auch aus diesem Grund ist es, nach etwas holprigem Start, äußerst überzeugend gelungen, die benötigten 4.000 Unterschriften für die Zulassung zur EU-Wahl zu organisieren. Am Ende lagen in Mainz über 6.000 Unterschriften vor. Dafür möchte ich mich recht herzlich bei allen bedanken, die dies ermöglicht haben.

Es kommt nun darauf an, bis Ende Mai mit einem geschlossenen und konsequenten Wahlkampf auf den Straßen und im Internet viele Menschen für uns und unsere Botschaften zu begeistern. Leider – und dies ist ein kleiner Wermutstropfen in die Erfolgsmeldungen hinein – konnte der Bundesverband bisher noch nicht restlos alle Mitglieder der ÖDP von den Erfolgchancen unseres Wahlkampfkonzeptes überzeugen. So bleibt mir an dieser Stelle nur noch ein Appell: Gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir die Gunst der Stunde diesmal für uns, für unsere ÖDP nutzen. Die öffentliche Meinung beschert uns derzeit enormen Rückenwind. Setzen wir daher die Segel, anstatt uns über deren Farbe und Muster zu streiten.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Christoph Raabs
Bundesvorsitzender

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Neue Regionalbeauftragte eingestellt

Der ÖDP-Bundesvorstand hat Ende 2018 drei neue Regionalbeauftragte für die Unterstützung der kleinen Landesverbände eingestellt. Als Regionalbeauftragte Nord fungiert in Zukunft Franziska Hillmer, die für die Landesverbände Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt zuständig ist. Als Regionalbeauftragter Nordost wurde Daniel Vichel eingestellt, der für die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und

Schleswig-Holstein zuständig ist. Als Regionalbeauftragter Ost wird in Zukunft Sebastian Högen Ansprechpartner sein, er unterstützt Sachsen und Thüringen. Matthias Dietrich wird wie bisher auch für den Landesverband Baden-Württemberg aktiv sein. Die Regionalbeauftragten haben bereits mit den Landesverbänden Kontakt aufgenommen, um die Arbeit entsprechend aufzunehmen. Erster Einsatz von einigen neuen Regionalbeauftragten war bereits die Unterstützung auf der Demonstration „Wir haben es satt“ im Januar in Berlin.

Kommunalwahlen am 26.05.2019

Parallel zur Europawahl finden in einer Reihe von



Plakatlinie unter dem Motto: „weniger ist mehr“

Bundesländern wieder Kommunalwahlen statt. So in Baden-Württemberg (derzeit 35 ÖDP-Mandate), Rheinland-Pfalz (27 ÖDP-Mandate), Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt (2 ÖDP-Mandate), Thüringen (6 ÖDP-Mandate) und Hamburg. Bei Redaktionsschluss gab es noch keine abschließende Übersicht über die ÖDP-Kandidaturen zu den Gemeinden, Gemeindeverbänden, Städten und Kreisen in den betroffenen Bundesländern. Diese wird aber beizeiten auf der Website des ÖDP-Bundesverbandes im Rahmen der Wahlkampagne zur Verfügung gestellt.

Vorbereitung der Europawahlen sowie Werbematerial






Der Bundesvorstand hat für die Vorbereitung eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen aus Haupt- und Ehrenämtern gebildet: die Arbeitsgruppen Strategie und Aktionen, Layout, Social Media und Internet, Veranstaltungen und Schulungen sowie zu den Fernseh- und Rundfunkwerbespots. In allen Gruppen wurden bereits in regelmäßigen Telefonkonferenzen die Werbemittel für die Wahl entsprechend vorbereitet. Inzwischen dürften Ihnen die Ergebnisse vorliegen. Bestellen können Sie das Material hier: www.oedp-shop.de






Dr. Claudius Moseler,
Generalsekretär
Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches
Büro
Neckarstr. 27–29
55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15



politik@oedp.de

Aufgestellt am 27./28. Oktober 2018 durch die Vertreterversammlung in Bingen/Rhein

	1	Prof. Dr. Klaus Buchner	MdEP, Physiker	LV Bayern
	3	Alexander Abt	Polizeibeamter	LV Bayern
	5	Guido Klamt	Chemotechniker	LV Baden-Württemberg
	7	Lisa Stemmer	Fachassistentin	LV Berlin
	9	Renate Mäule	Technische Einkäuferin	LV Nordrhein-Westfalen

	2	Manuela Ripa	Juristin	LV Saarland
	4	Jens-Eberhard Jahn	Grundschullehrer	LV Sachsen
	6	Volker Behrendt	Dipl.-Finanzwirt (Betriebsprüfer)	LV Hamburg
	8	Johannes Schneider	Winzer, Dipl.-Ing. oen	LV Rheinland-Pfalz
	10	Angela Binder	freiberuflich	LV Hessen

11	Agnes Becker	Tierärztin	LV Bayern
12	Martin Truckenbrodt	IT-Administrator	LV Thüringen
13	Paula Stier	Studentin	LV Brandenburg
14	Tim-Oliver Kray	Student	LV Niedersachsen
15	Jorgo Chatzimarkakis	Generalsekr. Hydrogen Europe	LV Saarland
16	Bernd Wimmer	Informatiker	LV Bayern
17	Kurt Rieder	Dipl.-Verwaltungswirt (FH)	LV Nordrhein-Westfalen
18	Dr. Krzysztof Malowanec	Dipl.-Informatiker (PL)	LV Bayern
19	Klaus Mrasek	Polizeibeamter	LV Bayern
20	Barbara Engleder	Verwaltungsangestellte	LV Bayern
21	Tobias Ruff	Gewässerökologe	LV Bayern
22	Martin Schauer	Service-Manager IT	LV Nordrhein-Westfalen
23	Thomas Müller	Apotheker	LV Bayern
24	Ute Göggelmann	Pfarrsekretärin	LV Baden-Württemberg
25	Urban Mangold	2. Bürgermeister	LV Bayern
26	Helmut Kauer	Service-Techniker	LV Bayern
27	Dr. Claudius Moseler	Dipl.-Geograf	LV Rheinland-Pfalz
28	Ludwig Maier	Heilerziehungspflegerhelfer	LV Bayern
29	Carina Peretzke	Pressereferentin	LV Nordrhein-Westfalen
30	Dr. Reinhold Reck	Asylsozialberater	LV Bayern
31	Dirk Zimmermann	Architekt	LV Sachsen
32	Dr. Hauke Stöwsand	Rechtsanwalt	LV Bayern
33	Susann Mai	Krankenschwester	LV Thüringen
34	Jürgen Reuß	Industrie-Kaufmann	LV Hessen
35	Willi Reinbold	Dipl. Finanzwirt (FH), Ökologe	LV Bayern
36	Josef Wagner	Mathematiker	LV Baden-Württemberg
37	Katharina Molitor	Theaterregisseurin	LV Saarland
38	Frieda Büchner	Studentin	LV Thüringen
39	Sebastian Högen	Imker	LV Sachsen
40	Christine Stankus	Gymnasiallehrerin	LV Baden-Württemberg
41	Jochen Piehl	Sozialversicherungsfachangestellter	LV Rheinland-Pfalz
41	Christine Stankus	Gymnasiallehrerin	LV Baden-Württemberg
42	Yasmin Finkbohner	Kunsthistorikerin, Geografin	LV Hessen
43	Klaus Wilhelm	Rentner	LV Rheinland-Pfalz
44	Franz Pohlmann	Dipl.-Ing. agr.	LV Nordrhein-Westfalen
45	Heide Weidemann	Kommunalbeamtin a. D.	LV Rheinland-Pfalz
46	Christian Holdt	Online-Marktforscher	LV Bayern
47	Friedrich Zahn	Lehrer i. R.	LV Baden-Württemberg
48	Wolfgang Winter	Kfm. Angestellter	LV Bayern
49	Peter Jonny Hofer	Persönlichkeits- & Marketingtrainer	LV Rheinland-Pfalz
50	Lucia Fischer	Wirtschaftsinformatikerin	LV Bayern
51	Dr. Peter Schneider	Informatiker	LV Thüringen
52	Sieglinde Josefine Zierke	Arztpraxismanagerin	LV Bayern
53	Christoph Ley	Arzt	LV Nordrhein-Westfalen

54	Christian Pettinger	Software-Ingenieur	LV Bayern
55	Steven Wiegel	Dachdeckermeister	LV Rheinland-Pfalz
56	Bernhard Schmitt	Geschäftsführer	LV Bayern
57	Johannes Stimberg	Rentner	LV Nordrhein-Westfalen
58	Richard Borrmann	Oberbauteil. Spezialtiefbau	LV Berlin
59	Leander Hahn	Altenpfleger	LV Rheinland-Pfalz
60	Franz Hofmaier	EDV-Systemplaner	LV Bayern
61	Klaus Göggelmann	Realschullehrer	LV Baden-Württemberg
62	Jürgen Osterlänger	Entwicklungsingenieur	LV Bayern
63	Michael Andres	Betriebsratsvorsitzender	LV Mecklenburg-Vorpommern
64	Werner Roleff	Pastoralref./Klinikseelsorger	LV Nordrhein-Westfalen
65	Manfred Reinhart	Gymnasiallehrer	LV Bayern
66	Hans Kauert	Elektroinstallateur-Meister	LV Nordrhein-Westfalen
67	Patrick Ehlich	Sachbearbeiter	LV Berlin
68	Walter Stadelmann	Diakon/Case Manager	LV Bayern
69	Franz Weber	Lehrer i. R.	LV Baden-Württemberg
70	Hanno Sombach	Anwendungsentwickler	LV Bayern
71	Dr. Ulrich Honecker	Dipl.-Geograf	LV Saarland
72	Reinhard Hümmer	Kaufm. Angestellter	LV Bayern
73	Prof. Dr. Felix Leinen	Mathematiker	LV Rheinland-Pfalz
74	Dirk Uehlhein	Steuerberater	LV Baden-Württemberg
75	Prof. Dr. Herbert Einsiedler	Professor	LV Nordrhein-Westfalen
76	Peter Limmer	Briefzusteller	LV Bayern
77	Martin Kiefer	Juwelier	LV Thüringen
78	Michael Krapp	Geschäftsführer	LV Nordrhein-Westfalen
79	Jens Look	Postbeamter	LV Berlin
80	Dieter Zielke	Dipl.-Volkswirt	LV Baden-Württemberg
81	Angelika Hagedorn	Gemeindepädagogin	LV Nordrhein-Westfalen
82	Doris Hüben-Holomos	Kfm. Geschäftsführerin	LV Bayern
83	Günther Neuen	Techn. Angestellter	LV Rheinland-Pfalz
84	David Gundlach	Dachdecker	LV Rheinland-Pfalz
85	Dr. Harald Graetschel	Biologe	LV Berlin
86	Peter Schädel	Lehrer i. R.	LV Mecklenburg-Vorpommern
87	Stefanos Miaris	Polizeibeamter	LV Nordrhein-Westfalen
88	Franziska Frühholz	Arztshelferin	LV Bayern
89	Heiko Helmbrecht	Software-Entwickler	LV Bayern
90	Heidi Schilling	Bio-Landwirtin	LV Bayern
91	Walter Widler	Dipl.-Betriebswirt	LV Baden-Württemberg
92	Pablo Ziller	Dipl.-Politologe	LV Berlin
93	Martin Weinmann	Krankenpfleger	LV Baden-Württemberg
94	Stephan Schmidt	Steuerungstechniker	LV Bayern
95	Erik Hofmann	Winzer	LV Rheinland-Pfalz
96	Markus Raschke	Projektmanager	LV Bayern

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Das vergangene Jahr endete mit einem politischen Paukenschlag: Das Europäische Parlament stimmte mehrheitlich für das Handelsabkommen mit Japan, JEFTA. Meine Fraktion und ich haben uns schon im Vorfeld gegen JEFTA ausgesprochen. Wir fordern gemeinsam mit Millionen von Menschen eine Handelspolitik, die nachhaltige Umwelt- und Sozialstandards, demokratische Grundwerte und das Vorsorgeprinzip garantiert und nicht einfach für die Deregulierung von Banken und Wirtschaft missbraucht wird.

Bereits im November haben Vertreter von LobbyControl mir und einigen meiner Kolleg(inn)en rund 26.000 Unterschriften für einen grundlegenden Wandel in der Handelspolitik überbracht. Ich bin sehr froh, dass wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft gegen so fatale politische Entscheidungen wie JEFTA kämpfen.

Auch der Tierschutz war wieder ein wichtiges Thema. Meine Fraktion verklagt das Europäische Parlament vor dem Europäischen Gerichtshof, weil der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, und die Fraktionsvorsitzenden der Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen eine Abstimmung über einen Untersuchungsausschuss zu Tiertransporten verhindert haben. 223 Abgeordnete des Europäischen Parlaments forderten die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, weit über die notwendigen 183 Abgeordneten. Dennoch verhinderten die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden und Präsident Tajani, dass die Forderung im Plenum des Europäischen Parlaments zur Abstimmung gestellt wurde. Immer wieder müssen wir in Tierschutzangelegenheiten um Selbstverständlichkeiten kämpfen. Die Agrarlobby übt großen Einfluss aus und hat naturgemäß überhaupt kein Interesse daran, Transparenz herzustellen.

Anlässlich der Weltklimakonferenz in Kattowitz habe ich mich mit dem Klimawandel beschäftigt. Ein großer Teil der Energie in Deutschland wird nach wie vor aus der Verbrennung des Klimakillers Braunkohle gewonnen. Und auch in der Landwirtschaft, die ebenfalls viele klimaschädliche Gase produziert, setzt Deutschland auf eine extensive, industrialisierte Produktion mit Massentierhaltung, obwohl eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft viel klimafreundlicher wäre. Solange die Politik



Foto: NeydiStock/shutterstock.com

nicht umdenkt, wird der Klimawandel weitergehen, und das mit zunehmendem Migrationsdruck, da das Überleben in vielen Gegenden der Welt nicht mehr gewährleistet werden kann. Auch bei uns werden Dürren und Ernteausfälle zunehmen. Der Klimawandel ist die größtmögliche menschengemachte Umweltveränderung und wird, sollte er nicht gestoppt werden, die Ordnung in unserer Welt erheblich verändern und Millionen Opfer fordern.

Als Spitzenkandidat der ÖDP für die Europawahl 2019 werde ich insbesondere die Themen Landwirtschaft, Tierschutz und Handelsverträge in den Mittelpunkt meines Wahlkampfes rücken. Außerdem stehe ich für Bürgerinitiativen zur Verfügung, die sich gegen erhöhte Strahlenbelastung oder gegen den 5G-Wahn („Internet der Dinge“) wehren. Da es bei dieser Wahl auf jede Stimme ankommt, bitte ich um Ihre Unterstützung.

Es grüßt Sie
Ihr

Klaus Buchner

Wahlkampf

Weniger ist mehr: die ÖDP-Strategie zur Europawahl

Bei der letzten Europawahl im Jahr 2014 errang die ÖDP mit 0,6% Stimmenanteil nur sehr knapp ein Mandat im europäischen Parlament. Diesmal gibt es zwar weiterhin keine Sperrklausel, aber die politische Konkurrenz ist noch härter geworden. Dennoch steht als Wahlziel, das Mandat zu halten und auszubauen. Organisiert in mehreren Arbeitsgruppen hat der Bundesverband seine Wahlkampfstrategie entwickelt. Jorgo Chatzimarkakis, erfahrener Europawahlkämpfer, ehemaliger EU-Abgeordneter und Mitglied der AG „Strategie“ stellt die Eckpfeiler vor.

von Jorgo Chatzimarkakis

Die Europawahl in diesem Jahr stellt uns vor eine doppelte Herausforderung: Erstens wollen wir das bereits bestehende Mandat verteidigen oder sogar ausbauen, indem wir auf entsprechende Erfolge der ÖDP-Parlamentsarbeit aufmerksam machen. Zweitens müssen wir eine Alleinstellung über unser Programm und unsere Kandidaten im Lichte einer stärkeren Konkurrenz verdeutlichen, die sich sowohl für das gesamte Parteienspektrum (nationale Populisten) als auch im explizit ökologischen Milieu (hohe Sympathie für die Grünen) ergibt.

Wer in diesem Umfeld Erfolg haben will, muss seine Zielgruppe(n) erreichen. Dies ist angesichts einer ständig im Umbruch befindlichen Gesellschaft nicht leicht. Es ist eine besondere Herausforderung, sowohl die klassischen (und schrumpfenden) Zielgruppen anzusprechen und gleichzeitig neue mögliche Wählergruppen zu errei-

chen. Der Verzicht auf eine genaue Analyse gliche dem Schuss mit Schrot in den Wald. Nahezu alle etablierten Parteien arbeiten mit den sogenannten Sinus-Milieus, mit denen sich auch der ÖDP-Bundesvorstand beschäftigt hat.

Ein Weg, die unterschiedlichen möglichen Wähler-Gruppen der ÖDP miteinander zu verbinden, er-



Fugen geraten“, hört man immer mehr, was insbesondere auch für Europa gilt.

Die ÖDP ist eigentlich die einzige Partei, die diesem Wunsch nach Entschleunigung wirklich entsprechen kann, denn sie steht

*Die ÖDP ist eigentlich die einzige Partei,
die diesem Wunsch nach
Entschleunigung wirklich entsprechen kann.*

gibt sich über das bewusste Ansprechen des sogenannten „Regrounding“. Dieser Trend, der sich auf Deutsch am besten als „neue Erdung“ übersetzen lässt, beschreibt die Sehnsucht vieler Menschen nach Entschleunigung in einer Welt, die äußerst komplex geworden ist und ein Gefühl des Kontrollverlusts vermittelt. Die „Welt scheint aus den

glaubwürdig für ein konsequentes Festhalten an der Botschaft der „Grenzen des Wachstums“. Unsere Aufgabe für die EU-Wahl besteht nun darin, dies auch im Wahlkampf zu vermitteln. Der altbewährte positive Ansatz „Weniger ist mehr“ kombiniert mit einer modernen Ansprache in Wort (Begriffspaare) und Bild (neue Farben) kann dies

ermöglichen. Die folgenden Begriffspaare sind in die engste Auswahl gekommen und sprechen eigentlich für sich: „Weniger Wachstum ist mehr Zukunft“, „Weniger Spendensumpf ist mehr Transparenz“ und „Weniger Agrarfabrik ist mehr Bauernhof“. Hier hat die ÖDP entscheidende Alleinstellungsmerkmale. Weitere Begriffspaare werden in den sozialen Medien zum Einsatz kommen und in einem Wahlkampfplakat vorgestellt.

Doch wie erreichen wir unsere Zielgruppen am besten? In der Vergangenheit wählten hauptsächlich Menschen die ÖDP, die aus dem umweltbewussten bürgerlichen oder dem sozial-ökologischen Milieu stammen. Hier ist die Empfänglichkeit für ein „Regrounding“ traditionell sehr hoch.

Mögliche neue und junge Zielgruppen wie das adaptiv-pragmatische Milieu sind weniger ideologisch, aber sehr interessiert an Fragen des Klimaschutzes und der

rungen ausgesetzt – niemals zuvor haben sich die Lebensumstände derart schnell gewandelt. Auch die Ökologie interessiert diese Gruppe, Kernthema beim Umweltschutz ist insbesondere für die unter 30-Jährigen klar der Klimawandel; folge-

*Die sinkenden Werte für die etablierten
Volksparteien zeigen,
dass die Wählerschaft volatiler geworden ist.*

richtig tendieren sie auch eher dazu, Maßnahmen zum Klimaschutz bzw. Effizienzmaßnahmen zu befürworten. Hier müssen wir ansetzen.

Das Internet und insbesondere die sozialen Medien sind von grundsätzlicher Bedeutung zum Erreichen dieser Zielgruppen. Moderne Techniken erlauben es, Menschen aus allen oben genannten Zielgruppen der ÖDP direkt zu erreichen. Das entbindet uns natürlich nicht von der Aufgabe, einen aktiven Straßenwahlkampf mit all seinen klassischen Elementen zu führen. Nur in der Kombination ergibt sich eine Überzeugungskraft, die letztlich zur Wahlentscheidung für die ÖDP führen kann. Da die jungen Ziel-

den. Ideal ergänzt dies eine Online-Kampagne zu einer entsprechend ausgerichteten Petition, die von unserem Europaabgeordneten Klaus Buchner bereits begonnen wurde und mehr als 100.000 Unterstützer gefunden hat („Agrarwende-jetzt“).

Die sinkenden Werte für die etablierten Volksparteien zeigen, dass die Wählerschaft volatiler geworden ist und Neues wagen möchte. Die hohen Umfragewerte für Bündnis 90/Grüne untermauern, dass sich viele Menschen mehr Umweltorientierung wünschen, doch wir müssen betonen, dass effiziente Maßnahmen nicht ohne Wachstumskritik wirken können, und uns so auch gegenüber den Grünen abheben. Genau hier liegt die Chance der ÖDP, da sie sich von allen anderen Parteien deutlich unterscheidet. Sie muss es nur herüberbringen – das wird uns gelingen! ■

*Das Internet und insbesondere die sozialen
Medien sind von grundsätzlicher
Bedeutung zum Erreichen dieser Zielgruppen.*

Wachstumskritik und zusätzlich sehr den sozialen Medien affin. Eine ganz bewusst zugeschnittene Kampagne auf diese Zielgruppen (jeweils unter Betonung der Antworten auf den Regrounding-Trend) könnte neue Wählerschichten erschließen, da diese Gruppen gerne experimentieren. Junge Erwachsene sind heute ständigen Verände-

gruppen neben dem Klimaschutz auch dem Tierwohl eine besondere Bedeutung zumessen, könnte eine Aktion der ÖDP im Wahlkampf Elemente des Mitmachens mit einer pragmatisch ausgerichteten politischen Zielsetzung (Labeling von Haltungsbedingungen, die einen Klima- und Tierschutz-Effekt haben, z.B. auf Lebensmitteln) verbin-

Jorgo

Chatzimarkakis
Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler und wurde im April 2018 zum Vorsitzenden des wiedergegründeten ÖDP-Landesverbandes im Saarland gewählt. Er gehörte der ÖDP von 1986 bis 1990 an, war von 2004 bis 2014 Europaabgeordneter für die Freien Demokraten und kehrte 2018 wieder zur ÖDP zurück. Beruflich engagiert er sich für Klimaschutz und die Energiewende als Generalsekretär des Europäischen Wasserstoffverbandes.



Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“

18,4 % – die ÖDP jubelt über das erfolgreichste Volksbegehren

Initiatorin Agnes Becker: „Ein historischer Erfolg für die Bewahrung der Natur“

von Urban Mangold



Pressekonferenz der Trägerorganisationen (v. l.): Agnes Becker (ÖDP), Dr. Norbert Schäffer (LBV), Ludwig Hartmann (Grüne) und Martin Geilhufe (Bund Naturschutz)

Der „historische Erfolg“ des ÖDP-Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ markiert nach Ansicht der Volksbegehren-Initiatorin Agnes Becker (ÖDP) einen „nicht mehr zurückdrehbaren Wendepunkt der bayerischen Umweltpolitik“: „Ab

jetzt gibt es in Bayern ein neues Kräfteverhältnis zwischen der industrialisierten Landwirtschaft und den Befürwortern von Artenschutz, Naturschönheit und bäuerlicher Landwirtschaft. Die Bedeutung des Naturschutzes hat sich in den Wochen des Volksbegehrens vollkom-

men gewandelt. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen.“

Auch der in Folge des Volksbegehrens von Ministerpräsident Markus Söder einberufene runde Tisch wird nicht mehr dahinter zurückkönnen. „Dem Gespräch werden wir uns nicht verweigern. Aber die



Wirkung unseres Gesetzentwurfs ist die untere Messlatte dafür. Weniger Artenschutz wird mit uns nicht zu haben sein“, kündigt Volksbegehren-Beauftragte Agnes Becker an.

Nach Ansicht des ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek muss das „erfolgreichste Volksbegehren seit 1946 auch Auswirkungen auf die anstehende Neuverhandlung der EU-Agrarförderpolitik haben“. Das Volksbegehren sei ein klares Signal an die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, denen eine neue Gesetzgebung viele Chancen bietet. In den vergangenen zehn Jahren hat Bayern im Zuge der Intensivierung der Landwirtschaft in einem dramatischen Ausmaß Höfe verloren. Es sei zu befürchten, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Das Volksbegehren wird

dies aufhalten, indem es einen gesetzlichen Rahmen zur Förderung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe bietet.

Den Gesetzentwurf hierfür haben der frühere ÖDP-Landesvorsitzende Bernhard Suttner, der Münchner ÖDP-Stadtrat und Gewässer-Ökologe Tobias Ruff, der stellvertretende ÖDP-Landrat und Förster Arnold Kimmerl und Biologin Dr. Maiken Winter mit weiteren Fachleuten erarbeitet. Er ist nicht nur fachlich wirksam, sondern auch so unangreifbar, dass er die extrem genaue juristische Zulassungsüberprüfung durch das Innenministerium ohne Beanstandung überstand. Ein Kampagnenbüro in München, geleitet von Mitinitiator Thomas Prudlo und Nikolaus Teixeira mit den Mitarbeiterinnen Anastasia

Kühn und Almut Schenk, hat das Bündnis mit den Grünen, Landesbund für Vogelschutz, Bund Naturschutz und über 100 weiteren Organisationen koordiniert und mit der ÖDP-Landesgeschäftsstelle die Logistik und Organisation geschultert. Alle haben großartige Arbeit geleistet.

18,4 % der Wahlberechtigten, insgesamt 1.745.383 Menschen haben sich bis zum letzten Tag in den Rathäusern eingetragen. In sämtlichen 25 kreisfreien Städten und 71 Landkreisen nahm das Volksbegehren die 10-%-Hürde locker. Dies widerlegt auch den Bauernverband, der stets behauptete, das Volksbegehren werde „nur von Städtern unterstützt, die die Leistungen der Bauern für den Naturschutz zu wenig achteten“. Eine



Alle wollen sich eintragen – Riesenandrang auf dem Münchner Marienplatz.

klare Fehleinschätzung: Spitzenreiter unter den Landkreisen sind Starnberg (27,7%), gefolgt von den Landkreisen München (26,5), Fürstentfeldbruck (25,5), Fürth (25,4) und Landsberg (24,8). Die Besten unter den kreisfreien Städten waren Erlangen (24,9), Schwabach (22,7), Bamberg (21,0), Augsburg (20,6), München (20,5) und Nürnberg (19,5 Prozent). Die Eintragungszahlen aller Kreisgebietskörperschaften sind zu finden unter www.wahlen.bayern.de/vb-ve/. ■

Die wichtigsten Punkte des ÖDP-Volksbegehren-Gesetzentwurfs:

- Eine bayernweite Vernetzung von Lebensräumen für Tiere schaffen
- Strukturreiche Ackersäume, Bäume, kleine Gewässer in der Landschaft erhalten
- Blühende Randstreifen an allen Bächen und Gräben
- Die ökologische Landwirtschaft viel stärker ausbauen
- Zehn Prozent der Wiesen in Blühwiesen umwandeln
- Eindämmung des Pestizideinsatzes
- Einschränkung der wachsenden Lichtverschmutzung
- Naturschutz als bedeutender Teil der landwirtschaftlichen Ausbildung



„Die bayerische Bienenkönigin“ titelte das Handelsblatt – Agnes Becker mit Bund-Naturschutz-Landeschef Richard Mergner.



Das historische Ergebnis wurde mit einer Volksbegehren-Party in München gefeiert.



Agnes Becker, stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende, Initiatorin und offizielle Beauftragte des Volksbegehrens mit dem Grünen-Landtagsfraktionschef Ludwig Hartmann



Kampagnenleiter Thomas Prudlo (l.) bei der Wahlparty u. a. mit Schauspielerin Michaela May (3. v. l.)



Die drei Hauptaussagen des Bauernverbandes gegen das Volksbegehren sind klar widerlegt:

1. Der Bauernverband behauptet, dass Förderungen für freiwillige Leistungen wie zum Beispiel Uferrandstreifen wegfallen, wenn diese zur Pflicht werden.

Richtig ist:

Der Staat hat es in der Hand, nach einem erfolgreichen Volksbegehren die Förderregeln anzupassen. Schon jetzt gibt es mehrere Beispiele für staatliche Förderungen trotz gesetzlicher Verpflichtungen. Zum Beispiel ist es trotz bestehender Tierhaltungsverordnungen möglich, tiergerechtere Ställe und Haltungsförmlichkeiten zu fördern. Auch beim Trinkwasserschutz ist es trotz des bestehenden Gesetzes zur Einrichtung von Wasserschutzgebieten möglich, den betroffenen Landwirten Ertragsausfälle und Mehraufwand auszugleichen. Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Behauptungen der Bauernverbandsspitze nicht wahr sind.

Gerne hätte die ÖDP als Initiatorin des Volksbegehrens Entschädigungsregelungen in den Gesetzentwurf aufgenommen. Dies hätte jedoch zur Unzulässigkeit der Initiative geführt, weil haushaltsrelevante Volksbegehren rechtlich nicht möglich sind. Es bleibt somit Aufgabe der Staatsregierung und des Landtages, die Entschädigungsprogramme zum Nutzen der Landwirtschaft nach einem erfolgreichen Volksentscheid entsprechend anzupassen.

2. Der Bauernverband behauptet, das Volksbegehren führe zu einem plötzlichen Überangebot von Bio-Lebensmitteln, was für die Anbieter von Bio-Produkten wirtschaftlich nachteilig wäre.

Richtig ist:

Ein Überangebot hat es in den letzten zwei Jahren nur bei der Milch gegeben, weil in kurzer Zeit viele Milchviehhalter wegen der Abschaffung der Milchquote und der niedrigen Preise auf Bio umgestellt hatten. Die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln steigt aber ständig. In Produktbereichen wie Gemüse ist der Bedarf nicht gedeckt, es muss importiert werden.

3. Der Bauernverband behauptet, dass sich das Volksbegehren nur gegen die Bauern richtet und selbst die als Mitursache des Insektensterbens längst identifizierte Lichtverschmutzung nicht thematisiert wird.

Richtig ist:

Das Volksbegehren will die Artenvielfalt und die bäuerliche Landwirtschaft retten und Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft viel besser fördern als bisher. Das Höfe-Sterben der letzten Jahrzehnte hat bekanntlich nichts mit dem Volksbegehren zu tun, aber sehr viel mit falschen agrarpolitischen Weichenstellungen von CSU und BBV. Und die Lichtverschmutzung, der viele Insekten zum Opfer fallen, wird in der Nähe geschützter Landschaftsteile im Gesetzentwurf des Volksbegehrens klar einschränkend geregelt.

Baden-Württemberg

Messeteilnahme und Landesparteitag

Am Wochenende 3./4. November 2018 hat die ÖDP Baden-Württemberg an der Umweltmesse „Heldenmarkt“ in Stuttgart teilgenommen. Mit einem Glücksrad und einem Gewinnspiel, bei dem die Zahl der Kastanien in einem eindrucksvollen Glasbehälter geschätzt werden musste, gelang es uns, zahlreiche Besucherinnen und Besucher an unseren Stand zu locken. So nahmen am Gewinnspiel etwa 250 Personen teil. Dabei verteilten wir auch Kastanien mit einer Anleitung, wie man aus diesen ein gutes, äußerst umweltfreundliches Waschmittel macht. So kam es zu zahlreichen guten Gesprächen und wir konnten Interesse an der ÖDP wecken. Das ganze Wochenende hatten wir ein motiviertes und zuverlässiges Team für die Standbetreuung zur Verfügung – nochmals ein herzlicher Dank an alle Beteiligten! Wir hoffen, auch 2019 wieder an einer Messe teilnehmen zu können. Gelohnt hat es sich auf jeden Fall!

Auf dem Landesparteitag am 1. Dezember wurde die Auswertung der Rückmeldungen zum Visionsbrief vorgestellt. Mit knapp 130 Rückmeldungen bei etwa 840 Mitgliedern ist die Rücklaufquote vergleichsweise hoch und die Umfrage damit repräsentativ. Es zeigt sich, dass die meisten Mitglieder am Programm nichts auszusetzen haben und ihr Herz an der ÖDP hängt. Dabei wünschen viele Mitglieder der ÖDP aber auch mehr Biss, auch um mehr Bekanntheit zu bekommen. Bezüglich der Fragen, ob die ÖDP wahrgenommen wird und ob sie Zukunft hat, ergibt sich ein differenziertes Bild: Auf kommunaler Ebene – zumindest in den Hochburgen – wird sie als durchaus aktiv und präsent wahrgenommen und es ist auch Hoffnung da, dass die Zahl der Mandate in den nächsten Jahren gehalten oder ausgebaut werden kann. Auch auf der europäischen Ebene wird die ÖDP von der Mehrzahl der Mitglieder durchaus wahrgenommen und die Arbeit hoffnungsvoll eingeschätzt. Auf Landes- und Bundesebene dagegen, wo wir mit der 5%-Hürde zu kämpfen haben, ist die Hoffnung geringer. Es gibt zwar viele Vorschläge, wie man vorankommen könnte – insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit wird als verbesserungswürdig angesehen –, allerdings bedarf es dafür mehr Aktiver.

Ebenfalls war die Zukunft des Landesparteirates ein Thema. Dabei handelt es sich um ein beratendes Gremium von Vertreterinnen und Vertretern der Kreisverbände. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass Berichte aus den Kreisverbänden und punktuelle

Beratungen nicht wirklich zur zahlreichen Teilnahme bewegt haben. Andererseits wurde verschiedentlich bemängelt, dass auf den Landesparteitagen nicht genug Zeit für inhaltliche Beiträge und Diskussionen bleibe.



Erfolgreicher Infostand der ÖDP Baden-Württemberg auf dem Heldenmarkt in Stuttgart

Daher wurde angeregt, den Landesparteirat verstärkt inhaltlich zu füllen. Erste Ansätze sind durchaus hoffnungsvoll verlaufen und bei einer durchdachten Planung hoffen wir darauf, ein zunehmend attraktives Programm bieten zu können, das uns als Partei weiterbringt.

Die Kommunalwahl und die Europawahl am 26. Mai 2019 stehen vor der Tür. Beide Wahlen sind für die ÖDP von großer Bedeutung, weil wir die bisherigen Mandate halten und möglichst ausbauen wollen. Dafür wird aber ein engagierter Wahlkampf nötig sein. Geplant sind Vorträge u.a. mit unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner, sichtbare Plakatierung und zahlreiche Infostände und Straßenaktionen. Möchten Sie sich im Wahlkampf aktiv einbringen und suchen noch nach Möglichkeiten? Dann melden Sie sich doch bitte bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein oder dem Regionalbeauftragten Matthias Dietrich, die dann die weitere Koordination übernehmen. Jede helfende Hand ist willkommen!

Für das Jahr 2019 sind auch wieder Teilnahmen an verschiedenen Demonstrationen geplant, insbesondere zum Atomausstieg, zur Agrarwende und zum Klimaschutz. Auch hier suchen wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der nächste Landesparteitag findet am 29. Juni in Esslingen statt.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 0104, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

„Wir haben es satt“- Demo auch in Niederbayern

Für eine ökologische Landwirtschaft, für die Bewahrung der Artenvielfalt und Lebensgrundlagen und gegen Agrarfabriken und eine verfehlte Landwirtschaftspolitik haben bei schwerstem Schneetreiben Ende Januar rund 1.000 Menschen in Passau demonstriert. Eine Woche nach der großen „Wir haben es satt“-Demo in Berlin fand nun schon zum zweiten Mal die niederbayerische Demo unter dem gleichen Motto statt.

Die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker rief in ihrer Rede dazu auf, das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen“ zu unterstützen, das fünf Tage nach der Demo startete. Für die Biobauern sprach Alois Aigner, ÖDP-Kreisrat aus dem Landkreis Dingolfing-Landau.

Kontakt: ÖDP Bayern
Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de



Agnes Becker rechnete in ihrer Rede mit der verfehlten CSU-Agrarpolitik ab.

Brandenburg

Die ÖDP Brandenburg nimmt 2019 an drei Wahlen teil

Zur Kommunalwahl tritt ÖDP-Mitglied Dörte Brosch auf der Liste des „Bürgerbündnis“ zur Wahl in Grünheide (Mark) an. Sie setzt sich u.a. für den Erhalt eines



Demo für die Agrarwende im Schneetreiben auf dem Passauer Rathausplatz

bedrohten Mischwaldes ein und für eine transparente Kommunalpolitik.

Zur Europawahl wird es verschiedene Aktivitäten mit der Brandenburger Kandidatin Paula Stier geben. Zum einen gestalten wir eine kleine Social-Media-Kampagne mit regelmäßigen Foto-, Text- und Videobotschaften. Bitte beachten, liken und teilen Sie unsere Facebook-Seiten „ÖDP Brandenburg“ und „ÖDP Oder-Spree“. Außerdem wird es eine Infoveranstaltung mit Paula Stier und Klaus Buchner am 23. März im Gerhart-Hauptmann-Museum in Erkner geben.

Wenn diese ÖP erscheint, werden wir gerade unsere Landesliste zur Landtagswahl aufgestellt haben. Bei der Wahl am 01.09. wollen uns als echte Alternative zu „Etablierten“, „Grünen“ und „AfD“ präsentieren. Tatkräftige Unterstützung für die Sammlung von Unterstützungsunterschriften nehmen wir gerne entgegen, gerade auch aus anderen Landesverbänden. Wir brauchen Helfer für die Sammlung von Unterstützungsunterschriften. Die Konditionen (Unterkunft etc.) werden individuell vorab vereinbart. Auch finanzielle Zuwendungen können unsere Werbemaßnahmen voranbringen. Nach den letzten Umfragen liegen in Brandenburg AfD und SPD mit ca. 20% gleichauf.

Kreisverband Oder-Spree packt an

Der Kreisverband Oder-Spree nimmt in der Kreisstadt Beeskow am Aktionstag „Beeskow packt an!“ teil. Wir werden mit einer Müllsammelaktion an der Spree zeigen, dass wir nicht nur gute Ideen haben, sondern auch praktisch etwas tun. Jeder, der am 6. April in der Nähe ist (östlich von Berlin), ist herzlich eingeladen, bei der sehr öffentlichkeitswirksamen Aktion mitzumachen.

*Kontakt: ÖDP Brandenburg
Reiterweg 1, 14469 Potsdam
info@oedp-brandenburg.de, www.oedp-brandenburg.de*

Nordrhein-Westfalen

Wir sind der Mob

Wir sind der Mob – der Öko-Mob! So jedenfalls sieht es der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet. Er bezeichnete die Hambach-Demonstranten als „Öko-Mob“. Die ÖDP war in Hambach dabei und zählt gemäß Laschet somit zum Öko-Mob.

Bei der Mahnwache gegen Glyphosat am 24. November 2018 waren wir – nach Laschets Meinung si-

cherlich auch wieder als Mob unterwegs. Vor der Bayer-Hauptverwaltung in Leverkusen forderte die ÖDP NRW ein Verbot von Glyphosat sowie einen Verzicht auf Thiacloprid. Der Landesausschuss der ÖDP NRW hatte zuvor in der „Leverkusener Resolution“ ihren Standpunkt klargemacht:

„Neben dem Verbot dieser Produkte fordern wir die Firma Bayer auf, ihren Gewinn nicht mit Produkten zu erzielen, die Mensch, Tier und Umwelt zerstören. Stattdessen gäbe es genug Möglichkeiten des nachhaltigen Wirtschaftens, mit dem die Bayer AG Land & Leute nutzen könnte. Reine Profitgier und das Vergrößern von Marktanteilen, um den Lobbyismus noch mehr zu pflegen, lehnen wir ab. Über die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat ist die ÖDP NRW entsetzt. Damit wird das europäische Vorsorgeprinzip auf den Kopf gestellt.“

Der „Öko-Mob“ war auch in Köln aktiv. Über 20.000 Demonstranten „mobbt“ durch die Domstadt. Die ÖDP war mit einer starken Delegation vertreten und forderte „Tempo machen beim Kohleausstieg“.

Also, der Laschet, der kommt immer so auf Ideen – nicht nur das mit dem Öko-Mob. Nachdem die CDU bei den Bürgermeisterwahlen oft in den Stichwahlen das Nachsehen hat, will er diese kurzerhand abschaffen. Die Sperrklausel lässt grüßen. Die hat die ÖDP jetzt bereits 3-mal auf dem Klageweg gestoppt. Also neues „Spielzeug“ für Laschet. Unter Führung von „Mehr Demokratie“ starteten die ÖDP, SPD, die Grünen im Landtag NRW, die Linke sowie die Piratenpartei eine Aktion „Stichwahl bleibt“, der sich zwischenzeitlich weitere Organisationen angeschlossen haben.

Und Armin Laschet geht offenbar der Rücktritt seiner Landwirtschaftsministerin Schulze Föcking immer noch nach. (Auch die ÖDP NRW hatte diesen mit Nachdruck gefordert.) Die Stabsstelle Umweltkriminalität, die gegen einen Betrieb der Familie der (Ex-)Ministerin ermittelte, bleibt aufgelöst. Nächster Laschet-Schritt: Das Verbandsklagerecht im Tierschutz wird abgeschafft. Seit der Einführung des Verbandsklagerechts 2013 wurden immerhin 7 Klagen erhoben. 2 von diesen Klagen sind zwischenzeitlich abgeschlossen. Die 5 anderen erledigen sich durch den Wegfall des Verbandsklagerechts ohne Urteil. Für die ÖDP NRW besonders skandalös ist es, dass eine dieser 5 Klagen, die erledigt sind, ausgerechnet den Betrieb der Familie der früheren CDU-Landwirtschaftsministerin Schulze Föcking betrifft. Hier sorgt die Regierungskoalition in NRW dafür, dass eine Klage, die gegen die Familie einer früheren CDU-Ministerin erhoben wurde, durch diese Auslauf-Entscheidung nicht mehr abschließend von einem Gericht



Foto: ÖDP NRW

Die ÖDP Nordrhein-Westfalen demonstrierte vor der Bayer-Hauptverwaltung in Leverkusen für ein Verbot von Glyphosat sowie einen Verzicht auf Thiacloprid.

geklärt wird. Wie hieß jetzt doch gleich der italienische Ministerpräsident, der derartige Strafverfahren durch Gesetzesänderungen erledigen ließ? Armin Berlusconi? Dass die NRW-Landesregierung munter mit dabei ist, die Bürgerrechte durch ein neues Polizeigesetz zu beschneiden, versteht sich von selbst. Bei so was ist die CDU/FDP-Landesregierung immer mit dabei.

Also: Den Laschet, den müssen wir ärgern, hatten wir uns gedacht. In Bielefeld und Gütersloh gründete die ÖDP einen neuen Kreisverband. Der macht der Landesregierung sicherlich Freude. Gleich bei der Gründung stellte er sich gegen den Ausbau des Großschlachthofes Tönnies in Rheda-Wiedenbrück. Dort werden derzeit pro Tag 26.000 Schweine geschlachtet. Es ist ein Ausbau der Kapazität auf 36.000 Schlachtungen pro Tag vorgesehen. Der neue Kreisvorstand kündigte entschiedenen Widerstand gegen diese Ausbaupläne an. Zum Vorsitz des Kreisverbands Bielefeld/Gütersloh wurde die Bielefelderin Isabell Avenwedde gewählt, stellvertretender Vorsitzende ist Imke Nörpel, als Schatzmeister fungiert Werner Landwehr aus Halle (Westf.). Beisitzer Martin von Erdmann komplettiert den Kreisvorstand.

In Neuss gründete sich die ÖDP-Kreisgruppe im Rhein-Kreis Neuss. Kreisgruppenvorsitzende ist die Europakandidatin Carina Peretzke. Auch eine Wahl können wir vermelden: Marcel Foré kandidierte für die ÖDP zum StädteRegionsrat der StädteRegion Aachen. Er erreichte 1,5% der abgegebenen gültigen Stimmen. In den Städten Aachen, Herzogenrath und Würselen konnte er fast 2% der Stimmen für sich verbuchen. Eine sehr gute Ausgangsbasis für die Kommunalwahlen in NRW.

Der Themenbereich Familie und Beruf stellt einen zukünftigen Arbeitsschwerpunkt der ÖDP NRW dar. In Neuss konstituierte sich der Landesarbeitskreis (LAK) „Familie und Beruf – nach neuen Wegen suchen“. Der LAK wählte Heiko Stötzel aus Düsseldorf zum Vorsitzenden. Auf der konstituierenden Sitzung wurde das weite Themenfeld ausgiebig diskutiert: vom Betriebskindergarten über die tarifliche Eingruppierung von Müttern nach der Elternzeit bis zu den Rechten der Trennungsväter. Der LAK hat es sich zur Aufgabe gemacht, das landespolitische Programm der ÖDP NRW im Themenbereich Familie und Beruf zu überarbeiten. Dem Landesparteitag sollen dann entsprechende Änderungsvorschläge vorgelegt werden. Sollte nach Meinung des LAKs auch Änderungsbedarf am bundespolitischen Programm der ÖDP erforderlich sein, werde er auch entsprechende Anträge formulieren. Alle Mitglieder aus NRW sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion im neuen LAK zu beteiligen. Interessenten melden sich bitte bei info@oedp-nrw.de.

Die Rhein-Schifffahrt war ebenfalls wieder Thema bei der ÖDP NRW. Nicht nur, dass die Mehrzahl der Binnenschiffe ohne jede Abgasreinigung durch die Rheinstädte schippert. Nein, die Binnen-Tanker „entgasen“ ihre Tanks in die Umwelt. Ist zwar illegal, stört aber von der Landesregierung offenbar niemand. Die Tanks der Tanker müssen entgast werden. Es gibt aber lediglich 2 Entgasungsanlagen um den Hafen Rotterdam und eine betriebsinterne Anlage in Lingen. Für den Rest des Rheins besteht gar keine Möglichkeit für die Tanker, ihre Tanks ordnungsgemäß zu entgasen. Nach einer Studie der Universität in Delft werden alleine in den Niederlanden pro Jahr ca. 1,5 bis 2 Millionen Kilogramm gefährliche Gase von Tankern ausgestoßen. Diese Gase von Ottokraftstoffen, Rohbenzin oder Kraftstoffgemischen gelten als hoch krebserregend. Experten gehen entlang von Rhein und Waal von etwa 2.000 ungefilterten Löschungen pro Jahr aus. Ein ausgemachter Skandal und ein eklatantes Politik- und Behördenversagen. Die ÖDP NRW wird dies zum Thema im Europawahlkampf machen.

Sachsen

„More than honey“

An der TU Bergakademie in Freiberg wurde am 14. Januar 2019 der Dokumentarfilm „More than honey“ gezeigt, an den sich eine Podiumsdiskussion anschloss. Hierzu waren neben drei anderen Imkern auch der ÖDP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2019 in Sachsen, Sebastian Högen, eingeladen. Vor etwa 75 Gästen wurde zum Thema Bienen- und Artensterben diskutiert und auf Fragen der Zuschauer geantwortet. Hierbei wurde auf die verschiedenen Möglichkeiten jedes Einzelnen zum Artenschutz und auch kurz auf das aktuelle bayrische Volksbegehren eingegangen. Alle Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht! Der Umgang mit der Natur muss sich gewaltig ändern! Sowohl die Landwirtschaft als auch die öffentliche Hand müssen umdenken und stärker auf die Bedürfnisse der Insekten und Vögel



Nach dem Film diskutierte Sebastian Högen mit weiteren geladenen Teilnehmern über das Thema Bienen- und Artensterben.

eingehen. Und natürlich müssen die Verbraucher bereit sein, für die damit einhergehenden Kostensteigerungen auch tiefer ins eigene Portemonnaie zu greifen.

Leider gab es keinen Landwirt im Umkreis, der bereit war, an der Diskussion teilzunehmen, und bedauerlicherweise war auch kein Vertreter der Behörden dabei. Als Grund wurde von Amtsseiten genannt, es gäbe es keinen Beschäftigten, der in dem Thema kompetent genug wäre, um mitzudiskutieren. Was für ein Armutszeugnis! Oder doch nur eine Ausrede? Schließlich sollte keiner an den Pranger gestellt, sondern gemeinsame Wege gefunden und Ziele gesteckt werden.

Termine für das Frühjahr 2019 in Sachsen:

- 17.03.2019 LPT Sachsen in Leipzig
- 22.03.2019 Vortrag Prof. Buchner in Dresden zum Thema Mobilfunk
- 05.04.2019 Prof. Buchner in Freiberg
- 10.05.2019 Prof. Buchner in Leipzig zum Thema Mobilfunk

„Stroh in Sicht“ – ein Vortrag zum Thema Strohhallenbau

Am Dienstag, den 22.01.2019 wurde der ÖDP-Landesvorsitzende Dirk Zimmermann wie schon eine Woche zuvor Sebastian Högen an die TU Bergakademie nach Freiberg eingeladen. Hier referierte er über die unterschiedlichen alternativen Baumethoden, schwerpunktmäßig über Strohhallenbau. Vor einem großen Publikum wurden viele Fragen beantwortet und auch die unterschiedlichen Vor- und Nachteile erörtert.

Kontakt: ÖDP Sachsen
Zur Pappel 8, 01728 Bannnewitz, Tel.: (03 51) 417 28 21
info@oedp-sachsen.de, www.oedp-sachsen.de

De'SatÖre
– die ökologische Satireseite

Studie: Bald endlich keine Spinnen und Fliegen mehr in der Wohnung

In einer aktuellen Metastudie im „Journal Biological Conservation“ haben Forscher 73 Studien mit dem Thema Insektensterben ausgewertet. Es zeigt sich, dass 40% aller Insektenarten Verluste verzeichnen, ein Drittel ist sogar vom Aussterben bedroht.

Für Immobilienbesitzer und vor allem Bewohner von Erdgeschosswohnungen ist das laut ersten Umfragen eine gute Nachricht: In wenigen Jahren bis Jahrzehnten sei es vielleicht endlich nicht mehr nötig, permanent Weberknechte, Kellerspinnen und Fliegen aus dem Haus zu werfen. Gleichzeitig äußern sich u.a. Hersteller von Spritzmitteln geknickt zu der Studie: Wenn keine Insekten mehr die Ernte bedrohen sollten, brauchten Landwirte keine Pestizide mehr.

Gleichzeitig hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern gerade erfolgreich die Wichtigkeit von Insekten für das Ökosystem in Erinnerung gerufen. Hier muss man allerdings einen wichtigen Unterschied beachten: Die meisten Bundesbürger finden Bienen süß und nützlich, im Gegensatz zu Spinnen und Wespen.

www.facebook.com/desatoere
www.twitter.com/DeSatOere

Hungrig: die ÖDP auf der „Wir haben es satt“-Demo in Berlin

Seit den Morgenstunden hat Sebastian Högen, Regionalbeauftragter Ost und Mitglied des Landesvorstandes Sachsen, an diesem 19. Januar 2019 den ÖDP-Stand am Brandenburger Tor für die „Wir-haben-es-satt“-Demo mit aufgebaut. Am späten Nachmittag beantwortete er noch immer jede Anfrage mit voller Aufmerksamkeit und einem Lächeln. Der Standplatz wurde von Jens-Eberhard Jahn organisiert, Platz 4 auf der ÖDP-Liste zur EU-Wahl. Es war ein kollektives Frieren, als laut Veranstalter 35.000 Menschen ihr Wochenende



Bundesvorsitzender Christoph Raabs (links) und Bundesschatzmeister Günther Brendle-Behnisch (rechts) waren für die Demo nach Berlin angereist.

dafür nutzten, um gemeinsam für die Agrarwende im Zentrum Berlins zu demonstrieren.

Rund 40 Mitglieder haben den Weg nach Berlin auf sich genommen, um die ÖDP zu vertreten. Auch einige Neulinge nutzten die Chance, um neben ihrem Engagement für eine ökologische Landwirtschaft weitere Mitglieder der ÖDP ungezwungen kennenzulernen und mehr über die politische Arbeit zu erfahren. „Wir haben uns hier wirklich gut präsentiert“, freute sich auch Bundesvorsitzender Christoph Raabs, der ebenfalls nach Berlin angereist war.

Neben der Kritik an den bestehenden Strukturen und Lösungsvorschlägen für eine zukunftsfähige Agrarpolitik war auch der wertvolle Hinweis auf den Bannern der ÖDP zu lesen, dass zur Europawahl keine Sperrklausel existiert, gefolgt von dem Aufruf,

Klaus Buchner erneut ins Europaparlament zu wählen. Gerade jetzt im Wahlkampf sei es besonders wichtig, hinsichtlich der nicht vorhandenen Sperrklausel Aufklärungsarbeit zu leisten, damit potenzielle Stimmen nicht verschenkt werden, so Pressesprecher Pablo Ziller. Erfreulicherweise gelang es am ÖDP-Stand, zahlreiche Unterstützungsunterschriften für die Europawahl zu sammeln. Einen großen Anteil daran hatten auch die ÖDP-Give-aways, welche von der kaufm. Geschäftsführerin Doris Hüben-Holomos mitgebracht worden waren. Brummkreisel und Buntstifte, aber auch die „Bitte keine Werbung!“-Aufkleber der ÖDP waren sehr beliebt. Unangefochtene Nummer 1 blieb der ÖDP-Met, welcher durch Sebastian Högen für die Verlosung eigens etikettiert worden war.

Es entstanden zahlreiche interessante Gespräche, welche eine tolle Möglichkeit boten, kritische Fragen und Standpunkte einzufangen.

Die Abgrenzung der ÖDP zu den Grünen und anderen ökologisch orientierten Kleinparteien war natürlich ein Dauerbrenner. Als am Ende noch Bundesschatzmeister Günther Brendle-Behnisch spontan am Stand vorbeischaute, fragte eine junge Frau plötzlich nach Praktikummöglichkeiten bei der ÖDP. Weil das alles für sie „total gut“ klang. Noch besser, dass sie für solche Anfragen einen Ansprechpartner vor der Nase hatte.

Die Demo hat den Beteiligten Mut gemacht. Immer mehr Menschen sind hungrig nach einer anderen Landwirtschaftspolitik. Der Druck ist in den letzten

Die Wähler sind hungrig nach Politikern, welche die richtigen Weichen stellen.

Jahren gewachsen. Die Landwirtschaftspolitik ist Ausgangspunkt für unzählige nachgelagerte, fehlentwickelte, sozial wie ökologisch verwerfliche Wertschöpfungsketten. Eine konsequente Neuausrichtung bietet weitreichende Verbesserungspotenziale – weit über den Acker hinaus. Die Wähler sind gegenwärtig hungrig nach Politikern, welche diesbezüglich die richtigen Weichen stellen. Die ÖDP hat überzeugende politische Angebote, die sie laut, bunt und deutlich im Wahlkampf präsentieren wird.

ÖDP München

„Nur noch Top-Vorträge in großen Sälen“

Die ÖDP München erreichte bei den Kommunalwahlen 2014 erstmals zwei Stadtratssitze, steigerte bei den Landtagswahlen 2018 ihre Stimmenzahl und erzielte ein Ergebnis über dem Landesdurchschnitt. Besonders stark wuchs in den letzten Jahren die Zahl ihrer Mitglieder. Das ist wohl kein Zufall – und macht neugierig.

Interview mit Thomas Prudlo

ÖkologiePolitik: Herr Prudlo, die ÖDP München steigerte die Zahl ihrer Mitglieder zwischen 2012 und 2018 von 260 auf 400. Wie haben Sie das geschafft?

Thomas Prudlo: Die Basis dafür war die Bündelung unserer Kräfte durch die Fusion der Münchner Kreisverbände. Statt fünf kleinerer Vorstände gibt es jetzt einen großen Vorstand. Statt diverser kleiner ÖDP-Stammtische gibt es nun einen großen Aktiventreff mit 30 bis

Rechnung ging auf: Zu allen Veranstaltungen kamen immer mehrere Hundert Besucher. Die meisten Veranstaltungen waren ausverkauft. 75 % aller Besucher wurden durch die Plakate auf die Vorträge aufmerksam – und damit auch auf die ÖDP. Damit steigerten wir unseren Bekanntheitsgrad und sorgten für ein positives Image als engagierte, undogmatische, umtriebige Partei. Das spiegelte sich dann in der Zahl der Beitritte wider.

„Zum wichtigsten Instrument unserer Außendarstellung machten wir unsere Vortragsveranstaltungen und die damit einhergehende Plakatierung.“

50 Teilnehmern. Das wirkt auf alle motivierender und es kommt auch viel mehr dabei raus. Zum wichtigsten Instrument unserer Außendarstellung machten wir unsere Vortragsveranstaltungen und die damit einhergehende Plakatierung im gesamten Stadtgebiet. Wir beschlossen, nur noch Top-Vorträge in großen Sälen durchzuführen: brisante Themen, spannend aufgemacht mit hochkarätigen Referenten. Und die

Gab es bestimmte Referenten, nach deren Vorträgen besonders viele Beitritte zu verzeichnen waren?

Nein, kaum ein Beitritt erfolgte unmittelbar nach einem Vortrag. Die meisten Beitritte verzeichnen wir immer im Frühjahr und in den Wochen vor Wahlen. Auslöser für Beitritte waren aber tatsächlich sehr oft Besuche unserer Vorträge, auch wenn es dann meist einige Monate



Thomas Prudlo, Jahrgang 1966, erlernte den Beruf des Bankkaufmanns und studierte anschließend Betriebswirtschaft und Politik. In die ÖDP trat er 1991 ein und war von 1992 bis 1996 ihr Kampagnenleiter und Bundesgeschäftsführer. Von 1996 bis 2005 arbeitete er als Geschäftsführer des Green City e.V., gründete die Green City Energy AG und war in ihr von 2005 bis 2013 als Vorstand tätig. Seit 2013 ist er selbstständiger Solarunternehmer und Vorsitzender des ÖDP-Stadtverbands München.

www.oedp-muenchen.de

dauerte, bis der Schritt zur Parteimitgliedschaft erfolgte.

Woher wissen Sie das?

Das gaben die Beigetretenen auf Nachfrage an. Zwei Kolleginnen aus dem Stadtvorstand kümmern sich um die neuen Parteimitglieder. Sie rufen sie an, laden sie auf einen Kaffee ein, unterhalten sich mit ihnen über ihre Motive, Erwartungen, Wünsche und Möglichkeiten aktiver Mitarbeit. Dieses Angebot kommt bei den meisten gut an und ist für beide Seiten informativ und motivierend.

Wie finanzieren Sie die Vortragsveranstaltungen und deren Plakatierungen?

Die Plakatierungen stemmen wir über den normalen Jahreshaushalt unseres Stadtverbands. Der lässt das aufgrund der Beiträge unserer vielen Mitglieder sowie großzügiger Spenden unserer beiden Stadträte und anderer Parteikollegen glücklicherweise zu. Die Vortragsveranstaltungen selbst – also das Honorar

„Die Vortragsveranstaltung darf nicht zur Werbe- und Wahlkampfveranstaltung mutieren. Das Vortragsthema muss im Mittelpunkt stehen.“

für den Referenten und die Miete für den Saal – werden jeweils direkt über Eintrittsgelder finanziert. Die sind deshalb auch unterschiedlich hoch und liegen zwischen 4 und 12 Euro. Das ist noch für alle Interessierten erschwinglich.

Ist dieses Konzept von anderen Kreisverbänden kopierbar?

Ja, zumindest im Grundsatz. Und Kreisverbände wie Augsburg und Nürnberg haben dies auch schon erfolgreich umgesetzt. Das ist natürlich eine Menge Arbeit, aber vieles kann man abschauen und übernehmen. Wichtig sind meines Erachtens allerdings zwei Punkte: Erstens muss der Titel stimmen. Fragen machen die Besucher neugierig und können trotzdem wichtige Botschaften gut rüberbringen. Zweitens darf die Vortragsveranstaltung nicht zu Werbe- und Wahlkampfveranstaltung mutieren. Das Vortragsthema muss im Mittelpunkt stehen. Natürlich geben wir bei der Begrüßung und Verabschiedung Hinweise auf die ÖDP als Veranstalter und erklären, warum wir als ÖDP dieses Vortragsthema aufgreifen und den Referenten eingeladen haben, aber nur ganz kurz und prägnant, maximal 3 Minuten. Die Besucher kommen und zahlen, um

den Vortrag zu hören – und da sollte man keinen Unmut erzeugen und Sympathien verspielen, indem man allzu lang über sich selbst redet und peinliche Selbstbeweihräucherung betreibt. Weniger ist mehr – das gilt auch hier. Die ÖDP als Veranstalter ist wochenlang auf den Plakaten zu sehen, ist im Foyer mit Infoständen

präsent und auf der Bühne mit Rollups – das genügt vollauf. Besucher, die künftig regelmäßig über die ÖDP-Veranstaltungen informiert werden wollen, können sich auf einer Liste eintragen. So konnten wir im Lauf der Jahre einen umfangrei-

fiziten bei anderen Parteien und nach Themen für unsere Vortragsveranstaltungen, schauen uns YouTube-Clips und deren Klickzahlen an und sprechen mit vielen unterschiedlichen Leuten.

Welche Themen drängen sich gerade auf?

In der Boomtown München ist es der Wachstumswahn, der in einen Wohnungsnotstand und Verkehrsinfarkt mündet und deswegen exakt unseren Kern widerspiegelt, nämlich die Abkehr vom Wachstumsdogma. National sehe ich das Freihandelsabkommen mit Afrika als Musterbeispiel einer neoliberalen Plünderungspolitik als großes Thema, weil sich dort dann eine verfehlte Landwirtschaftspolitik, Konzerninteressen, eine unehrliche Entwicklungspolitik und Flüchtlingskatastrophen als Themen bündeln. Dazu glaube



Niko Paech (rechts) im September 2018 vor 500 Besuchern in einem ausverkauften Saal – dieser und andere Vorträge stehen als Video im Internet: <https://oedp-muenchen.de/aktuelles/unsere-vortraege/>

chen Verteiler mit inzwischen rund 3.500 E-Mail-Adressen aufbauen, der für die politische Information enorm wichtig ist.

Wie finden Sie die Themen und Referenten?

Wir treffen uns auch einmal im Jahr zu einem Strategiewochenende, halten dort Rückschau auf das vergangene Jahr, suchen nach De-

ich, dass wir als ÖDP beim Thema „Künstliche Intelligenz“ die Frage nach dem zukünftigen Wert des Menschen stellen müssen und uns als Partei positionieren können, die auch das „unperfekte“ Leben verteidigt, weil es Teil des Menschseins ist.

Herr Prudlo, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Wald vs. Landesgartenschau

Stadtwald statt Landesgartenschau

Von der Schwierigkeit, ein Bürgerbegehren gegen ein Ratsbegehren durchzusetzen, hat Stefan Bretscher aus dem ÖDP-Kreisverband Schweinfurt zu berichten.

von Stefan Bretscher

Als ich in Schweinfurt als Landtagskandidat für die ÖDP unterwegs war, begegnete mir eine Stadträtin und fragte mich, ob die ÖDP nicht bereit sei, mit ihr zusammen für eine gute Sache zu kämpfen. In Schweinfurt gibt es seit Abzug der amerikanischen Truppen am Stadtrand gelegen eine brachliegende Konversionsfläche von ca. 10 ha.

Die Stadtverwaltung schlug letztes Jahr eine Landesgartenschau im Jahre 2026 als Hebel für die Begrünung der Fläche vor und gab verschiedene Prüfungen in Auftrag. Nachdem sich herausstellte, dass die Landesgartenschau einen zweistelligen Millionenbetrag verschlingen wird, machte sich Stadträtin Dr. Ulrike Schneider (FW) auf die Suche nach Alternativen. Eine Anfrage ans Forstamt ergab Kosten in Höhe von 400.000 Euro für die Anlage eines Waldes, abzüglich 80 % Fördergelder vom Freistaat Bayern. Eine günstigere und ökologische Alternative war geboren. Nach Beratung mit meiner Kreisvorsitzenden las ich mich in die Problematik ein und bekam grünes Licht für eine Zusammenarbeit. Mithilfe des bekannten Fernsehjournalisten Frank Farenski (www.transparenz.tv.com) organisierten wir eine Podiumsdiskussion zum Thema

Stadtwald in einem Schweinfurter Kino, zu der wir den Oberbürgermeister Sebastian Remele (pro Landesgartenschau) einluden. Kurz zuvor hatte der Stadtrat mit einfacher

In Schweinfurt gibt es seit Abzug der amerikanischen Truppen am Stadtrand gelegen eine brachliegende Konversionsfläche von ca. 10 ha.

Mehrheit von CSU, Grünen, FDP, Linke und der Liste Pro Schweinfurt einen Gegenentwurf zu unserer Bürgerinitiative, ein sogenanntes Ratsbegehren, gebilligt, bei dem für einen Bürgerpark gewonnen wur-



Argumente für den Stadtwald

de. Dieser solle im Rahmen der Landesgartenschau entstehen. Der Oberbürgermeister „glänzte“ mit einer angeblich 7 Jahre alten Fichte von 40 Zentimetern Höhe, die er mitbrachte. Damit versuchte er das Szenario eines langsam wachsenden düsteren Wäldchens darzustellen. Dies konnte sofort durch Baumexperten widerlegt werden. Zudem ließ er wissen, dass bei der Anlage eines Waldes die bestehende Fernwärmeleitung kostenintensiv verlegt werden müsse, was wir ebenfalls durch Nachfrage bei den Behörden widerlegen konnten.

Doch es kam noch schlimmer! In einer offiziellen Bürgerinformation, die dann zusammen mit den Wahl-

unterlagen verschickt wurde, waren von uns widerlegte Fehlinformationen der Stadtverwaltung nicht korrigiert. Im Gegenteil: Neben der angeblich notwendigen Verlegung der Fernwärmeleitung wurde un-

ser Wald in diesem Schreiben auf 7 ha zusammengeschrumpft, da die Stadtverwaltung grundlos Wege, Büsche und Lichtungen flächenmäßig herausgerechnet hatte. Wir druckten daher auf eigene Kosten Flyer für alle Haushalte und teilten diese aus. Die Hauptargumente für den Stadtwald waren die geringen Kosten, der ökologische und gesellschaftliche Nutzen für Mensch, Vögel und Insekten, die Absorption von Feinstaub, die CO₂-Bindung, die Speicherung von Wasser und der Kühleffekt in den heißen Sommermonaten. Mithilfe von Fernsehjournalist Farenski konnten wir weitere werbewirksame Infostände in Schweinfurt betreiben. Diese wurden jedoch trotz korrekter Anmeldung vom Stadtordnungsamt torpediert, indem man z.B. das Verteilen von Flyern oder einen Kindermalwettbewerb untersagte.

Es bleibt spannend in Schweinfurt und unser Einsatz hat sich in jedem Fall gelohnt – allein schon durch all die netten Kontakte.

Ein weiteres Ärgernis war der Wahlzettel selber. Es galt zur Verwirrung der Bürger, 3 Fragen zu beantworten: pro und kontra Landesgartenschau bzw. Stadtwald sowie eine Stichfrage. Zu diesem komplizierten Stimmzettel kam kurz zuvor ein Vorschlag der SPD, für beide Begehren mit Nein zu stimmen, um das Gelände für eine Bebauung freizuhalten. Dadurch waren viele Bürger verunsichert, weil gar nicht klar wurde, was rechtlich bei einem Doppel-Nein passiert.

Mein Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat wurde durch all diesen Gegenwind stark angegriffen. So warteten wir gespannt den Wahlsonntag am 20. Januar 2019 ab,



Zusammenschluss vieler Helfer aus der ÖDP, Stadträtin Dr. Ulrike Schneider und engagierte Bürger

ob wir genügend Bürger mit unserer Botschaft eines ökologischen und kostengünstigen Stadtwaldes erreichen konnten, und hofften auf die

Vernunft der Bürger und die direkte Demokratie.

Am Ende haben beide Bürgerbegehren das Quorum verfehlt bei einer Wahlbeteiligung von 28 %. Bei beiden haben die Nein-Stimmen überwogen. Bei den Ja-Stimmen hatte der Stadtwald die Nase vorn, ebenso bei der Stichfrage. Dadurch war klar: Das Ratsbegehren hat unseren Stadtwald torpediert. Wir haben nur 11,3 % der Ja-Stimmen für den Stadtwald bekommen. Dennoch: Die Ja-Stimmen für den Bürgerpark mit Landesgartenschau waren noch geringer. 5,5 % der Wähler haben mit Doppel-Nein gestimmt, dadurch aber insgesamt mehr Nein-Stimmen bei beiden Entscheiden

produziert. Fast 25 % der Stimmzettel waren, teils aus Protest, ungültig. Der Bürgerentscheid ist so kompliziert geworden, dass selbst Stadträte am Wahlabend ratlos dastanden und das Ergebnis nicht bewerten konnten.

Umso ärgerlicher, dass der Bürgermeister nun an seiner Idee der Landesgartenschau festhält. Formal gilt nämlich jetzt der frühere Stadtratsbeschluss vor dem Bürger- bzw. Ratsentscheid. Dennoch hat sich vieles in Schweinfurt bewegt. Einige der Schweinfurter Stadträte haben nach diesem schlechten Ergebnis Konsequenzen gezogen und würden gerne der teuren Landesgartenschau eine Absage erteilen. Langt nun der öffentliche Druck, um im Stadtrat erneut über die Landesgartenschau abzustimmen? Diese Frage wird bald geklärt sein. Und bis dahin werden wir den Druck aufrechterhalten, durch Leserbriefe und Bürgerinformation. Es bleibt spannend in Schweinfurt und unser Einsatz hat sich in jedem Fall gelohnt. Allein schon durch all die netten Kontakte, die wir geknüpft haben. ■

Stefan Bretscher, Jahrgang 1969, studierte Sozialpädagogik und soziale Arbeit in Eichstätt und Würzburg und arbeitet in einem christlichen Verein für psychisch erkrankte Menschen. Mit der ÖDP kam er als Student 1993 in Kontakt. Privat ist er ein Verfechter und Täter der Energiewende. Sein neuester Jugendroman „Schatten hinter Danka – ein Umweltkrimi“ verbindet die Energiewende mit dem Dieselskandal sowie dem Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ auf spannende Weise.



stefan.bretscher@oedp.de

ÖDP-Weihnachtsbaumsammlung von der ÖDP Schramberg

Seit mindestens 11 Jahren holt der ÖDP-Ortsverband in Schramberg und Umgebung im Januar und Februar Weihnachtsbäume an der Haustür ab. Wer diese Dienstleistung in Anspruch nehmen will, ruft beim Ortsverbandsvorsitzenden Bernd Richter an und macht einen Termin aus. Für diesen persönlichen Service erwartet er seit letztem Jahr eine Spende in Höhe von 6 Euro, vor-

andere Hälfte der erhaltenen Spenden bleibt für den Kommunalwahlkampf in der Kasse des Kreisverbands Rottweil. Die Eder-Stiftung holt in der Hafenstadt Douala in Kamerun in Afrika junge Frauen aus der Straßenprostitution und bietet ihnen eine Berufsausbildung als Schneiderin, im Häkeln, als Modedesignerin in heimischer Kleidung, in der Hauswirtschaft oder eine



Fotos: ÖDP-Bundespressstelle



her waren es jahrelang 5 Euro. Freiwillig darf es auch mehr sein, was viele tun, ab 20 Euro gibt es eine Zuwendungsbescheinigung einer sozial-karitativen oder die Menschenrechte verteidigenden Organisation aus der Region oder in Übersee. Sie wechselt alle paar Jahre, zurzeit erhält die Dr. Eder Stiftung 50 % des Erlöses, die

PC-Grundausbildung zur Arbeit als Sekretärin. Bernd Richter sammelt pro Jahr etwa 80 Bäume und verarbeitet sie im Garten absolut ökologisch zu Komposterde. Diese jährliche Sammlung ist inzwischen gut etabliert und bringt sowohl der jeweiligen Organisation als auch der ÖDP rund 450 Euro ein.

ÖDP BAK Wirtschaft und Finanzen wählte neuen Vorstand

Auf seiner Sitzung am 19. Januar 2019 in Würzburg wählte der ÖDP-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen seinen Vorstand neu. Als Vorsitzender wiedergewählt wurde Prof. Dr. Herbert E. Einsiedler. Seine Stellvertreterin ist Simone Lettenmayer.

Der Vorstand wurde um zwei Beisitzer erweitert. Ihm gehören zusätzlich Uli Brehme und Bernhard Weber an. Delegierter des BAK zur Bundesprogrammkommission ist Bernhard Weber, Ersatzdelegierter Herbert Einsiedler.

Der Arbeitskreis hat auf dieser Sitzung den Text des Wirtschaftsflyers überarbeitet und teilweise neu getextet. Als nächster Themenschwerpunkt steht die Überarbeitung des Bundesprogramms im Hinblick auf die Gemeinwohl- und Postwachstumsökonomie auf dem Arbeitsprogramm. Eine vertiefende Diskussion führte der BAK über die derzeitigen Altersversorgungssysteme. Auch hier wird der BAK Vorschläge für den Bundespartitag erarbeiten. Die weiteren Arbeitsschwerpunkte sollen auf der nächsten BAK-Sitzung festgelegt werden.

Marina Fraas (ÖDP) wird Inklusionsbotschafterin

Marina Fraas, Mitglied der ÖDP in Sachsen, ist vom Sächsischem Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz als Inklusionsbotschafterin der ISL e.V. (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Deutschland e.V.) in den Sächsischen Landesbeirat für die Belange von Menschen mit Behinderung (SLB) ehrenamtlich berufen worden.

Der Landesbeirat berät und unterstützt den Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen in allen wesentlichen Fragen, die die Belange von behinderten Menschen berühren. Er unterstützt vor allem das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz bei der Koordinierung der Hilfen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen auf Landesebene.

In Sachen Menschen mit Behinderung ist Marina Fraas schon seit ihrem Eintritt 2013 in der ÖDP mit Herzblut tätig. 2017 gründete sie als stellvertretende Vorsitzende mit der Vorsitzenden Heidi Hauer den BAK Teilhabe der ÖDP. „Teilhabe, Partizipation und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung sowie der von Behinderung bedrohten Menschen sollen ein politisches Leitmotiv werden!“



Marina Fraas



Foto: Adam Wasilewski/shutterstock.com

Zentrale Sammelstelle für kommunale ÖDP-Anträge geplant

Die Stärke der ÖDP liegt in vielen Bundesländern in den insgesamt ca. 470 kommunalen Mandaten.

In vielen Gremien auf Stadt-, Kreis- und Bezirksebene ist die Partei mit Fraktionsstatus vertreten, entweder mit eigenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern oder aufgrund von Ausschussgemeinschaften mit anderen politischen Gruppierungen. In all diesen Gremien erarbeitet die ÖDP Anträge und Anfragen und versucht auf diese Weise, lokalpolitisch oder auf der mittleren Verwaltungsebene Akzente zu setzen und politische Anliegen voranzubringen.

Viele Anträge und Anfragen gehen dabei über die lokalpolitische Ebene hinaus und haben Relevanz nicht nur für die eigene lokalpolitische Arbeit der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sondern

transportieren Anliegen von bundesweiter Bedeutung. Der dabei vorhandene „Erfahrungs- und Wissensschatz“ der kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wird bisher nur unzureichend genutzt. Zwar werden auf kommunaler Ebene Anträge gesammelt, es fehlt aber der Wissensaustausch mit anderen ÖDP-Gliederungen.

Nun wird in naher Zukunft der kommunalpolitische Referent der ÖDP, Walter Konrad, einen Vorschlag entwickeln, wie die guten Ideen der Akteure vor Ort in einer bundesweiten Datenbank für Anträge vorgehalten und allen interessierten Inhabern von kommunalpolitischen Mandaten somit zur Verfügung gestellt werden können. Weitere Informationen zu der geplanten Datenbank folgen in Kürze.

Heiligabend mit Denzlinger ÖDP-Bürgermeister Hollemann

Auf Initiative von ÖDP-Bürgermeister Markus Hollemann und der kommunalen Nachbarschaftshilfe (AIV) mit Unterstützung von Familie Hörnisch von dem Kultur & Bürgerhaus (KuB) feierten Denzlinger Bürgerinnen und Bürger, die Weihnachten nicht allein verbringen wollten, den Heiligabend. Unter den Gästen befand sich auch der katholische Pfarrer Nelson Ribeiro.

Besinnliche Worte von Bürgermeister Markus Hollemann ließen die Anwesenden am Anfang der Veranstaltung still werden: „Es ist das Kind in der Krippe, warum wir heute hier zusammen sein dürfen. Unsere gemeinsame Krippe steht heute hier im KuB.“ Die Türen öffneten sich und fröhlich miteinander kommunizierende Menschen nahmen im festlich geschmückten kleinen Saal Platz. Freiwillige flinke Helfer servierten ein typisch badisches Abendessen. Im Hintergrund ertönten weihnachtliche Klänge.

Herbert Bickel führte nicht nur als Moderator durch das Programm, mit der Geschichte von der „Weihnachtsmaus“ brachte er sein Publikum zum Schmunzeln und begleitete das gemeinsame Singen auf der Gitarre. Bei Weihnachtsliedern wie „Oh Tannenbaum“ und „Süßer die Glocken nie klingen“ sangen alle mit.



Pfarrer Nelson Ribeiro (links) und Markus Hollemann

Der Christbaum erstrahlte. Bürgermeister Hollemann las die Weihnachtsgeschichte aus dem Lukas-Evangelium in der Übersetzung „Hoffnung für alle“. Jeder im Saal lauschte gespannt und andächtig seinen Worten.

Was aber wäre Weihnachten ohne eine Bescherung. Markus und seine Ehefrau Wilma Hollemann übernahmen diese Aufgabe: Jeder Gast erhielt ein kleines Geschenk, eine Mini-Krippe zur Erinnerung an diesen Abend. Nach einem großen Applaus für alle ehrenamtlichen Helfer und dem Dank des Bürgermeisters übernahm es Pfarrer Nelson Ribeiro, im Namen der christlichen Gemeinden den Weihnachtssegens zu spenden.

Drei Stunden waren schnell vergangen in gemütlicher Gemeinschaft, in einer Atmosphäre, die – geprägt durch die Anwesenheit von Kindern – eine sehr familiäre Note hatte. Welches andere Lied wäre nun besser geeignet gewesen, am Schluss eines in Erinnerung bleibenden Abends zu singen, als „Stille Nacht, heilige Nacht“. Das letzte Lied der Veranstaltung wurde wie vor 200 Jahren bei der Uraufführung mit Gitarre begleitet.

Bürgermeister Markus Hollemann zum Abschluss des Abends: „Dieser für mich besondere Heiligabend konnte nur dank der Spenden von Bürgern und Firmen sowie des selbstlosen Einsatzes der ehrenamtlichen Helfer so schön und wertvoll für die Teilnehmer und Ehrenamtlichen werden.“

**Wachstum ohne Grenzen?
Das wollen wir für unsere
Wirtschaft nicht!**

öd
p

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Steuermitteln deutlich gesenkt und die Verschmutzung von Wasser, Luft und Natur nachhaltig reduziert wird.

Werden auch Sie Mitglied der ÖDP!

Unser Online-Formular finden Sie unter:

www.oedp.de/mitmachen/mitgliedschaft

Herbsttreffen des BAK Christen & Ökologie

Am zweiten Oktoberwochenende 2018 fand das Herbsttreffen des ÖDP-Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie statt. Dieses Mal trafen sich die Mitglieder im Kloster Frauenberg, das hoch über der Stadt Fulda gelegen ist und bei schönem Herbstwetter einen sehr guten Ausblick auf die Stadt bietet. Am Freitag begrüßten wir ein Mitglied, das zum ersten Mal an einer Mitgliederversammlung teilnahm.

Das Kloster Frauenberg ist ein aktives Kloster des Ordens des Heiligen Franziskus mit derzeit acht Brüdern des Ordens. So waren wir von Freitagabend bis Sonntagmorgen dort zu Gast. Wir nahmen am liturgischen Programm des Hauses teil, beteten am Freitag und Samstag die Vesper, das Abendgebet der Kirche, und feierten am Sonntag die Eucharistie.

Vor uns stand eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Beim traditionellen Spaziergang besichtigten wir den Dom des Bistums Fulda und die Innenstadt.



Die Teilnehmer des Herbsttreffens

Unsere Tagung begann am Freitagabend mit der näheren Planung der weiteren Aktionen im neuen Jahr 2019. So wurde die Teilnahme am Kongress christlicher Führungskräfte in Karlsruhe (28.02.–01.03.2019) und am Dt. Evangelischen Kirchentag in Dortmund (19.–23.06.2019) beschlossen und, soweit möglich, vorgeplant.

Am Samstag arbeiteten die Mitglieder an einem Positionspapier „Christen und Politik“ weiter, das beim Frühjahrstreffen 2019 fertiggestellt werden soll.

Der Samstagabend war reserviert für die Neuwahl des Vorstands. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten wieder für ihre Positionen und wurden wiedergewählt. Als Vorsitzender wurde Dirk Uehlein bestätigt, sein Stellvertreter ist Martin Weinmann, als Beisitzer fungieren Michael Andres, Axel Gebhardt, Dieter Niessner und Dirk Zimmermann.

Am Sonntag nahm sich der Bundesarbeitskreis dem aktuellen Thema Organspende an. Das Thema ist durch die Vorschläge von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in die Schlagzeilen zurückgekehrt. Eine Pressemitteilung wurde vorbereitet und soll vom Pressesprecher des BAK, Dieter Nießner, fertiggestellt werden.

Wieder war dieses verlängerte Wochenende viel zu schnell vorüber. Es waren schöne, wenn auch kalte und arbeitsintensive Tage. Wir freuen uns deshalb schon auf das nächste Mal im Frühjahr.

Wer Interesse an unserem Arbeitskreis gefunden hat, kann sich gerne unter bakchristen@oedp.de anmelden. Das nächste Treffen ist bereits terminiert. Es findet vom 1. bis 3. März 2019 im Kloster Triefenstein in der Nähe von Wertheim am Main statt.

**Europawahl-Materialien
bestellbar!**

Plakate, Faltblätter und andere Werbematerialien sind ab sofort im ÖDP-Shop bestellbar:

<http://www.oedp-shop.de>



Zusammengestellt von Pablo Ziller

Christoph Raabs (ÖDP): „Bayern nehmen Insektensterben ernster als Bundesregierung“

(14.02.109) Christoph Raabs, Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), ist begeistert über den großen Erfolg des Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“, initiiert durch die ÖDP Bayern. „Von so einem gigantischen Erfolg haben wir alle nicht zu träumen gewagt und sind begeistert, glücklich und dankbar, wie sehr uns die bayerischen Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen 14 Tagen mit ihren Unterschriften unterstützt haben. Meine herzlichen Glückwünsche an alle Verantwortlichen von der ÖDP Bayern, insbesondere Agnes Becker und Thomas Prudlo“, so Raabs. Agnes Becker, stellvertretende Landesvorsitzende in Bayern, Mitglied im Bundesvorstand der ÖDP und Sprecherin des Volksbegehrens ergänzt: „Das ist einfach Wahnsinn! Die Bayern haben mit ihrer Unterstützung ein ganz starkes Zeichen weit über die bayrischen Grenzen hinaus gesetzt. Dieses Volksbegehren wird bundesweit, womöglich europaweit Beachtung finden, denn es gibt wohl bisher kein vergleichbares Bürgervotum für den Artenschutz und für die bäuerliche Landwirtschaft“, so Becker.

Raabs wertet das Volksbegehren, für das weit über eine Million Menschen trotz Schnee und Kälte in langen Schlangen vor den Rathäusern angestanden sind, um sich in den Rathäusern einzutragen, als ein Signal von bundespolitischer Bedeutung mit wegweisender Strahlkraft bis in die Europäische Union hinein: „Die Bürgerinnen und Bürger haben verstanden, dass wir dem größten Artensterben seit Menschengedenken nicht weiter tatenlos zusehen können. Die vor allem von CDU/CSU und FDP mantraartig wiederholte Politik der Freiwilligkeit im Bereich Natur- und Artenschutz muss über Bayern hinaus ein Ende haben. Ich wünsche mir von der Bundesregierung, dass sie dieses Thema nun sowohl national wie auch in Europa aufgreift und an Maßnahmen arbeitet, die das Insekten- und gravierende allgemeine Artensterben endlich stoppen. Dazu stehen wir als ÖDP gerne beratend zur Seite“, so Raabs.

Raabs lobte die bayrische Gesetzgebung bei Volksentscheiden, die es der ÖDP immer wieder ermöglicht hat, von den Parlamentsparteien stiefmütterlich behandelte Themen auf die politische Agenda zu bringen. Dies zeige, so Raabs, dass Bürgervoten eben auch eine positive Wirkung in der repräsentativen Demokratie

bringen können. Auch betont Raabs: „Das aktuelle Volksbegehren ist keine Politik gegen die Bauern!“ und greift damit einen oft wiederholten Vorwurf der Gegner auf. „Das Volksbegehren ‚Rettet die Bienen‘ will starke Bauern, die unsere Lebensgrundlagen schützen und erhalten. Dafür muss die Allgemeinheit, also der Staat, die Bauern entsprechend entlohnen. Hier muss man ganz grundsätzlich an die Förder- und Subventionspolitik auf europäischer Ebene ran. Das Volksbegehren ist hier nur ein erster Anstoß, die Landwirtschaftspolitik muss sich von München aus über Berlin bis nach Brüssel gravierend ändern“, so Raabs.

„Die Bayern haben ein Gespür für die Probleme unserer Zeit bewiesen. Sie nehmen das Insektensterben ernster als die Bundesregierung. Das stimmt mich nachdenklich“, so Raabs abschließend.

Manuela Ripa (ÖDP): „Wir brauchen eine klare Kennzeichnung langlebiger Produkte!“

(07.02.2019) „Verbraucherinnen und Verbraucher haben aktuell kaum eine Entscheidungshoheit, wenn Sie Ihre Kaufentscheidung an der Langlebigkeit- oder Reparierbarkeit von Produkten festmachen wollen“, konstatiert Manuela Ripa, Spitzenkandidatin der Europaliste der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). „Langlebige und reparierbare Produkte sind über die Jahre oft kostengünstiger, jedoch fehlt es massiv an Transparenz bei der Kaufentscheidung“, so Ripa.

In einer Umfrage unter 2.000 Konsumenten durch das Öko-Institut im Auftrag des Umweltbundesamts wurden diese zu vier Produktgruppen befragt. Ein Ergebnis der Untersuchung ist, dass Verbraucher hochwertigere Geräte kaufen würden, wenn ihnen einfache und gut verständliche Informationen zur Qualität und Langlebigkeit sowie der Reparierbarkeit der Produkte bereits auf der Verpackung vorliegen würden.

„Mittlerweile produziert die Industrie immer mehr Produkte, deren Reparierbarkeit bewusst verhindert wird. Das geht von nicht austauschbaren Batterien in elektrischen Zahnbürsten oder Smartphones über ungewöhnliche Schrauben an den Gehäusen, die sich nicht öffnen lassen, bis hin zu Lampen mit eingeklebten Glühbirnen“, so Ripa.



Manuela Ripa

Die ÖDP beklagt den dadurch hervorgerufenen steigenden Ressourcenverbrauch, mangelnde Transparenz und die immer größer werdenden Müllberge vor allem im Bereich Elektroschrott. Sie fordert in ihrem EU-Wahlprogramm eine Verlängerung der Gewährleistung und transparente Angaben auf den Produkten.

Jan Altnickel (ÖDP) kritisiert Pippi-Langstrumpf-Politik von Minister Scheuer

Über 100 Lungenfachärzte kritisieren öffentlich die geltenden EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide als unnötig streng, weil etwa beim Rauchen ein viel höheres Risiko bestünde. Wie reagiert die Bundesregierung? Verkehrsminister Andreas Scheuer triumphiert: „Der wissenschaftliche Ansatz hat das Gewicht, den Ansatz des Verbotens, Einschränkens und Verärgerns zu überwinden.“ So erwartbar diese Reaktion war, darf dennoch aus Sicht von ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Jan Altnickel nicht außer Acht gelassen werden, dass ein wissenschaftlicher Ansatz immer Gegenpositionen berücksichtigen muss: „Alles andere wäre Pippi-Langstrumpf-Politik nach dem Motto: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

Erst kürzlich warnte die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (Lungenheilkunde) (DGP) vor den gesundheitsschädlichen Folgen durch Landwirtschaft, Industrie und Verkehr. Außerdem hätten sich auch auf EU- und UN-Ebene bereits viele Experten mit der Relevanz von Luftverschmutzungen für die menschliche Gesundheit beschäftigt und Grenzwerte ermittelt. Die einzig richtige Lehre aus dem Vorstoß der über 100 Lungenfachärzte könne laut Altnickel nur sein, dass: „die Bundesregierung die unabhängige Forschung weiter stärkt, den Austausch der Lungenfachärzte befördert und bei all dem ergebnisoffen vorgeht. Wenn die Gesundheit von Menschen und Tieren auf dem Spiel steht, müssen wirtschaftliche Interessen zurückstehen. Dies sollte auch ein Bundesminister irgendwann einmal akzeptieren, statt Meinungen eines einzelnen Expertenkreises öffentlichkeitswirksam überzubewerten.“

Nicht zuletzt gehöre zu einer wissenschaftlichen Perspektive jedoch auch der weite Winkel: „Stellt Feinstaub für Lebewesen eine größere Belastung dar als Mikroplastik? Ist NO₂ giftiger als Glyphosat? Belastet uns Lärm mehr als Mobilfunkstrahlung? Und wie wirkt sich das eine auf das andere aus? Natürlich verbieten sich hier vereinfachende Aussagen. Aber gerade deshalb wäre ein Ausbau interdisziplinärer Forschung

das Gebot der Stunde. Schließlich geht es um unsere Gesundheit, das kostbarste Gut. Wir leben zwar länger, aber andererseits sind Volkskrankheiten weiter auf dem Vormarsch. Um nachfolgenden Generationen immer weiter explodierende Kosten zu ersparen, müssen wir heute entsprechende Lösungen suchen. Darum täte auch ein Herr Scheuer gut daran, einfach mal vom Gas der Wirtschaftslobby zu gehen und – gemeinsam mit seinen Ministerkolleginnen und -kollegen – die inhaltliche Auseinandersetzung über wichtigere Fragen mit unabhängiger Wissenschaft zu untermauern.“

Dass die Frage von Lobbyeinflüssen auf politische Entscheidungen in dieser Diskussion ebenfalls berücksichtigt werden muss, zeigt die Organisation LobbyControl auf. Demnach war die vierköpfige Autorengruppe der Stellungnahme zur Hälfte mit Lungenfachärzten und zur anderen Hälfte mit Industrievertretern besetzt (einer davon arbeitete 10 Jahre für die Daimler AG). „Wie kann man sich da als Verkehrsminister nicht freuen?“, fragt Altnickel und summt die Melodie von: „Ich mach mir die Welt ...“.

Tempolimit braucht einen europäischen Rahmen

(04.02.2019) Deutschland diskutiert mal wieder ein Tempolimit auf Autobahnen. Dazu erklärt Jens-Eberhard Jahn, Kandidat der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) für die Wahl zum Europa-Parlament im Mai: „Bis 2001 brauchte man für jedes Land in Europa ein eigenes Zahlungsmittel – heute gibt es den Euro. Aber bis heute hat jedes Land andere Geschwindigkeitsregelungen. Das verwirrt und könnte durchaus harmonisiert werden“, so Jahn. Schließlich seien die Gründe für Geschwindigkeitsbegrenzungen überall ähnlich: Unfallzahlen, Ressourcenschonung, Lärmverringerung. Jahn fordert einen für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlichen Rahmen für zulässige Höchstgeschwindigkeiten auf Straßen. „Das schafft grenzüberschreitende Rechtssicherheit“, so Jahn.

Deutschland sei auch das einzige EU-Land ohne Tempolimit auf Autobahnen. „Damit befinden wir uns in fragwürdiger Gesellschaft mit Ländern wie Afghanistan, Burundi und Nordkorea, die über kein vergleichbares Straßensystem verfügen“, sagt Jahn und fordert: „Wenn die Bundesregierung in Sachen Tempolimit versagt, ist Europa gefragt, Verantwortung für Umwelt und Gesundheit zu zeigen.“



Jens-Eberhard Jahn

Zum Artikel „Nur sinnvolle Regeln erzeugen Wohlfahrt und Wohlstand“, ÖP 178

Gespent des Neoliberalismus

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet ...“

Mit diesen Worten beginnt das Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 in London. Im Umkehrschluss könnte man heute polemisieren, dass das Gespenst des Neoliberalismus in Europa umgeht und sich alle demokratischen Kräfte des „alten Europa“ (ein Wort, das durch ein Zitat des ehemaligen Präsidenten Bush heute zu einem fragwürdigen Synonym geworden ist) zu einer Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet haben. Aber im Ernst: Wie definiert der Autor Gerd Zeitler eigentlich den Begriff „Neoliberalismus“? Herr Merz äußerte in einem Interview, dass er seine Politik nicht als „neoliberal“ bezeichnen wolle, da dieser Begriff zu einem politischen Kampfbegriff geworden sei, womit er wohl nicht ganz unrecht hat.

Stefan Voß, 80807 München

Zum Artikel „Bayern: Landtags- und Bezirkstagswahl 2018“, ÖP 178

Verzerrte Wahlergebnisse

Nach jeder Landtags- wie Bundestagswahl macht sich in unserer ÖDP Frustration breit, wenn die Wahlergebnisse mal wieder unter 5 % liegen und wir in den Medien vor wie nach den Wahlen als „Sonstige“ behandelt werden.

Das führt immer wieder auch dazu, dass viele wahlberechtigte Mitbürger/-innen wegen der offensichtlich geringen Chancen kleiner Parteien erst gar nicht wählen oder aus Angst vor der missbrauchten Stimme eine sichere Partei wählen, sodass permanent verzerrte Wahlergebnisse herauskommen. Viele, die trotzdem aus Frust vor dem abgestandenen üblichen Politikerbrei immer wieder Neuansätze kleiner Parteien unterstützen, müssen dann spätestens nach der Wahl feststellen, dass ihre Stimmen bei der Endabrechnung wieder den etablierten Parteien zugutekommen. Auf diese Weise verdanken oft durchschnittlich etwa 10 %



Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Mai 2019** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax: (030) 4985 40 50, presse@oedp.de

der Parlamentarier ihren Sitz der Sperrklausel. Nicht immer wird diese grobe Ungerechtigkeit weithin ganz selbstverständlich hingenommen.

Auch wenn laut Grundgesetz keine Person wegen ihrer politischen Einstellung benachteiligt werden darf und freie und gleiche Wahlen gewährleistet sein müssen, hat die 5%-Hürde in der Praxis einen höheren Stellenwert als vorrangige Grundrechte, die in anderen Bereichen für höchst unantastbar hochgehalten werden. Auch das Argument einer leichteren Regierungsbildung darf Grundrechte nicht links liegen lassen. Zum Weiterdenken: Welcher Aufstand würde z.B. in einem Lehrerkollegium entstehen, wenn wegen leichteren Beschlussfassungen die Regelung gelten sollte, dass nur Lehrkräfte mit Hauptfächern entscheiden dürfen?

Die grundrechtswidrige Hürde auf Bundesebene kam 1952 über die damals mächtigen Parteien mit den üblichen unsachlichen Argumenten locker ins Bundeswahlgesetz. So haben unter den damaligen Umständen die dominanten Parteien rechtzeitig für eine gewisse Bestandssicherung vorgesorgt. Kein Wunder, dass hier inzwischen Verfilzungen und Dinosaurierqualitäten entstehen konnten. In diesem Milieu haben politische Neuansätze kleiner Parteien kaum Chancen, noch dazu wenn diese auf politischen Bühnen wie in den Medien weitgehend ausgegrenzt werden.

Dass sich die etablierten Parteien gegen das Fallen von undemokratischen Sperrklauseln mit allen Mitteln wehren, ist nachvollziehbar. Bedenklich, wenn auch noch viele unserer Leute immer noch glauben, die 5%-Hürde wie ein Reliquie behüten zu müssen. Übli-

che Befürchtungen vor einem Vielparteienchaos wie in der Weimarer Republik sind unsachlich, weil es damals keine entsprechenden gesetzlichen Sicherungen gab, wie wir sie jetzt in Art. 21 GG und in Parteiengesetzen vorfinden. Auf kommunaler wie europäischer Ebene ist das Fallen von Sperrklauseln schon längst ein Erfolg. Bedenklich, dass Initiativen zum Fall der Sperrklauseln auf Länder- wie Bundesebene bis jetzt von unserer Partei kaum eine Unterstützung bekommen haben. Wie lange wollen wir uns als weitblickende Partei, die weder links- noch rechtslastig ist, als „Sonstige“ bei Wahlen einreihen lassen? Wäre da zum Umdenken nicht ein medienwirksamer Wahlboykott sinnvoller, als weiterhin bei vorgespülten demokratischen Wahlen mitzumachen? In Ländern wie z.B. Dänemark wird deutlich, dass durch das Fehlen von Sperrklauseln eine sehr dynamische Politik betrieben werden kann. Allein mit aufwendigen Volksbegehren und Volksabstimmungen für Bewegung und Aufmerksamkeit zu sorgen, ist unbefriedigend.

Dass unsere verwirnte Zeit nach politischen Alternativen hungert, zeigt das Emporkommen der AfD. Von den etablierten Parteien sind keine tief greifenden Reformen zu erwarten, weil man dann so langjährige Fehlentscheidungen wie Fehlentwicklungen z.B. in der Landwirtschaft, Verkehrs-, Familien- und Rentenpolitik zur Kenntnis nehmen müsste. Unterstützen wir mit einem bequemen Weiter-so nicht noch mehr solche festgefahrenen Strukturen?

Simon Kirschner, 85080 Gaimersheim

Einladung an alle Mitglieder und Freunde:

Politischer Aschermittwoch

am **6. März 2019** in **Landshut**
Gaststätte ETSV 09, Siemensstr. 2

Es sprechen:

MdEP **Prof. Dr. Klaus Buchner**
ÖDP-Landesvorsitzender **Klaus Mrasek**
Volksbegehren-Landesbeauftragte **Agnes Becker**
Bezirksrat **Urban Mangold**



IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im März, im Juli und im November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Mai 2019**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 404 86-0, Fax: (0931) 404 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Eisenacher Straße 17, 80804 München
guenther.hartmann@oedp.de
Pablo Ziller (pz)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Florence von Bodisco, Ulrich Brehme, Stefan Bretscher, Prof. Dr. Klaus Buchner, Jorgo Chatzimarkakis, Matthias Dietrich, Dr. Herbert Einsiedler, Marina Fraas, Franziska Hillmer, Sebastian Högen, Markus Hollemann, Walter Konrad, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Christoph Raabs, Bernd Richter, Martin Weinmann

Gastautoren

Norbert Häring
Patrick Kaczmarczyk
Konstantin Kreiser

Interviewpartner

Prof. Dr. Ulrike Guérot
Prof. Dr. Niko Paech
Thomas Prudlo

Satz

Grafikstudio Art und Weise
Heike Brückner, 93138 Lappersdorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (030) 4985 40 50,
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Juli 2019

Commonismus

Das englische „common“ bedeutet auf Deutsch „gemeinsam“. „Commonismus“ ist ein Oberbegriff für die vielfältigen Initiativen, die sich selbst jenseits von Markt und Staat verorten und neue Handlungslogiken praktizieren: offene Werkstätten, Urban Gardening, Repair Cafés und andere Formen des „Do it yourself“ und „Do it together“. Sie richten sich gegen Konsummaximierung, Ausbeutung und Umweltzerstörung. Statt Kulturtheorie und politischem Protest steht das Machen im Vordergrund: das Aneignen handwerklichen Könnens, das Erlangen eines höheren Grads an Unabhängigkeit, das Bilden sozialer Netzwerke, das Kooperieren und Teilen. Doch inwieweit wird unsere Gesellschaft dadurch tatsächlich nachhaltiger?

TERMINE

Mi. 06.03.2019	Politischer Aschermittwoch der ÖDP Bayern (Landshut)
Sa. 30.03.2019	Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (Neufahrn bei Freising)
So. 31.03.2019	Landesparteitag der ÖDP NRW (Hagen)
Sa. 06.04.2019	ÖDP-Bundesparteitag (Hof)
So. 26.05.2019	Europawahl
So. 26.05.2019	Kommunalwahlen in Bremen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Sa. 29.06.2019	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (Esslingen)
Sa. 13.07.2019	Landesparteitag der ÖDP Bayern (Schwabmünchen)

„Hacker-Bedenken“

